Bevölkerung und Lebensraum des unteren Westerwaldes 1885–1925

(Eine Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsmöglichkeiten).

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde

vorgelegt der

Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau

von

Carl Becker

Diplom-Volkswirt

aus Mengerskirchen.

Buch- und Kunstdruckerei Wilh. Postberg, Bottrop i.W.

1933

Referent: Prof. Dr. W. Eucken
Korreferent: Prof. Dr. K. Diehl

Tag der mündlichen Prüfung: 5. November 1930.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Durch die Genehmigung einer Dissertation nimmt die Fakultät zu den darin ausgesprochenen Anschauungen keine Stellung.

Inhaltsangabe.

Seite

Literaturverzeichnis 4

A. Allgemeine Beziehungen zwischen Wirtschaft und Bevölkerung 7

B. I. Die Entwicklung der Bevölkerung des unteren Westerwaldes . 10

1. Der Unterwesterwald als Teilgebiet des nassauischen Westerwaldes, seine Lage und politische Geschichte 10

2. Die Bevölkerung des Kreises vor 1885 11

3. Die Bevölkerung von 1885—1925 17

Die Bevölkerungszunahme überhaupt:

a) für den gesamten Unterwesterwaldkreis 17

b) für besondere Gemeinden des Unterwesterwaldkreises . . 22

4. Die natürliche Bewegung der Bevölkerung 24

a) Geburten, Eheschließungen und das Phänomen des Geburtenrückganges 25

b) Sterblichkeit, insbesondere Säuglingssterblichkeit . . . 33

c) Der Geburtenüberschuß 38

5. Die Wanderungen, Wanderungsgewinn bezw. -verlust . . . 42

II. Die wirtschaftlichen und sozialen Komponenten der Bevölkerungsvorgänge (Erklärung derselben aus ihrem Zusammenhang mit dem vorhandenen Wirtschaftsraum) 49

1. Die Berufsstruktur der Bevölkerung und die Wirtschaftsstruktur des Gebietes allgemein 49

2. Die Bevölkerungskapazität der einzelnen Wirtschaftszweige

a) Die Landwirtschaft und ihre Erwerbsverhältnisse (Die Erbsitte — die Grundbesitzverteilung) 55

b) Die Forstwirtschaft, ihre Bedeutung für den Erwerb der Bevölkerung 65

c) Die Industrie, ihr Einfluß auf die Bevölkerung im Gegensatz zur Landwirtschaft. (Die Zeit vor 1890, die Zeit nach 1890 und das Werden der Großindustrie, Arbeiter und Arbeitsverhältnisse.) 67

d) Handel und Verkehr und ihre Bedeutung für die Bevölkerung 83

C. Schluß 86

Literaturverzeichnis.

Amtliche Quellenwerke:

Statistik des Deutschen Reiches.
Statistisches Jahrbuch f. d. Deutsche Reich 1913, 1915.
Einzelschriften zur Stat. d. Deutschen Reiches, Heft 7.
Preußische Statistik, Bde. 1885—1925 (betr. die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle).
Stat. Jahrb. f. d. St. Preußen 1912, 1920, 1927.

Akten des Landratsamtes Montabaur.
Akten des Gewerbeaufsichtsamtes Limburg a. d. L.
Archiv f. exakte Wirtschaftsforschung, VIII, 1 s. Thün. Arch. 3, 1910.
Ballod, Grundriß der Statistik, 1913.
Bertsche, Das Kreiswohlfahrtsamt des Unterwesterwaldkreises in seiner Entstehung und ersten Entwicklung, 1923.
v. Bortkiewicz, Bevölkerungswesen, Aus Natur und Geisteswelt, 670. Band, Berlin 1919.
Ermittlungen über die allgemeine Lage der Landwirtschaft in Preußen, I, 1, Berlin 1890.
H. Fürth, Das Bevölkerungsproblem in Deutschland, Jena 1926.
Ganser, Die Erschließung des hohen Westerwaldes, Bonn 1916.
Grotjahn, Soziale Pathologie, Berlin 1923.
Grundriß der Sozialök. II. Tübrigen 1923.
Handelskammerberichte Limburg, 1865—1925.
Hermberg, Paul, Die Bevölkerung des Kirchspiels Münsterdorf. Eine Darstellung ihrer Entwicklung mit bes. Berücksichtigung der Geburten, Kiel, Phil. Diss. 1913.
E. Heyn, Der Westerwald und seine Bewohner von der ältesten Zeit bis heute, Marienberg 1893.
Jahrbücher für Nationalök. u. Stat. III F., 9. Bd., 1895.
Jahrbücher des Landwirtschaftl. Vereins im Herzogtum Nassau, Band 7.
Jahresberichte der Landwirtschaftskammer Wiesbaden, 1905—10.
G. Mayr, Bevölkerungsstatistik, in Handb. d. öffentl. Rechts, Einl. Bd. 6, 1897.
Mehler, Die Entwicklung der Bevölkerung in den einzelnen Teilen des Regierungsbezirks Wiesbaden 1885—1900, Ffm. 1905.
Mombert, Bevölkerungslehre, Grundrisse zum Studium der Nationalökonomie, herausg. von K. Diehl u. P. Mombert, Bd. 15, 1929.
— Bevölkerungspolitik nach dem Kriege, Tübingen 1916.
Pohl, Landwirtschaftliche Betriebslehre, Bd. 1, 1885.
Riehl, Land und Leute, Stuttgart 1867.
Roscher, System der Volkswirtschaft, I. Bd. Grundlagen der Nationalökonomie, 17. Aufl., Stuttgart 1883.
Sartorius, Beiträge zur Statistik des Herzogtums Nassau, Wiesbaden 1863.
— Geschäftliches Adreßbuch für das Herzogtum Nassau.
Schneider, G., Die Tonindustrie des Westerwaldes — ihre Entwicklung und ihr heutiger Stand, Limburg 1914.
Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bde 22—24; 62—63; 77—78; 172, 178$_1$, 1883, 1895, 1898, 1926, 1930.

A. Schumann, Untersuchungen über die geographische und wirtschaftliche Bedeutung der Forsten des Westerwaldes für seine Bewohner und ihre Einwirkung auf die Volksdichte, Diss. Gießen 1923.

A. Schwaderlapp, Tonbergbau und keramische Industrie im Westerwald, Diss. Innsbruck 1926.

Spielmann, Geschichte von Nassau, 2. Teil, 1926.

Staats- und Kommunaladreßbücher für das Herzogtum Nassau bezw. den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Staats- und sozialw. Forschungen, IV. Bd., herausgeg. v. G. Schmoller, 1883.

Statistica, Acta general — die Aufstellung der Nachweisungen über Ein- und Auswanderung 1868—82, Staatsarch. Wiesbaden.

Strukturwandlungen der deutschen Wirtschaft, herausg. v. B. Harms, 1. Bd., Berlin 1928.

Verwaltungsberichte 1896—1928 (Unterwesterwaldkreis).

Wissmann, Konsolidationsbuch, Einl. Seite XIV., Berlin 1874.

Zeitschriften:

Allg. Stat. Arch., 20. Band, 2. Heft, 1930.

Das Land, 36. Jahrg., Nr. 8, 1930.

Magazin der Wirtschaft, Heft 7, 1930

Nassauische Blätter, 9. Jahrg. Nr. 11, 1930.

Wirtschaft und Statistik, 1. Jahrg. 1921 u. Sonderheft 5, 1929.

A. Allgemeine Beziehungen zwischen Wirtschaft und Bevölkerung.

Auf die Bevölkerung beziehen sich alle volkswirtschaftlichen Verhältnisse. Jegliches Urteil über Produktion und Konsumtion, über Zunehmen oder Abnehmen des Wohlstandes, Vorwärtsschreiten oder Rückschreiten auf wirtschaftlichem Gebiete ist nur möglich, wenn man die Bevölkerungsverhältnisse mit in Anschlag bringt. Sie bestimmen wesentlich die Art, Gang und Tempo allen wirtschaftlichen Geschehens. Der lebendige Mensch ist Ausgangs- und Endpunkt allen Wirtschaftens. Er wirtschaftet und er ist es auch, in dem jedes wirtschaftliche Handeln seine Sinnerfüllung finden soll. Nicht als isoliertes Einzelwesen steht er da, sondern im Verbande und in diesem, d. h. durch die im Verbande zusammengefaßte Menschenmehrheit (Volk = Bevölkerung), ist er Träger wie Ziel der Volkswirtschaft. Damit ist ein Doppeltes gesagt: Einmal, daß das Volk gleich Bevölkerung die Wirtschaft, die wirtschaftliche Güterwelt, die Arbeit an und mit diesen Gütern beeinflußt und in bestimmter Weise leitet, zum anderen, daß die Leitung der Wirtschaft zielhaft auf den Menschen hinstrebt. Die Bevölkerung also schafft die Güterwelt, bestimmt deren Umfang und Größe, sie tut dieses im letzten Grunde durch in ihr ruhende Faktoren, so durch die Art ihres natürlichen Wachstums, durch ihre Größe und vor allem auch durch ihre Zusammensetzung. Sie ist ja keineswegs ein in sich gleichartiges Gebilde, sondern ein mannigfach zusammengesetztes Kollektivum, enthält Männer und Frauen, Kinder und Erwachsene, Menschen verschiedenster Anlage, verschiedener beruflicher und sozialer Schichtung [1]). Dieses Geschichtetsein gibt ihr das charakteristische Gepräge, Leben, Spannung, Fortschritt, aber auch bisweilen Hemmung und Stagnation. Ein jeglicher Bewegungsvorgang (Zuwachs und Abgang) findet in ihr seinen Niederschlag und ist damit von hoher wirtschaftlicher Bedeutung und Tragweite. Die enge Beziehung zwischen Wirtschaft und Bevölkerung eines Gebietes besagt aber auch die entscheidende Wichtigkeit der Wirtschaft für die Bevölkerung, spricht sie als gleich bedeutsamen Faktor an. Dies mit Recht, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse, die wirtschaftliche Stufe der Entwicklung, die Bodenschätze und Gaben der Natur, die Stärke der Produktionsfaktoren bedingen wesentlich Größe, Zusammensetzung und Bewegung der Bevölkerung. Ein an Gütern der Natur armes Gebiet kann niemals eine hohe Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsagglomeration herbeiführen und umgekehrt wird eine an Naturschätzen reiche Gegend Anziehungspunkt

[1]) Vgl. Winkler, in Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik, Bd. 172, S. 180.

und Aufnahmereservoir und damit Nährboden einer starken Bevölkerung sein können (gewisse wirtschaftliche Entwicklung und industrielle Betriebsamkeit vorausgesetzt). Es ist daher notwendig mit Mombert[1]) die Bevölkerung einmal als verursachenden oder bedingenden Faktor zur Erklärung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse eines Landes heranzuziehen und dann wieder umgekehrt den wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund immer im Auge zu behalten, auf dem sich die Bevölkerung entwickelt. Der Umfang der Gütererzeugung, die Art der Güterverteilung, das zeitliche Auf und Ab im Wirtschaftsleben üben einen sehr starken Einfluß auf jene aus und ohne das stete Zurückgehen auf diesen wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund, auf welchem sich die Bevölkerungsvorgänge abspielen, wären uns viele derselben in ihrer Entfaltung und Bedeutung unerklärlich und würden uns die Daten der Bevölkerungsstatistik nur zu oft leere Zahlen ohne tiefen Sinn und Inhalt sein". Die wechselseitige Verbundenheit von Bevölkerung und Wirtschaft ist unbestreitbar gegeben. Sie zeigt sich in der Tat auf allen Stufen der historischen Entwicklung, nicht immer so, daß man von einem gleichschrittlichen Wachstum beider sprechen kann, aber doch immer in der allgemeinen Tatsache, daß eine bestimmte Volksdichte eine bestimmte Stufe wirtschaftlicher Entwicklung voraussetzt und andererseits diese wirtschaftliche Stufe nur durch die Gegebenheit einer gewissen Volksdichte erst möglich wurde. Allgemein läßt sich diese Behauptung an einem einzelnen Volke beweisen, sie bleibt trotzdem problematisch. Nicht umsonst spricht man in der ökonomischen Literatur seit Jahrhunderten schon von dem Bevölkerungsproblem, das im Grunde nichts mehr bedeutet als die Frage, wie kann zwischen der Bevölkerungsvermehrung und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen eines Volkes die rechte Beziehung geschaffen werden. Es ist anders gesagt die wichtige Frage nach dem Nahrungsspielraum oder Lebensspielraum gewesen, die schon Malthus auf den Plan rief und nach ihm bis auf heute viele Politiker und Theoretiker nach den Tendenzen beiderseitigen Wachstums und ihrer Entwicklung forschen ließ. Die verschiedensten Definitionen für den Begriff Nahrungsspielraum sind gegeben worden. Nach Winkler[2]) enthält der Begriff des Lebensspielraums die bildmäßige Vorstellung eines Raumes, dessen Volumen bestimmt ist durch die für den Verbrauch zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Werte, der ausgefüllt ist durch die für jedes Mitglied der Bevölkerung darin vorgesehenen Mindestversorgungspäckchen. Sind letztere hinreichend groß für jeden Teil der Bevölkerung, so kann man schließen, daß das rechte Verhältnis zwischen Bewohnerzahl und Wirtschaftsraum vorhanden ist. Dies ist nicht der Fall bei der Uebervölkerung, die Roscher[3]) da sieht, wo das Mißverhältnis zwischen Bewohnerzahl und Unterhaltsmitteln eine drückende Kleinheit der Lebensportionen bewirkt. Dabei ist hier nicht die absolute Größe der Be-

[1]) Mombert, Gr.riß d. Sozialök. II, S. 58, Tübingen 1923.

[2]) Vgl. Schr. d. V. f. S., Bd. 172, S. 180.

[3]) Vgl. Roscher, System der Volkswirtschaft, I. Bd., Grundlagen der Nationalökonomie, 17. Aufl., Stuttgart 1883, S. 678.

völkerungszahl maßgebend, sondern nur deren Verhältnis zur Bevölkerungskapazität; denn es kann schwach besiedelte Gebiete geben, die als übervölkert anzusehen sind (Westerwald in früheren Zeiten), andererseits stark besiedelte Gebiete, bei denen das Umgekehrte vorherrschen kann. Es entscheiden vor allem die gegebenen natürlichen Hilfskräfte eines Gebietes, die Produktivkräfte, die durch die Bevölkerung zur Entwicklung gebracht werden, ihr aber damit Arbeitsgelegenheit und Unterhalt geben. Arbeitsgelegenheit, Erwerbsmöglichkeit für alle Teile der Bevölkerung zu schaffen, ist in heutiger Zeit die Lösung der Erscheinung eines zu geringen Nahrungsspielraumes. Nicht Mangel an Nahrungsmitteln läßt heute die Frage eines Zuviel an Bevölkerung so aktuell erscheinen, sondern Mangel an Erwerbsgelegenheit. Mombert[1]) sagt: „Da, wo es im Zeitalter der Weltwirtschaft gelingt, dem Volkszuwachs in dem Maße in dem er in das arbeitsfähige Alter hineinwächst, genügende und lohnende Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, kann es kein Zuviel an Bevölkerung geben. Dort, wo es bei uns Menschen gibt, die Hunger leiden müssen, geschieht dies nicht deshalb, weil es an Nahrungsmitteln fehlt, sondern weil diesen als Folge mangelnder oder ungenügend entlohnter Arbeitsgelegenheit die Geldmittel fehlen, die notwendige Nahrung zu kaufen. Für uns ist aus diesem Grunde Erweiterung und Sicherung des Nahrungsspielraumes gleichbedeutend mit der Beschaffung und Sicherung genügender und reichlich entlohnter Arbeitsgelegenheit". Nicht erst heute, für unsere wirtschaftliche Periode, ist diese Frage bedeutsam, das Fehlen von Arbeitsgelegenheit war für die Bevölkerung schon ehedem im vorigen Jahrhundert eine ernste Angelegenheit; sie wurde gelöst zunächst in einer langen Reihe von Jahren durch eine große Auswanderung (im Deutschen Reiche wanderten 1876—80 1,73, 1881—85 sogar 4,26 pro Tausend der Bevölkerung aus),[2]) späterhin durch eine Erweiterung des Nahrungsspielraums, durch die Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaate. Jegliche industrielle Betätigung erhöht ja die Arbeitsgelegenheit; je mehr Produktionsstadien Rohstoffe durchlaufen, desto mehr Menschen können beschäftigt werden und somit wird der Nahrungsspielraum für die zunehmende Bevölkerung geschaffen, eine Abwanderung hört auf (1896—1900 hatten wir im Deutschen Reiche 0,35 pro Tausend Zuwanderung)[2]), der Wirtschaftsraum wird größer und mit ihm die Zahl der Arbeitsstellen. So war die Entwicklung der gesamten deutschen Wirtschaft seit der Zeit von 1870 gegangen. Eine starke Erweiterung des Wirtschaftsraumes war mit dem Aufschwung der Industrie gekommen. Doch berührte diese Entwicklung in der Hauptsache die Industriezentren und Großstädte, nicht dagegen die ländlichen Bezirke, vor allem nicht die des deutschen Mittelgebirges. Nach wie vor war und blieb auf ihnen die Frage der Uebervölkerung ungelöst und wurde nur durch Abwanderung gemildert. Viele Ansätze, die durch Erweckung und Verpflanzung von Hausindustrien gemacht wurden, schlugen ganz oder auf die Dauer fehl, weil die mannigfachsten Voraussetzungen nicht gegeben waren bezw. die Unwirtschaftlichkeit der Unternehmungen alsbald offen zu Tage trat. Besser

[1]) Mombert, Bevölkerungspolitik nach d. Kriege, Tübingen 1916, S. 28.
[2]) Allg. Statist. Archiv, 20. Bd., 2. H. 1930, S. 167.

waren die Verhältnisse wieder da, wo auf der Grundlage eines bodenständigen alten Gewerbes eine entwicklungsfähige Industrie sich aufbauen ließ. Hier zeigen sich Entwicklungslinien, die denen der Großstädte und Industriezentren parallel laufen, zwar nicht mit dem markanten ausgeprägten Schwunge, aber doch in ihrer praktischen tatsächlichen Bedeutung für Bevölkerung und Wirtschaft wertvoll genug, um sie aufzuzeigen. Für das Gebiet des Kreises Unterwesterwald wollen die folgenden Untersuchungen dies zeigen. Die Erhellung zahlenmäßiger und soziologischer Sachbestände eines ländlich-industriellen Bezirkes und die Ermöglichung richtiger Beurteilung ist ihr Ziel. Erste Aufgabe ist es somit, einen zahlenmäßigen Grundriß all der Lebensvorgänge der ländlichen Bevölkerung zu gewinnen, um dann als weitere Aufgabe die ursächliche Verknüpfung dieser Vorgänge mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zu sehen.

B. I. Die Entwicklung der Bevölkerung des unteren Westerwaldes.

1. Der Unterwesterwald als Teilgebiet des nassauischen Westerwaldes, seine Lage und politische Geschichte.

Nach Angabe der Geographie umfaßt der Westerwald allgemein das von den Flüssen Rhein, Lahn, Dill und Sieg umflossene Gebiet, bildet den nordöstlichen Teil des rheinischen Schiefergebirges. Die so gegebene Abgrenzung nimmt eine Fläche von zirka 3500 qkm ein und gehört politisch vollständig zu Preußen; in der Hauptsache zu den Provinzen Hessen-Nassau, Rheinland und zu einem kleinen Teile zu Westfalen. Den größten Teil beansprucht die Provinz Hessen-Nassau mit dem Regierungsbezirk Wiesbaden, dem Gebiet des alten Herzogtums Nassau, mit 1 773 qkm, die Provinz Rheinland mit 1 282 qkm. Dazu kommen noch kleinere Teile des Regierungsbezirkes Köln und Westfalen mit dem Regierungsbezirk Arnsberg. Für unsere Arbeit ist jedoch dieser ganze Bezirk nicht von Bedeutung. Uns interessiert vor allem der ehemalige nassauische Westerwald, der sich seit 1886 in der Hauptsache auf die drei Waldkreise (Unterwesterwald, Westerburg und Oberwesterwald) und drei Lahnkreise erstreckt. Von diesen wieder interessiert letzthin nur der Unterwesterwald, der als unterste der drei Terrassen des Westerwaldgebirges den langsamen Abfall zum Rhein hin bildet und eine Hochfläche von durchschnittlich 230 Meter in dem Winkel zwischen Lahn und Rhein darstellt, ohne jedoch an diese Flüsse heranzureichen.

Die politische Geschichte des Gebietes ist wie die des hohen Westerwaldes, der 1048 zum ersten Male urkundlich als „terra, quae vulgariter westerwald dicitur“ [1]) erwähnt wird, bis heute noch nicht restlos aufgeklärt. Die geschichtliche Forschung sieht unser Gebiet als einen Teil des alten Engersgaues an, der nach der Auflösung der alten Gauverfassung an eine ganze Reihe von Territorialherrschaften kam, der Grafen von Wied, Sayn, Isenburg

[1]) Heyn, Der Westerwald und seine Bewohner von der ältesten Zeit bis heute. Marienberg 1893, S. 184.

und der Kurfürsten von Trier. Letztere waren schon im 10. Jahrhundert [1]) in den Besitz des Bannes Humbach (so hieß die heutige Kreisstadt Montabaur) gekommen. Im Jahre 1803 kamen die kurtrierischen Lande an Nassau-Weilburg, 1806 zum neugebildeten Herzogtum Nassau, an das auch im gleichen Jahre von der Grafschaft Wied-Neuwied die heutigen Industrieorte Grenzhausen, Hilgert, Mogendorf übergegangen waren. Mit der Auflösung des Herzogtums Nassau nach dem Kriege von 1866 nahm Preußen durch Gesetz vom 20. 9. 66 Besitz von diesem Gebiete; es brachte alsbald im Jahre 1867 eine Aenderung in der Organisation, indem es an die Stelle der alten Amtseinteilung die Kreiseinteilung treten ließ. In der heutigen Form besteht der Unterwesterwaldkreis seit dem 1. April 1886 durch die Kreiseinteilung vom 7. 6. 1885 (Ges. S., S. 193 f. d. Prov. Hessen-Nassau). Bis dahin gehörte ihm noch das Amt Wallmerod zu sowie die Orte Dreifelden, Linden, Schmidthahn und Steinebach, die dem 1885 neugebildeten Kreise Westerburg bezw. Oberwesterwald zugeteilt wurden.

2. Die Bevölkerung des Kreises vor 1885.

Die Aenderung in der politischen Abgrenzung des Kreises, den vor der neuen Kreiseinteilung vom Jahre 1885 die drei alten Aemter Montabaur, Wallmerod und Selters bildeten, nach 1885 aber nur noch die Aemter Montabaur und Selters, macht es unmöglich, die Untersuchung der Bevölkerungsvorgänge auf die weiter zurückliegende Zeit auszudehnen und diese zum Vergleiche heranzuziehen. Von Nutzen wäre dies insofern, als einmal durch einen möglichst weiten Ausbau des zahlenmäßigen Grundrisses nach rückwärts die Aufklärung der Bevölkerungsvorgänge besser schlüssig werden könnte, dann aber, weil die Zeit vor 1885 bevölkerungspolitisch und wirtschaftsgeschichtlich gerade für eine Gebirgsgegend, wie der Westerwald sie darstellt, ganz anders geartete Erkenntnisse bietet. Immerhin die Zahlen für das tatsächliche Bevölkerungswachstum ließen sich ermitteln. Sie sollen der Untersuchung der Bevölkerungsverhältnisse vor 1885 vorangeschickt werden.

Unser Gebiet hatte wie alle Gebirgsgegenden Deutschlands schon rein äußerlich gesehen eine auffallend dichte Besiedlung. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß nirgends sonst Dörfer und Siedlungen dichter beieinander liegen als hier; ja es scheint, als ob in früherer Zeit jede günstige Lage zu einer Siedlung ausgenützt ward und mochte der Raum noch so eng und begrenzt sein! In der Ebene war es ehedem auch nicht anders. Auch hier reihte sich Dorf an Dorf, doch blieben sie nicht in ihrer großen Zahl bestehen. Es kamen für sie die Kriege, die einen großen Teil der Dörfer zerstörten und die Bevölkerung sich in größeren Orten zusammenziehen ließen. Anders im Westerwald. Riehl [2]) schreibt mit Recht in seinem Buche über „Das Land der armen Leute", daß dem Westerwald die chirurgische heilende Kraft der großen Kriege gefehlt habe und die ärmsten und unwirtlichsten Gegenden die Ueberzahl der kleinen mittelalterlichen Dörfchen nur deshalb be-

[1]) Heyn, ebenda, S. 44.
[2]) Riehl: Land und Leute, Stuttgart 1867, S. 231 f.

wahrt hätten, weil der Hunger kein Magnet für Kriegsheere gewesen sei. Vor allem trifft dieses Urteil für den hohen Westerwald zu, aber auch unser Gebiet als Randgebiet ist einbegriffen, gleichwohl mögen die Wirkungen und Folgen der großen Kriege es mehr berührt haben als jenen; es wurden auch hier viel zu viele Siedlungen ins 19. Jahrhundert übernommen. Viele Ortsgründungen allerdings, die der Krieg nicht aufhob, verschwanden auf andere Weise. Hauptsächlich im 17. und 18. Jahrhundert mußten viele Niederlassungen durch Ursachen, die in wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen lagen, verschwinden. Interessant ist, wie Riehl [1]) in seinem Buche von den Dörferausgängen des Westerwaldes berichtet: „Auf dem Westerwald, wo die Kriege so wenig auf die Zusammenziehung der Siedlungen einwirkten, . . . gingen im 18. Jahrhundert noch einzelne Dörfer aus, sie gingen von selber aus, wie ein Licht ausgeht, weil ihm die Nahrung fehlt. . . . Sie versanken spurlos, weil der Boden der Kultur, der sie tragen sollte, zu dünn war, weil er immer mürber geworden; sie sind nicht vertilgt worden, sie sind verloren gegangen, versunken über Nacht, man weiß nicht, wo sie hingekommen sind." Im Unterwesterwalde gingen aus die Orte Merdingen, Niederhaid, Oberherschbach, Adenrod, Bölingen (im alten Amte Selters), Winandshain, Aldendorf, Dedinsburg, Denzerod, Stockin, Wilchenhausen, Augst, Kunesbach und Bernhardsrod (im alten Amte Montabaur).[2])

Wirtschaftliche Not, das Fehlen der Existenzgrundlage, Uebervölkerung größten Ausmaßes, weil der Boden so kärglich lohnte und sonstige Erwerbsquellen nicht gegeben waren, Hungersnot und Seuchen sind die Gründe gewesen, die so viele Dörfer aussterben ließen. „Unten in den Tälern sitzen die kleinen Menschen und flicken Lehrsätze zusammen über soziales Elend und materielle Not, und oben auf den Bergen fährt der Herr einher im Sturmwind und sendet Unwetter, Seuchen und Hunger, damit sie die chirurgische Operation, die Feuer- und Eisenkur an dem kranken Gliede vornehmen, welche die Kriegsstürme vorzunehmen nicht vermochten. Das ist nationalökonomisches und sozialpolitisches Heilverfahren in großem Stil" (Riehl, S. 236). Diese Schilderung von Riehl mag übertrieben sein, doch im Grunde waren die Verhältnisse des Westerwaldes einmal furchtbar ungünstige, die Gefahr der Uebervölkerung eine ständige, nur Tod, Auswanderung und evtl. landwirtschaftlicher Fortschritt konnten ihr begegnen und abschwächend wirken. Die natürliche Bevölkerungsvermehrung war ja von jeher auf dem Westerwalde sehr stark und auch die erschwerenden Bedingungen der Eheschließung (polizeiliche Beschränkung) taten ihr keinen Abbruch. Bis zum 1. Juli 1868 [3]) — an diesem Tage trat das norddeutsche Bundesgesetz vom 4. 5. 68 über die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Eheschließung in Kraft — war im ehemaligen Nassau, damit auch im Westerwalde, die Eheschließung für Männer von dem Antritt des Gemeindebürgerrechtes und dieses wiederum von der Volljäh-

[1]) Riehl: Land und Leute, S. 231 ff.

[2]) Spielmann: Geschichte von Nassau, 2. Teil, 1926, S. 25.

[3]) Staats- u. sozialw. Forschungen, 4. Bd., S. 303.

rigkeit und dem Besitze eines den Unterhalt der Familie sichernden Vermögens oder Nahrungszweiges abhängig (vgl. Gemeindeordnung von 1848 §§ 76 u. 80, Gem.-Ordn. von 1854, §§ 68, 72). Die Volljährigkeit blieb auch weiterhin noch erfordert (Nass. Privatrecht §§ 1573), bis das Preußische Gesetz betr. das zur Eheschließung erforderliche Lebensalter vom 21. 12. 1872 unter Aufhebung aller entgegenstehenden Bestimmungen die Ehemündigkeit für Personen männlichen Geschlechts mit dem vollendeten 18. und für Personen weiblichen Geschlechts mit dem vollendeten 14. Lebensjahre eintreten ließ.

Die Großjährigkeit wurde im Herzogtum Nassau ursprünglich mit dem zurückgelegten 25. Lebensjahre, dann gemäß dem Gesetze vom 29. IV. 1831 mit zurückgelegtem 23. Lebensjahre, endlich gemäß dem preußischen Gesetze vom 9. XII. 1869 mit dem vollendeten 21. Lebensjahre erreicht."

Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wuchs die Bevölkerung, wenn auch langsam, die Ungunst der Verhältnisse und die große Sterblichkeit verlangten ihre Opfer, doch immer nahm die Bevölkerung den Kampf auf mit den widrigen Verhältnissen, sie wurde fest und hart trotz der ungewöhnlich niedrigen Lebenshaltung. Unser Gebiet war, weil es so isoliert und abgeschlossen war, was die Ernährung seiner Bewohner betraf, ganz auf seine eigene Landwirtschaft angewiesen. Doppelt hart mußte sich daher ein jeder Mißerfolg der Landwirtschaft, jede Mißernte auswirken; in der Tat weiß der Kenner der Geschichte von einer ganzen Reihe von großen Hungerjahren der Waldbevölkerung zu berichten. Viehseuchen der Jahre 1829 und 1830 brachten große Not, furchtbarer noch waren die Jahre um 1840 und 50, wo Kornmißwachs und vor allem ein Mißraten des Kartoffelbaues durch Trockenfäule die Bevölkerung in die grimmigste Not brachten. Die Kartoffeln waren ja damals das Hauptnahrungsmittel des „Wälders"; sie gediehen in trockenen Jahren vortrefflich, lieferten gute Erträge, so daß es auf dem Westerwalde Erntekrisen aber keine chronische Not gab.[1]) „Man könnte den Volkscharakter unserer Basaltgebirgsgruppe unter dem Gesichtspunkt des Kartoffelbaues darstellen wie den rheingauischen unter dem Gesichtspunkte des Weinbaues", schreibt ein Kenner der Verhältnisse und Goethe zitiert gelegentlich den Vers, der die Lebensweise des Westerwälders und seine Abhängigkeit von der Kartoffel schildert: „Morgens rund, mittags gestampft, abends in Scheiben, dabei soll's bleiben".[2]) Mißriet aber der Kartoffelbau, so kannte die Not keine Grenzen. Die Jahre 1840, 1845, überhaupt die 50er Jahre, geben Zeugnis von ihr. Hohe Getreidepreise, sinkende Löhne bei dem Ueberangebot von Kräften, gewaltige Verschuldungen des Besitzes durch Hypothekenaufnahmen gingen nebenher. Aus- und Abwanderungen — im Jahre 1853 wanderte ein ganzes Dorf Sespenrod im Unterwesterwald (60 Einwohner) vollständig nach Amerika aus — waren einzige Rettung aus diesen Notständen. Bekannt sind die Maßnahmen der Nassauischen Regierung, welche die Auswanderung nach Amerika förderte und unterstützte. Nach den 60er Jahren setzte dann die

[1]) v. Schütz: Jahrbuch d. landw. Vereins im Herzogtum Nassau, Bd. 7, S. 345.

[2]) Spielmann, Nassauische Geschichte, II. Teil, 1926, S. 36.

Abwanderung der Westerwälder in das rheinisch-westfälische Industriegebiet ein. In Massen wanderten sie überall dorthin, wo sie eine bessere Existenzmöglichkeit zu finden hofften. Für unser Untersuchungsgebiet beginnt in dieser Zeit eine neue Periode der Entwicklung. Sie ist Gegenstand der folgenden Abhandlung, die speziell das Gebiet des Unterwesterwaldes im Auge hat, während das Vorausgesagte mehr oder weniger für den Westerwald im allgemeinen galt. Das Gebiet des unteren Westerwaldes hatte stark den Vorteil der näheren Verbindung nach dem Rheine hin, einer besseren Bodenverfassung, eines besseren Klimas und zum Teil die Vorzüge eines alteingesessenen, gediegenen Handwerks und damit manche Erwerbsquelle dem hohen Westerwald voraus. Die zahlenmäßige Entwicklung der Bevölkerung des Unterwesterwaldes läßt dies deutlich erkennen:

Einwohner des Unterwesterwaldes 1825—1885
(heut. Gebiet)

Amt	1825	1835	1845	1855	1865	1875	1885
Montabaur	14 386	15 608	17 128	18 319	19 985	21 002	22 306
Selters	13 042	14 029	15 488	15 834	16 335	16 650	17 065
U. w. Kr.	27 428	29 637	32 616	34 153	36 320	37 552	39 371

Die äußere Betrachtung der zahlenmäßigen Bewegung der Bevölkerung zeigt eine stetige Fortentwicklung und ein ständiges Wachstum von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in beiden Aemtern. Allerdings fällt die raschere, bedeutendere Zunahme im Amte Montabaur deutlich in die Augen. Selters wie Montabaur hatten 1825 annähernd gleichen Bevölkerungsbestand. Die absolute Zunahme ist aber im Amte Montabaur bei weitem stärker; seine Bevölkerung wächst von 14 386 im Jahre 1825 auf die Zahl 22 306 im Jahre 1885, steigt also mithin um 55% der Anfangsbevölkerung. Dagegen erhöht die Bevölkerung des Amtes Selters in derselben Zeit ihre Zahl von 13 042 nur auf 17 065, mithin nur um 30,8% ihrer ursprünglichen Zahl. Diese Verschiedenheit der Bevölkerungsvermehrung in den beiden Aemtern ist erklärlich aus ihrer verschiedenen wirtschaftlichen Struktur. Beide wachsen in verhältnismäßig gleicher Dimension bis zum Jahre 1845; mit ihm stagniert für ein Jahrzehnt die Bevölkerung des Amtes Selters, während die von Montabaur weiter stärker zunimmt. Die Ursache bilden wirtschaftliche Verhältnisse und die vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten. Das Amt Montabaur nimmt den Hauptteil des sog. Kannenbäckerlandes ein und hat eine alte berühmte Tonindustrie, schickt zudem viele Arbeiter in die Silber- und Erzbergwerke an der Lahn. Das Maß der Abwanderung konnte daher hier nicht so gewaltig groß sein. Montabaur behielt seinen Geburtenüberschuß in größerem Maße zurück als das Amt Selters, das eine starke Abwanderungsziffer hatte. Sein Bevölkerungswachstum zeigt deutlich hohe Verluste an. Interessant ist der Vergleich und die Gegenüberstellung der Bevölkerungszahl der beiden Aemter mit den übrigen der inneren Westerwaldgebiete.

Einwohner des übrigen Westerwaldes 1825—1925.

Amt	1825	1835	1845	1855	1865	1875	1885
Marienberg	7 473	8 098	9 176	9 361	9 771	9 274	9 098
Rennerod	12 490	13 442	14 587	14 366	15 367	14 539	14 009
Wallmerod	11 973	13 031	14 620	15 427	16 419	15 724	15 806
Hachenburg	10 332	10 948	11 841	12 022	12 711	12 540	12 913
Hadamar	14 339	15 903	18 504	19 923	20 976	20 837	20 840

Diese Tabelle spiegelt deutlich die Hemmungen des Bevölkerungswachstums wieder und weist deutlich hin auf die Abwanderungen, die diese Aemter (außer Hadamar, das von der Lahnindustrie Nutzen hatte) erfahren haben. Besonders die Not der Jahre 1865/75 tritt deutlich hervor in dem Stillstand bezw. starken Rückgang der Bevölkerung. Im Jahre 1885 hatten diese Gebiete noch nicht die Bevölkerungsgröße von 1865 wieder eingeholt. Leider läßt sich nur die absolute und nicht die natürliche Bewegung der Bevölkerung, nicht das Maß des Geburtenüberschusses und damit nicht die bestimmte Höhe der Abwanderung feststellen. Hirsch[1]) gibt bei der Behandlung der Frage „Vererbung des ländlichen Grundbesitzes im Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt" die Grundlagen für folgende Tabelle über die Verluste der Westerwaldkreise durch Wanderung für die Zeit 1872—1885.

Wanderungsverluste der W.-Kreise 1872—85

der Kreis	hat durch Wanderung verloren					
	absolut			in % des Geburtenübersch.		
	1872 - 75	1876 - 80	1880 - 85	1872—75	1875—80	1880—85
U. w. Kr.	1 525	895	3 021	54,9	24,1	112,5
Oberwester	580	2 332	1 089	31,7	106,6	64,6
Oberlahn	2 391	1 554	2 612	75,4	47,7	93,4
Unterlahn	1 889	+ 5 715	4 431	56,6	+ 148,7	146,8

Der Wert dieser Tabelle ist leider nur relativ und bietet keine Vergleichsmöglichkeit mit der späteren Zeit wegen der erfolgten Neueinteilung der Kreise 1885, auf ihre Bewertung sei daher nicht näher eingegangen. Immerhin zeigt die Tabelle die Tatsache einer starken Bevölkerungsabwanderung unserer entlegenen, an Erwerbsgelegenheit armen Gebirgsgegend, deren Höhe derjenigen der ostdeutschen Gebiete fast nahekommt. Eines hat sie nicht mit diesen gemeinsam: die Folgen der Abwanderung, denn nirgendwo führt dieses Abströmen zu einer absoluten Minderung der Einwohnerzahl, zur Erweiterung des Nahrungsspielraumes des ansässig bleibenden Grundstocks der Bevölkerung. Dies ergibt sich aus der Betrachtung der Gesamtbevölkerungsziffer von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, läßt sich aber erst recht feststellen an den Größenziffern der einzelnen Orte der beiden Aemter. Fast bei allen

[1]) Hirsch, in: Vererbung des ländlichen Grundbesitzes, im Königreich Preußen, II. Oberlandesgerichtsbez. Frankfurt a. M., Berlin 1897 (Anhang).

zeigt sich eine stetige, wenn auch sehr langsame absolute Zunahme mit wenigen Ausnahmen in den bekannten Not- und Abwanderungszeiten. Unverkennbar ist hier die Tatsache des Verlustes eines hohen Prozentes des Geburtenüberschusses durch die Wanderungen zu beobachten. Gering im Werte zu bemessen sind die Erkenntnisse, welche die absoluten Wachstumsziffern der einzelnen Orte bieten, sie sind aber doch interessant, weil beim Vergleich der Jahre 1825 und 1885 das unterschiedliche Wachstum der einzelnen Orte sichtbar erscheint. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts finden sich in unserem Gebiete unter den 76 Gemeinden (davon eine Stadtgemeinde), die der Kreis zählt, Dörfer von 50—100 Einwohnern, aber auch solche von 600 bis über 1000; die Mehrzahl bewegt sich zwischen 200—500. Drei Orte zählten schon 1825 über 1000 Einwohner: Montabaur, Hoehr und Ransbach, 1885 waren es schon 10, zu den vorhin genannten traten Arzbach, Dernbach, Grenzhausen, Herschbach, Hillscheid, Selters und Wirges hinzu, in diesen Orten erkennt man die heute bedeutenden Industrieorte des Kreises wieder. Ihre raschere Entwicklung in Hinsicht auf die Bevölkerung war schon zu Anfang des 19. Jahrhunderts sichtbar.

Von den Orten des Unterwesterwaldes (heut. Umf.) hatten Einwohner von

Jahr	über 1 000	600—1000	300—600	100—300	unter 100
1825	3	9	19	40	5
1845	6	7	30	30	3
1885	10	9	24	31	2

Diese Tabelle bestätigt die oben gemachte Feststellung, daß das absolute Wachstum der Bevölkerung nur langsam fortschritt, da die wirtschaftlichen und sozialen Faktoren nicht fördernd, sondern hemmend dem Fortschreiten der Bevölkerung im Wege standen. Ein stärkeres Anwachsen der Bevölkerung war unmöglich, weil die Wirtschaft des Gebietes sich nicht genügend erweiterte; jedesmal, wenn die wirtschaftliche Ausdehnung ihre Grenzen erreicht hatte, mußte die Vermehrung der Bevölkerung stille stehen. Die nächste Tabelle zeigt die bedeutsamsten Orte des Kreises in ihrer Wachstumsbewegung vor 1885.

Die Bevölkerung der Hauptorte des U. w. Kr. vor 1885.

Orte	1825	1835	1845	1855	1865	1875	1885
Montabaur	2 420	2 493	2 801	2 959	3 084	3 285	3 460
Hoehr	1 120	1 211	1 257	1 280	1 589	1 835	2 497
Grenzhausen	915	1 020	1 145	1 095	1 177	1 290	1 680
Ransbach	1 117	1 156	1 374	1 482	1 186	1 203	1 163
Wirges	731	742	855	886	900	942	1 049
Herschbach	960	977	1 077	1 176	1 210	1 118	1 030
Dernbach	722	741	814	987	1 292	1 178	1 037
Selters	698	777	888	872	925	983	1 062
Hillscheid	842	878	1 100	1 087	1 147	1 183	1 351

Die Tabelle illustriert deutlich die Entwicklung der Hauptorte des unteren Westerwaldes in den einzelnen Perioden. Stets gleichmäßig wachsen die Kreisstadt Montabaur, ebenso die Orte, deren wirtschaftliche Existenz stark landwirtschaftliche Grundlagen hat (ganz langsam schiebt sich ihre Bevölkerungszahl vorwärts). Die Orte Dernbach, Herschbach, Selters, Ransbach zeigen sowohl Fort- wie Rückentwicklung, letztere vor allem Ransbach im Jahrzehnt 1855—65, wo seine Bevölkerung von 1482 auf 1186 zurückgeht (Abwanderung). Dagegen zeigt Hoehr seit 1855 ununterbrochen bedeutendes Wachstum; in 30 Jahren nimmt es um über 1200 Einwohner zu, was für die damalige Zeit sehr viel bedeutete. Ueberhaupt ist die Bevölkerungszunahme sämtlicher späteren Industrieorte seit 1865 sichtbar; ihnen gegenüber verlangsamt sich das Wachstum der mehr landwirtschaftlich orientierten Orte (Herschbach) und zeigt gegen 1885 wiederum rückläufige Bewegung. Dies deutet darauf hin, daß mit dem Jahre 1885, der Neueinteilung der Westerwaldkreise, eine neue Periode der Entwicklung beginnt.

3. Die Bevölkerung von 1885—1925.

Die Bevölkerungszunahme überhaupt.

a) für den gesamten Unterwesterwaldkreis.

Seit Bestehen des Unterwesterwaldkreises heutigen Umfanges wurden in 8 Volkszählungen folgende Bevölkerungszahlen ermittelt:

Die Bevölkerungsentwicklung des U. w. Kr. 1885—1925.

am	Bevölkerungsstand	Zunahme absolut	in %
1. 12. 1885	39 371	—	—
1. 12. 1890	39 738	367	0,93
1. 12. 1895	40 739	1 001	2,52
1. 12. 1900	45 377	4 638	11,38
1. 12. 1905	45 858	481	1,06
1. 12. 1910	47 442	1 584	3,45
8. 10. 1919 [1])	48 059	617	1,30
16. 6. 1925 [1])	49 696	1 637	3,40
16. 6. 1925	49 696	10 325	26,22

Von 1885 bis 1925 ist die Bevölkerung des Kreises von annähernd 40 auf 50 000 oder um 26,22% gewachsen. Diese Zunahme verteilt sich nicht gleichmäßig auf die einzelnen Zählungsperioden, die bis auf die beiden letzten, durch die Kriegsverhältnisse bestimmten, 5jährige waren, sondern entfällt bald stärker bald schwächer auf die einzelnen Zeitabschnitte je nach der Bevölkerungsaufnahmefähigkeit der Wirtschaft. Bis 1900 ist die tatsächliche Zunahme der Bevölkerung in jeder Periode prozentual größer geworden, 1900—1905 erfolgt ein Rückschlag im Ver-

[1]) nicht 5jährige Periode.

gleich zum vorangegangenen Jahrfünft, nur ein ganz geringer Zuwachs ist sichtbar, der aber mit dem nächsten Volkszählungsergebnis sich wieder verbessert. Die Zunahme in der Kriegs- und Nachkriegszeit läßt sich nicht vergleichen mit früheren Perioden, sie hat besondere Ursachen und erfährt besondere Bewertung. Der größte Teil des gesamten tatsächlichen Wachstums des Kreises, nämlich 22,5%, entfällt auf die Jahre 1885—1910 und auch in dieser Zeit sind es besondere Perioden, vor allem die Jahre 1895—1900 und 1905—1910, die sich durch stärkeres Wachstum auszeichnen. Jede Erweiterung der Wirtschaft und jeder Rückschlag und Stillstand fand in den Wachstumsziffern der Bevölkerung seinen unwiderleglichen Ausdruck. Die Perioden mit schwachem oder kaum beachtlichem Fortschreiten der Bevölkerung sind Zeichen dafür, so die Zeitabschnitte 1885—1890, 1900—1905. Der Zeitabschnitt 1895—1900 dagegen ist die Periode einer starken Ausweitung der Wirtschaft, er stellt die Zeit dar, wo die Industrialisierung größere Ausmaße annahm — Großindustrie von Wirges 1892, Ransbach — und infolgedessen der Geburtenüberschuß von der eigenen Wirtschaft aufgenommen wurde, ja die bloße Zunahmeziffer von 4638 Personen in der Zeit 1895—1900 läßt beim Vergleich mit der Gesamthöhe der Bevölkerung (40 739 = Jahr 1895) darauf schließen, daß in ihr neben dem Geburtenüberschuß eine Zuwanderung enthalten ist, wie später gezeigt wird. Für die Westerwaldkreise bedeutet diese Tatsache eine einzig dastehende Erscheinung, da der Westerwald gemeinhin nur als Abwanderungsgebiet bezeichnet werden kann, kaum aber — von den Kriegszeiten abgesehen, wo ein Rückstrom aufs Land von der Stadt her aus bekannten Gründen zu beobachten war — einen Anreiz zur Zuwanderung für auswärtige Bevölkerungsüberschüsse jemals gab. Das Wachstum der Bevölkerung des Unterwesterwaldes ist deshalb interessant im Rahmen der übrigen Westerwaldkreise und überhaupt des Regierungsbezirks Wiesbaden, zu dem der Unterwesterwaldkreis politisch gehört.

a) Zu- und Abnahme der Bevölkerung der Westerwaldkreise in den einzelnen Zeitabschnitten.

Kreise [1])	1885—90	1890—95	1895—1900	1900—05	1905—10	1910—1919	1919—1925
U. w. Kr.	367	1 001	4 638	481	1 584	617	1 637
Oberwesterwald	36	280	538	1 262	1 701	2 595	1 519
Westerburg	−560	− 224	— 261	− 151	901	1 657	1 588
Oberlahn	− 65	—1 386	640	654	652	250	− 943
Unterlahn	− 1	− 73	668	1 199	531	—1 290	2 006
Limburg	−148	361	1 449	2 851	2 545	4 260	− 493
Dillkreis	864	967	3 025	3 277	4 026	1 889	4 534

[1]) Nur Westerburg, Oberwesterwald und Unterwestwaldkreis sind reine Westerwaldkreise, die übrigen Kreise neigen stark anderen Wirtschaftsgebieten (Lahn, Dill) zu.

b) Die tatsächliche Bevölkerungszunahme der Westerwaldkreise in der Periode 1895/1900 und in den Gesamtperioden 1885/1900 und 1885/1925.

Kreise	1895—1900	in %	1885—1900	in %	1885—1925	in %
U. w. Kr.	4 638	11,4	6 006	15,2	10 325	26,2
Oberwesterwald	538	2,3	854	3,6	7 931	33,6
Westerburg	— 261	— 0,9	—1 045	— 3,6	2 953	10,1
Oberlahn	640	1,6	— 811	— 2,0	— 198	— 0,6
Unterlahn	668	1,6	594	1,4	3 040	6,7
Limburg	1 449	2,9	1 662	3,4	10 821	22,4
Dillkeis	3 025	7,4	4 856	12,3	18 582	44,8

Die stärkste absolute Zunahme hatte der Dillkreis, der in der Zeit 1885/1925 um 18 582 oder 44,8% zunahm. (Seine Bevölkerung ist von 39 221 auf 57 803 Einwohner gestiegen.) Dem Dillkreis folgt an zweiter Stelle der Kreis Limburg, doch nur in seiner absoluten Zunahme, relativ wird er vom Unterwesterwaldkreis und Oberwesterwald übertroffen (Tabelle b). Bedeutendes Wachstum zeigt der Unter- und Oberwesterwaldkreis, während Oberlahn, Westerburg und Unterlahn nur schwaches Wachstum bezw. sogar Abnahme zeigen. Bestimmt heben sich zwei Perioden ab. Wir vergleichen die Zeitabschnitte 1885/1900 mit den nachfolgenden Perioden und sehen hier, daß vor 1900 die Bevölkerung in den einzelnen Kreisen sich anders in ihrem Wachstum zeigt als nach 1900. Zwei Kreise haben nicht nur keine Zunahme, sondern eine erhebliche Abnahme aufzuzeigen vor 1900; der Kreis Westerburg hat 1885/1900 um 1045 und der Oberlahnkreis um 811 Personen abgenommen, Oberwesterwald, Unterlahn und Limburg haben auch nur schwache Zunahme, dagegen zeichnen sich der Dillkreis durch beträchtliche und der Unterwesterwaldkreis durch stärkste Zunahme aus; um 15,2% hat seine Bevölkerung zugenommen und damit alle Nachbargebiete weit übertroffen. Die Erklärung dieses auffallenden Wachstums des Unterwesterwaldkreises erfolgt späterhin, es war so bedeutend, daß der Kreis im Regierungsbezirk Wiesbaden in der absoluten Zunahme 1885/1900 von den damaligen 18 Kreisen an siebter Stelle stand, nach dem Obertaunuskreise folgte, dem nur Wiesbaden-Land, Höchst, Wiesbaden-Stadt und Frankfurt-Stadt und -Land vorausgingen. Steigende Wachstumstendenz zeigte der Unterwesterwald in allen fünfjährigen Perioden im Unterschied von den übrigen reinen Westerwaldkreisen. Seine Hauptzunahme erfolgte jedoch in der Zeit 1895/1900, in der die Bevölkerung um 4638 Personen zunahm (11,4% von den 15,2% der Periode 1885/1900). Begründet ist sie allgemein in dem Emporblühen der alten Tonindustrie und dem Werden der Schamotte-Glas-Industrie. Letztere bot zum ersten Male durch reiche Erwerbsgelegenheit dem starken Geburtenüberschuß des ländlichen Gebietes voll und ganz Aufnahme und dazu noch veranlaßte sie eine bedeutsame Zuwanderung. Kein anderer Westerwaldkreis hat in dieser Periode seinen natürlichen Zuwachs aufnehmen, erst recht nicht auswärtigen Bevölkerungsüberschuß

anziehen und ihm Erwerbsmöglichkeiten geben können. Auch nicht der Dillkreis, der eine aufblühende Eisenindustrie besaß und mit der Siegerländerindustrie in enger Verbindung war und auch nicht der Unterlahnbezirk mit seinen Silber-, Blei- und Erzgruben. Die übrigen Westerwaldkreise waren überwiegend noch Agrarbezirke. Nach der Berufsstruktur, von der die Berufszählung vom 14. Juni 1895 ein Bild zu geben vermag, gehörten z. B. in dem Kreise Westerburg damals noch 76,2% zur Land- und Forstwirtschaft, 13,28% zu Bergbau- und Industrie, 3,6 zu Handel und Verkehr; im Oberlahnkreise 47,1 zur Gruppe A, 33,4% zu Gruppe B, 5,7% zu Gruppe C. Ueberhaupt erwerbstätig waren in diesen Kreisen 38,4 im ersten, 36,9 im letzteren Bezirke.

Anders gestaltete sich die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Zunächst im Unterwesterwalde: der rasche gewaltige Aufschwung der Industrie und damit der Bedarf an Arbeitshänden, an schaffender Menschenkraft kam zum Stillstand anfangs des neuen Jahrhunderts; die Entwicklung der vorausgegangenen Jahre mußte gefestigt werden, um auf ihr weiterbauen zu können; der erste starke Aufschwung zur Industrie war zu rasch und in zu starkem Maße gekommen und so mußte die erreichte neue Stufe der Wirtschaft erst unterbaut werden. Dieser Stillstand blieb jedoch nicht ohne Wirkung auf die Bevölkerungsbewegung. Dem Plus von 4638 Personen in der Periode 1895/1900 folgt 1900/05 nur eine Zunahme von 481 Seelen oder 1,06%, an die Stelle der Zuwanderung tritt wieder eine Abwanderung größten Ausmaßes, die sich zum großen Teile aus denen zusammensetzte, die in der vorausgegangenen Periode zugewandert waren (Böhmen und Tschechen). 1905/1910 wächst die Bevölkerung wieder in stärkerem Maße, doch bedeutend unter dem Prozentsatz der Aufschwungsjahre. In der Periode 1910/19 treten natürlich die Kriegswirkungen in Erscheinung; bei dem großen Verlust des Kreises an Kriegsopfern (1340) und dem starken Geburtenausfall während der Kriegsjahre konnte der Zuwachs nur gering sein. Auch die Nachkriegszeit brachte keine außergewöhnliche Fortentwicklung der Bevölkerung und erreichte nicht die Höhe der letzten Vorkriegsjahre. Im Gegensatz zu unserem Gebiet entwickeln sich die übrigen Kreise nach 1900 günstiger, Dillkreis und Kreis Limburg behalten die seit 1895 angenommenen Entwicklungslinien bei und haben auch in dem durch den Krieg bestimmten Zeitabschnitt eine verhältnismäßig gute Fortentwicklung. Im Dillgebiet bleibt sie auch nach 1919, anders bei Limburg, dessen Bevölkerung einen starken Rückgang aufzuzeigen hat. Unterlahn- und Oberlahnkreis haben im Vergleich mit der Zeit vor 1900 günstigeren Wirtschaftsraum, ihre Volkszahl nimmt zu, erleidet Rückschläge in der Kriegsperiode (Unterlahnkreis) und nach dem Kriege (Oberlahnkreis); nicht nur der Geburtenüberschuß, sondern dazu ein Rückgang der Bevölkerung um nahezu 1000 Personen ist bei letzterem zu beklagen. Am interessantesten ist die Entwicklung in den reinen Waldkreisen Westerburg und Oberwesterwald nach 1900. Langsam, aber beständig wurden sie ihres eigenen Geburtenüberschusses mächtig, sie zeigen auffallendes Wachstum in der Periode 1900/25 und übertreffen, was die relative Zunahme angeht, alle übrigen Gebiete. Der Oberwester-

wald übertrifft den Unterwesterwald um 7,4%. Hervorstechend ist die starke Zunahme der beiden Kreise in der Zeit 1910/19; sicherlich ist die Rückwanderung auf das Land (infolge der Kriegsverhältnisse) hier als Erklärung mit heranzuziehen. Die neuere industrielle Entwicklung der beiden Kreise und die Beachtung, die staatlicherseits ihnen geschenkt wurde (Meliorationen), haben für die Bevölkerungsentwicklung günstige Fortschritte ergeben, die auch nach dem Kriege anhielten.

Bisher wurden nur die absoluten Bevölkerungszahlen unseres Gebietes und seiner Nachbargebiete betrachtet; abschließend soll vergleichshalber auch die Entwicklung der Bevölkerungsdichte beachtet werden.

Die Entwicklung der Bevölkerungsdichte im Unterwesterwaldkreis 1885—1925.

Jahr	Einwohner	Fläche qkm	Bevölkerungsdichte	Zu- Abnahme
1885	39 371	365,5	107,7	—
1890	39 738	„	108,7	1,0
1895	40 739	„	111,5	2,8
1900	45 377	„	124,2	12,7
1905	45 858	„	125,5	1,3
1910	47 442	„	129,8	4,3
1919	48 059	„	131,5	1,7
1925	49 696	„	135,6	4,1

Zum Vergleiche: die Dichtezahlen der anderen Westerwaldkreise und des Regierungsbezirks Wiesbaden.

Kreise	Fläche qkm	Bevölkerungsdichte				Zu- Abn. d. Dichte	
		1885	1900	1910	1925	1885—1900	1885—1925
U. w. Kr.	365,5	107,7	124,2	129,8	135,6	16,5	27,9
Oberwesterwald	325,1	72,4	75,0	84,1	96,7	2,6	24,3
Westerburg	317,4	91,9	88,6	99,6	101,2	— 3,3	9,3
Oberlahn	391,9	102,9	100,9	104,2	102,3	— 2,0	— 0,6
Unterlahn	396,0	110,6	112,1	116,4	117,9	1,5	6,3
Limburg	347,5	139,1	143,9	159,4	170,3	4,8	31,2
Dillkreis	514,7	76,2	85,6	99,8	112,3	9,4	36,1
Reg. Bez. Wiesbaden	5618,5	140,8	179,4	215,8	231,0	38,6	90,2

Die erste Tabelle läßt eine ständig zunehmende Bevölkerungsdichte, mithin eine tatsächliche Bevölkerungszunahme, die bis 1900 prozentual immer steigt, erkennen. Die Bevölkerungsdichte des Kreises stieg von 1885: 107,7 auf 1895: 111,5 auf 1900: 124,2 auf 1910: 129,8 auf 1925: 135,6 pro qkm. Ihre Zunahme steht in der Zeit 1885/1900 allen Kreisen der zweiten Tabelle mit 16,5 voran; mit einigem Abstand folgt ihr der Dillkreis mit 9,4, alle übrigen Kreise bleiben weit zurück, auch Limburg, dessen absolute Bevölkerungsdichte eine weit höhere als die des Unterwesterwaldes ist. Im Bezirk Wiesbaden stellt sich für diese Zeit unser Gebiet wie bei der tatsächlichen Zunahme an die 7. Stelle, was

viel bedeutet bei der Wichtigkeit der vorangehenden Kreise (Höchst, Frankfurt). Nach 1900 ändert sich das Bild insofern, als die Bevölkerungsdichte der Kreise Dill, Limburg, Oberwesterwald rascher voranschreitet, die unseres Kreises erhöht sich nur sehr langsam und so steht der Unterwesterwaldkreis, was die Zunahme der Dichte in der Zeit 1885/1925 betrifft, nach den Kreisen Dill und Limburg mit 27,3 an 3. Stelle. Immerhin, seine Bevölkerungsdichte ist sehr hoch, sie übertrifft die des Deutschen Reiches, die nach der Volkszählung 1900: 104,3, 1910: 120,0, 1919: 127,0 und 1925: 134,3 pro qkm betrug.

3b) für besondere Gemeinden des Unterwesterwaldes.

Jegliche Zu- bezw. Abnahme der Bevölkerung eines Gebietes muß entweder einzelnen Gemeinden zugute kommen oder auf alle Gemeinden sich mehr oder weniger gleichmäßig verteilen. Bei einem ländlichen durchweg landwirtschaftlich bestimmten Westerwaldkreise könnte das letztere wahrscheinlich sein, da die gleichen wirtschaftlichen Verhältnisse in allen Gemeinden anzutreffen sind. Unser Gebiet, der Unterwesterwaldkreis, hat als ländlicher Kreis keinen ganz landwirtschaftlichen Charakter, er ist nicht reiner Agrarbezirk und ist auch nicht als reiner Industriebezirk anzusehen. Schon die Tatsache, daß er in seiner tatsächlichen Bevölkerungsbewegung stets eine Zunahme — einmal allerdings ein ganz auffallendes Wachstum, das mit einer Zuwanderung verknüpft war — aufzuzeigen hatte, zeigt an, daß hier neben bevölkerungabstoßenden Agrarorten einzelne bedeutende Industriegemeinden sich befinden müssen, die ein Bevölkerungswachstum hervorriefen und auch die Voraussetzungen für die Zuwanderungen boten. Rein bäuerliche Gemeinden existieren heute im Gebiete nur noch zwei — in der Zeit vor 1900 waren es noch eine größere Zahl — neben ihnen stehen 7 Industriegemeinden, 10 Arbeitergemeinden und alle übrigen außer der Stadtgemeinde Montabaur sind Mischgemeinden, Orte, in denen industrieller Erwerb mit landwirtschaftlicher Betätigung verbunden ist, so daß man bisweilen schwer entscheiden kann, ob der eine oder der andere Erwerb die Grundlage und den Rückhalt der Existenz gibt. Ueberschauen wir zunächst einmal die Gemeinden des Kreises allgemein in Bezug auf Zu- und Abnahme:

Zahl der Gemeinden, die eine Bevölkerungszunahme bezw. Abnahme erfahren haben.

Zeit	Zahl d. Gem. mit Zunahme	Zahl d. Gem. mit Abnahme	Zeit	Abn. Gem.	Zu-Gem.
1885—1890	36	40	1885—1900	28	48
1890—1895	47	29	1900 - 1925	24	52
1895—1900	59	17	1885—1925	21	55
1900—1905	45	31	1825—1925	9	67
1905—1910	48	28			
1910—1919	46	30			
1919—1925	54	22			

In dieser Uebersicht spiegelt sich genau das Bild wieder, das sowohl die Betrachtung der absoluten Zunahme wie der Volksdichte von der Entwicklung der Bevölkerung geboten hat. Im Jahrfünft 1885/90 haben wir die Ueberzahl der Abnahmegemeinden — durchschnittlich waren es in den einzelnen Gemeinden aber nicht über 30 Personen, um die sie abnahmen, nur in größeren Agrarorten ging die Zahl an die 100 heran — 1895/1900 dagegen hatten nur noch 17 Gemeinden eine Abnahme (281 Personen), während die meisten Gemeinden zunahmen; die ganze Periode 1885/1900 zeigt die Zunahmegemeinden in der Mehrzahl, nur 28 Gemeinden haben eine Abnahme von 740 Personen aufzuzeigen, denen gegenüber stehen 48 Zunahmegemeinden, deren Bevölkerungsvermehrung, sei es, daß diese durch den Geburtenüberschuß oder durch Zuwanderung entstanden ist, so groß war, daß dadurch die Abnahme in den übrigen Gemeinden mehr als aufgewogen wurde. Sie haben eine Zunahmezahl von 6746 Personen aufzuzeigen, so daß für den gesamten Zeitabschnitt die Bevölkerungszunahmeziffer von 6006 Personen verbleibt, die den Unterwesterwald einzig auszeichnete und an siebter Stelle unter den Kreisen des Regierungsbezirkes erscheinen ließ (Bevölkerungszunahme). Auch die Zeit nach 1900 läßt die Gemeinden mit einer Zunahme stets in der Ueberzahl trotz eines gewissen wirtschaftlichen Rückschlags. Bis 1919 bewegt sich die Zahl der abnehmenden Gemeinden um die 30 und erreicht 1925 die niedrigere Ziffer von 22 Abnahmegemeinden. Wie schon gesagt, handelt es sich bei den einzelnen Gemeinden nur um eine geringe Personenzahl, um die sie zurückgehen; für die ganze Zeit 1885/1925 z. B. haben wir 21 abnehmende Gemeinden festzustellen, deren Gesamtverlust die Summe von 653 Personen ausmacht. Im Jahrhundert 1825/1925 schließlich sind es 9 Gemeinden, die 1925 nicht mehr den Bevölkerungsstand von 1825 aufzeigen können; es sind Orte, die an der Peripherie des Kreises unter ganz ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen leiden und fern jedem industriellen Erwerb sind.

Die Betrachtung der Gemeinden in ihrer Gesamtheit führt hin zur Untersuchung einzelner Orte, die dem Kreise seine interessante Entwicklung gegeben haben. Auch bei ihnen interessiert vor allem ihre Entwicklung um die Jahrhundertwende, weil diese Zeit die starke Aufwärtsbewegung des Kreises zeigte. Die größte Gemeinde des Kreises ist heute die Stadt Montabaur; sie war es immer bis auf das Jahr 1900, in dem der Industrieort Wirges sie um einige hundert Personen überholte. Ihr Wachstum und ihre Entwicklung trägt typisch das Merkmal vieler kleinen Landstädte, die einst Mittelpunkt, Verkehrspunkt, Einkaufs- und Absatzzentrum für die um sie gelegenen landwirtschaftlichen Orte waren, mit der neueren Entwicklung, den größeren besseren Verkehrsmöglichkeiten aber überholt und übergangen wurden auf dem Weg zum größeren Markt der größeren Stadt hin, damit aber zum wirtschaftlichen Stillstand verurteilt wurden. Montabaur ist in der Periode 1895/1900 an der Zunahme des Kreises überhaupt nicht beteiligt und auch die letzte Zeit brachte Montabaur kein eigentliches Wachstum. Es konnte in 100 Jahren nicht einmal seinen Bevölkerungsstand verdoppeln, während die Industrieorte des Kreises die dreifache Größe erreicht haben.

Die Bevölkerungsentwicklung einzelner Gemeinden des U. w. Kr.

	Bevölk. 1885	Bevölk. 1900	Zu-Abn.	Bevölk. 1925	Zu-Abn. 1885—1925	Zu-Abn. 1900—1925
Jndustrieorte:						
Wirges . . .	1049	3777	2728	3362	2313	—415
Hoehr	2497	3258	761	3612	1115	354
Grenzhausen .	1680	1822	142	2269	589	477
Ransbach . .	1163	1506	343	1901	738	395
Nichtindustrieorte:						
Montabaur . .	3460	3555	95	4207	747	652
Arzbach . . .	1191	1150	—41	1163	— 28	13
Eitelborn . . .	967	1008	41	965	— 2	— 43
Welschneudorf	586	528	- 58	474	—112	— 54

Die größte Entwicklung hat nach obiger Uebersicht die Industriegemeinde Wirges mit einem Wachstum von 1049 auf 3777 Einwohner, somit um 2728 Personen (1885—1900). Ihr Wachstum entfällt fast ganz auf die Periode 1895/1900, in der sie um 2229 Personen sich mehrte, nur 499 Personen kommen auf die Zunahme des vorausgehenden Zeitabschnittes. Wirges war also der Anziehungs- und Industriemittelpunkt um die Jahrhundertwende. Neben ihm sind es dann noch die Orte Hoehr, Ransbach, Grenzhausen und Siershahn, die eine ansehnliche Zunahme aufweisen können. Im großen und ganzen sind es die Industrieorte, die im sog. „Kannenbäckerlande“ um Wirges und Hoehr sich konzentrieren; die nichtindustriellen Orte liegen an der Peripherie des Kreises und sind daher nur wenig über ihren Stand von 1885 hinaus gewachsen. Interessant ist die Beobachtung aus der vorangehenden Uebersicht, daß allgemein dem Fortschritt im Wachstum der Bevölkerung nach 1900 Einhalt getan ist. Wirges vor allem gibt einen großen Teil seines übermäßigen Zuwachses (der Periode 1895/1900) wieder ab und mit ihm gehen auch die benachbarten Orte im Wachstum langsamer voran. Die beiden Schwesterngemeinden nahe am Rhein Hoehr und Grenzhausen vertauschen nach 1900 ihre Rollen insofern, als Hoehr, das 1895/1900 den bedeutendsten Zuwachs hatte (761 Personen, Grenzhausen 142) von 1900 an Grenzhausen die Führung überläßt, das in der Zeit 1900/1925 um 477 Einwohner wächst, wogegen Hoehr mit 354 Personen zurückbleibt.

4. Die natürliche Bewegung der Bevölkerung.

Eine jegliche Betrachtung der Bevölkerungsvorgänge eines Gebietes greift über die zahlenmäßige Entwicklung der absoluten Volkszahl hinaus, indem sie die tatsächliche Bevölkerungszunahme zerlegt in ihre Komponenten: inneres Wachstum und äußeres Wachstum (Wanderungsgewinn bezw. -verlust). In der tatsächlichen Zunahme kommt die Tendenz einer Bevölkerung, sich aus sich selbst heraus zu vermehren, nicht zum klaren Ausdruck.

Andere Faktoren, nämlich die Tatsache der Binnen- und Auswanderungen greifen in sie hinein und verschieben das Bild in bedeutsamer Weise. So muß denn die Erscheinung der Wanderung aus ihr herausgehoben werden und das innere Wachstum, das nichts anderes ist als der Ueberschuß der Geburten über die in bestimmter Zeit erfolgten Sterbefälle, für sich dargestellt werden. Allgemein ist es nicht möglich, dies einwandfrei so zu klären, daß man den einen Teil der Bevölkerungszunahme bestimmt auf den Geburtenüberschuß zurückführt und den anderen auf die Wanderungen; diese Feststellung verliert im allgemeinen ihre Bedeutung; sie tritt zurück hinter der Frage, wieweit der Geburtenüberschuß eines Gebietes selbst die von der Wirtschaft benötigten Arbeitskräfte aufbringt und wieweit er über den Bedarf an solchen hinauswächst. Für unser Gebiet war in fast allen Perioden der Beobachtungszeit die letztere Frage die gegebene. Der Geburtenüberschuß war fast stets größer als die Bevölkerungskapazität.

a) Geburten, Eheschließungen und das Phänomen des Geburtenrückganges.

Die Urquelle, aus der alles Leben fließt, das in einem sozialen Körper atmet, bilden die Geburten. Bei dem Werden und Wachsen einer Bevölkerung sind sie, wenn nicht von allein ausschlaggebender, so doch von allergrößter Wichtigkeit. Sie bedeuten Leben, das, wenn es nicht alsbald wieder vergeht, sich auswirkt in mannigfachen dauernden Werten und sich schließlich weiterpflanzt im Weiterbau neuer Geschlechter. Wenn wir an dieser Stelle der Geburtenfrage besondere Beachtung schenken, so deshalb, weil wir in unserem Gebiete ein ländlich-industrielles haben, das noch den bekannten Unterschied gegenüber der Stadt — großstädtisch-industrieller Bevölkerung — aufweist, als ländlich-industrielle Gegend aber auch schon abweicht von dem „flachen Lande“ im gewöhnlichen Sinn. Und zum anderen birgt die Zeit, der wir unsere Aufmerksamkeit schenken, gar viele Wandlungen und Aenderungen in sich, zeigt Entwicklungen, die naturnotwendig als Folgen großer Ereignisse eintreten mußten (Weltkrieg) und Entwicklungen, die zwar nicht naturnotwendig, aber doch als Folgen vielfacher Ursachen wirtschaftlicher und geistig ideeller Art sich ergeben mußten (Geburtenrückgang). Sie alle wollen aus der nun folgenden Tabelle, die nach der amtlichen Preußischen Statistik in Verbindung mit den Aufzeichnungen der Standesämter aufgestellt ist, gesehen und beachtet werden. (Tabelle siehe Seite 26).

Die Zusammenstellung, in der die Geburtenziffer des Kreises Unterwesterwald mit der des preußischen Staates verglichen wird, zeigt die Entwicklungstendenz der Bevölkerung. Die Unterschiede, die sich hier ergeben im Vergleich mit Preußen, sind auffallend, sie wären es noch mehr, wenn man etwa die Geburtenziffern für das „flache Land“ Preußens zum Vergleich heranzöge, dessen durchschnittliche Geburtenhöhe bis 1900 stets um die 40,0 pro Tausend sich bewegt und dann erst langsam fällt. Auch das Deutsche Reich hat, abgesehen von der jüngsten Zeit, höhere Geburtenziffern. Es müssen also schon besondere Gründe vorliegen,

Jahr	Geburten incl. Totgeb. U.-w. Kr.	auf 1000 der Bev. entf. Geburten U. w. Kr.[1]	Preußen[2]	Jahr	Geburten incl. Totgeb. U. w. Kr.	auf 1000 der Bev. entf. Geburten U. w. Kr.[1]	Preußen[2]
1885	—	—	—	1906	1441	30,8	34,8
1886	1253	31,6	39,2	1907	1427	30,5	34,0
1887	1335	33,7	39,2	1908	1407	30,1	33,7
1888	1255	31,7	38,9	1909	1382	29,6	32,7
1889	1298	32,8	38,6	1910	1337	28,2	31,5
1890	1225	30,9	37,9	1911	1274	26,6	30,3
1891	1379	34,1	39,0	1912	1276	26,7	29,8
1892	1279	32,0	37,4	1913	1230	25,7	29,0
1893	1356	33,7	38,6	1914	1227	25,6	28 5
1894	1257	31,2	37,8	1915	975	21,0	21,7
1895	1322	32,4	38,1	1916	690	16,3	16,5
1896	1362	31,6	38,1	1917	626	14,7	14,8
1897	1465	34.0	37 8	1918	655	15,4	15,1
1898	1541	35,7	38,0	1919	1003	20,9	20,9
1899	1583	36,8	37,6	1920	12 6	26,1	26,7
1900	1661	38,5	37,2	1921	1208	24.7	25,8
1901	1628	36,6	37,4	1922	1130	23,1	23,5
1902	1579	34,6	36,7	1923	1120	22,9	21,2
1903	1490	32,6	35,5	1924	11 2	22,7	21,5
1904	1504	32,9	35.8	1925	1144	23,4	21,7
1905	1507	32,8	34,5	1927	1017	20,5	

die in unserem Kreise ein solches Abweichen von anderen allgemeinen Geburtenziffern erklären. Die Geburtenziffer war allgemein in Preußen und im Deutschen Reiche eine weit höhere als sie uns im Unterwesterwalde entgegentritt. Allerdings nicht in der Provinz Hessen-Nassau und im Regierungsbezirk Wiesbaden. Dort sind die Entwicklungstendenzen die gleichen gewesen wie im Unterwesterwaldkreise. Hessen-Nassau ist bekannt als eine der Provinzen, die nach Berlin und Sachsen in der neueren Zeit die niedrigsten Geburtenziffern aufzuzeigen hatten.

Geburten (incl. Totgeb.) auf 1000 Einwohner[3]) in Hessen-Nassau:

1886/90	1891/95	1896/1900	1901/05	1911
32,8	32,8	32,8	31,9	25,8

Die Geburtenkurve des Bezirks Wiesbaden geht in der gleichen Richtung. Sie ist allerdings ganz wesentlich durch das Vorhandensein der beiden Großstädte Wiesbaden und Frankfurt bestimmt (siehe Tabelle S. 27).

Doch wie erklärt sich die von den meisten übrigen Gebieten Preußens abweichende Geburtenlinie des Unterwesterwaldes, dem doch bis um die Jahrhundertwende bestimmt der Charakter eines ländlichen Agrarbezirkes zuzusprechen ist und der demnach gemäß

[1]) Errechnet nach der preußischen Statistik.
[2]) Statistisches Jahrbuch f. Preußen, 1912 und 1927.
[3]) Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 150 u. 236 u. Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1913 u. 1915.

Geburtenziffern des Regierungsbezirkes Wiesbaden.[1])

Im Durchschnitt der Jahre	Geburtenziffern	Im Durchschnitt der Jahre	Geburtenziffern
1886–1890	30,9	1917	11,6
1891–1895	31,6	1918	12,6
1896–1900	32,1	1919	18,1
1901–1905	31,2	1920	22,9
1906–1910	28,4	1921	21,7
1911	24,4	1922	20,3
1912–1914	23,6	1923	18,8
1915	17,9	1924	18,3
1916	13,1	1925	18,0
		1926	16,3

der nachweisbaren Entwicklung in landwirtschaftlichen Gebieten eine höhere Geburtenzahl aufzeigen müßte? Die Erklärung ist wohl zu suchen in den besonderen Verhältnissen des Kreises. Die allgemeine Geburtenziffer ist ohne Zweifel wesentlich abhängig von der Zusammensetzung und dem Altersaufbau der Bevölkerung. Jede Abweichung in der Altersgliederung der Bevölkerung übt ihren Einfluß aus auf die Höhe der Geburtenziffer. Es ist natürlich, daß Gebiete mit einem starken Zustrom junger heiratsfähiger Kräfte — denken wir an die rheinisch-westfälischen Industriebezirke — außergewöhnlich hohe Fruchtbarkeit zeigen, umgekehrt aber Gebiete, die wegen der wirtschaftlich ungünstigen Verhältnisse ungenügenden Lebensraum bieten und daher typische Abwanderungsgebiete sind, nur ganz niedrige Geburtenziffern haben können. Es sind ja doch immer in Abwanderungsgebieten die jungen produktiven Altersklassen, denen der Boden zu eng wird, die „draußen" Brot und Erwerb suchen und so kommt es, daß ihr Fehlen und ihr Ausfall für die heimische Bevölkerung sich auch im inneren Wachstum bemerkbar machen muß. Leider bietet die amtliche Statistik für die unteren Verwaltungsbezirke nicht das Material, das eine Untersuchung des Altersaufbaues nach den einzelnen Altersgruppen ermöglicht. Aus ihm hätten sich gerade für unser Gebiet äußerst interessante Feststellungen und Schlüsse auf die Geburtenziffer gewinnen lassen. Immerhin eine allgemeine Altersgliederung ließ sich aufstellen und auswerten durch Nebeneinanderstellen verschiedener Jahre (Tabelle Seite 28).

Ein ungefähres Bild der Altersgliederung gibt die Tabelle trotz ihrer geringen Gliederung vor allem der Gruppe 20 bis 50 Jahre. Es zeigt sich zunächst eine die Entwicklung der Geburtenziffer bestätigende verhältnismäßig schwache Besetzung der Altersstufe 0 bis 1, die nur 1900 einmal größere Höhe gewinnt; infolge der nachlassenden Fruchtbarkeit wurde ihr Anteil sowohl bei den weiblichen wie bei den männlichen Personen von Jahrfünft zu Jahrfünft geringer. Der Anteil der Altersklasse von 1 bis 15 Jahre dagegen wurde größer, was auf die vor 1900 ansteigende Geburtenziffer und des weiteren auf den Rückgang der Säuglings-

[1]) eigene Berechnung.

Der Altersaufbau der Bevölkerung des Unterwesterwaldes.[1])

Von 100 Personen standen im Alter von Jahren:

Jahr	0–1	1–14	14–20	20–50	50–70	70 und mehr
			männlich			
1895	2,7	31,4	13,3	36,2	13,7	2,7
1900	3,2	31,2	12,6	37,9	12,5	2,6
1905	2,8	32,5	12,2	37,1	12,5	2,8
1910	2,4	32,3	13,8	35,6	12,7	2,9
			weiblich			
1895	2,9	30,3	12,0	38,9	13,7	2,3
1900	3,3	30,5	11,1	39,1	13,3	2,6
1905	2,8	31,9	10,3	39,1	13,2	2,5
1910	2,3	31,7	12,4	36,9	13,7	2,9

sterblichkeit zurückzuführen ist. Vor allem wichtig und von größtem Interesse ist in der vorangehenden Tabelle in unserer Frage die Besetzung der Altersgruppe von 20 bis 50 Jahren. Dies ist die Zeit der größten Schaffenskraft, der produktiven Wirksamkeit des Menschen, zugleich umschließt sie aber auch das Alter, das für die Regeneration einer Bevölkerung ganz ausschlaggebend ist. Durch es wird der Wachstumsprozeß bewirkt, der seinen Ausdruck findet in der Höhe der Geburtenziffern. Die stärkere oder geringere Besetzung dieser Altersgruppe gegenüber den Altersklassen unter 20 und über 50 Jahren, die für das Volkswachstum überhaupt nicht oder nur zu ganz kleinem Teil in Frage kommen, läßt uns den ersten und vielleicht trotz vieler anderer Faktoren den wichtigsten Schluß ziehen auf den Verlauf der Geburtenkurve. Wie schon gesagt, läßt sich leider die Altersgruppe 20 bis 50 nicht in weitere Gruppen aufgliedern, was sehr interessant wäre, denn es sind ja gerade die Altersklassen 20 bis 25, 25 bis 30, die abwandern und damit die verhältnismäßig schwache Besetzung der Gruppe 20 bis 50 bedingen. Vorhergehende Tabelle zeigt dies ganz deutlich, da nur 36 bis 37% aller männlichen Personen des Kreises im Alter von 20 bis 50 Jahren stehen. Auch hier wird sichtbar die in der Bevölkerungsgeschichte des Kreises einzig dastehende Wirkung der Zuwanderung von 1895/1900. Im Jahre 1900 nämlich macht die Altersgruppe 20 bis 50 38% der männlichen Bevölkerung aus. Im übrigen tritt die stärkere Anteilnahme dieser Altersgruppe bei der weiblichen Bevölkerung klar hervor. Es ist eben die Abwanderung in erster Linie eine Notwendigkeit für den Mann, nichts desto weniger ist in unserem Gebiete auch eine Abwanderung der weiblichen Bevölkerung Tatsache, indem viele jüngere Leute der Altersgruppe 14 bis 20 den Weg nach der Stadt suchen, teils durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, die ein Mitverdienen fordern, gezwungen, teils freiwillig, weil die Stadt Vieles bietet, was das Land nicht geben kann und weil allgemein die Ansprüche an das Leben bedeutend gestiegen sind. Ein Sichbegnügen mit den alten Lebens-

[1]) Berechnet nach der Statistik.

gewohnheiten und Zufriedensein mit dem unbedingt Lebensnotwendigen ist auch auf dem Lande schon vor dem Kriege nicht mehr anzutreffen gewesen. Die Generation des 20. Jahrhunderts sieht die Armut der Heimat, bekämpft sie und hat den festen Willen, aus ihr herauszukommen. Hieraus erwächst der „Zug nach der Stadt", der nicht „soziale Revolution" (Sohnrey) bedeutet, sondern Befreiung von unbefriedigenden Existenzmöglichkeiten. So sehen wir in der geringen Anteilnahme der produktiven, regenerativen Altersgruppe an der Bevölkerung den wichtigsten Grund für die äußerst niedrigen Geburtenziffern des Kreises schon vor 1900. Vielleicht war es vorteilhaft, daß die Geburtenziffer nicht stärker war, denn der wirtschaftliche Nutzen einer höheren Geburtenzahl wäre unserem Gebiete doch nicht zugute gekommen, ja man kann sagen, daß eine höhere Geburtenzahl der Wirtschaft vielleicht geschadet hätte, weil mit der höheren Geburtenzahl auch eine höhere Säuglingssterblichkeit Hand in Hand gegangen wäre. Letztere ist im Kreise stets sehr hoch gewesen. Eine weitere Erklärungsmöglichkeit für die Konstitution der Geburtenzahl bietet die nähere Betrachtung der Fruchtbarkeitsziffer. Es besteht einmal die Möglichkeit, die Zahl der Geborenen auf tausend Frauen im gebärfähigen Alter (sog. allgemeine Fruchtbarkeitsziffer), das andere Mal auf tausend verheiratete Frauen gebärfähigen Alters zu beziehen (sog. eheliche Fruchtbarkeitsziffer). Die Entwicklung dieser Fruchtbarkeitsziffern zeigt die nächste Tabelle.

Fruchtbarkeitsziffer.

	im Unterwesterwalde		in Preußen			
			allgem.	ehel.	allgem.	ehel.
	allgem.	ehel.	Stadt		Land	
1896—1900	146,4	284,5	136,6	—	183,1	—
1901—1905	143,1	265,7	—	266	—	337
1906—1910	141,5	275,7[1])	118,7	241	168,9	317

Zum Vergleiche in Hessen-Nassau: [2])

Auf 1000 verheiratete Frauen kamen eheliche Geburten:

1900/01	1910/11	1912
232,2	175,3	165,2

Im Deutschen Reiche: [3])

	1890/91	1900/01	1910/11
allg. F.	162,5	157,8	128,0
ehel. F.	302,6	286,1	227,0

Auch hier zeigt sich trotz der Dürftigkeit des verwandten Materials, daß die Fruchtbarkeitsziffer des Unterwesterwaldes

[1]) 15—45 J. alte Fr., vorher 15—50 J. alte Fr.
[2]) Ballod: Grundr. d. Statist., 1913, S. 42.
[3]) H. Fürth: Das Bevölkerungsproblem in Deutschland, Jena 1927, S. 10.

nicht sehr stark war in den einzelnen Zeitabschnitten, daß sie in etwa auf der Höhe der preuß. Städte sich bewegte, keinesfalls aber an die Höhe des „flachen Landes" heranreichte. Der Unterwesterwald nimmt vor dem Kriege, wie durch seine wirtschaftliche Struktur, so auch in seinem inneren Bevölkerungswachstum, eine Sonderstellung ein gegenüber ländlichen Bezirken, insbesondere auch gegenüber den übrigen Westerwaldkreisen. Diese tritt allerdings weniger in Erscheinung mit Beginn des Krieges, der infolge seines Eingriffes in alle Sphären volklichen und volkswirtschaftlichen Lebens ganz neue Bevölkerungsvorgänge herbeiführte. Er änderte und stürzte die Geburtenziffer aus naheliegenden Gründen; die Bevölkerung des U. w. Kr., die 1914 eine Geburtenhöhe von 25,6 pro Tausend aufwies, hatte in den Kriegsjahren nurmehr eine Geburtenziffer von 21,0 (1915), 16,3 (1916), 14,7 (1917), 15,4 (1918) aufzuweisen. Setzt man die Geburtenziffer 1914 gleich 100, so zeigt sich, daß die Zahl der Geborenen von 100 im Jahre 1914 auf 79,4 im Jahre 1915, 56,2 im Jahre 1916, 51,0 und 53,4 in den Jahren 1917 und 1918 sank. Mit diesen Ziffern hielt sie ziemlich denen des preußischen Staates die Wage. 1920 kam dann die starke Aufwärtsbewegung der Geburten. Eine Hochflut von Eheschließungen setzte ein (85% aller Kriegskämpfer waren zurückgekehrt, die im Krieg unterbliebenen Eheschließungen wurden nachgeholt), und damit folgt auch eine starke Geburtenwelle, die 1920 mit 26,1 pro Tausend annähernd den Stand von 1912 wiedererreichte. Mitbedingt war diese hohe Steigerung in unserem Gebiete auch durch eine hohe Zahl unehelicher Besatzungskinder (sog. Souvenirs), die 1919 und 1920 die Zahl von 170 erreichten. — Die Nachkriegsjahre 1921/23 ließen nur einen langsamen Rückgang der Eheschließungen folgen, die wirtschaftlichen Verhältnisse waren durch die Wirren der Inflation scheinbar günstig für gewisse Teile der Bevölkerung und so blieben die Eheschließungen auf beträchtlicher Höhe; man sah vielfach die wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht oder überschätzte sie. — Erst mit dem Jahre 1923 beginnt der rasche Geburtenabstieg, der 1927 bereits bis auf 20,5 geht. So läßt sich denn am Schlusse der Uebersicht über die Geburten die einwandfreie Feststellung machen, daß unser Gebiet schon früh, seit Beginn des 20. Jahrhunderts, einen gewissen Rückgang der Geburten aufzuweisen hat (nicht in allen Teilen des Kreises, siehe Tabelle Wirges, Arzbach!). Diese Feststellung ist deshalb so bemerkenswert, weil unser Gebiet trotz seiner Industrialisierung in etwa doch noch als landwirtschaftliches angesehen werden kann und im allgemeinen der „Geburtenrückgang auf dem Lande" erst eine Erscheinung jüngster Zeit genannt zu werden pflegt. Der Geburtenrückgang auf dem Lande ist umso auffallender, weil hier das Kind als solches weniger Erziehungs- und Aufzuchtskosten verursacht, weniger Arbeit und Zeit verlangt als in städtisch-industriellen Kreisen, ja frühzeitig vielleicht schon einen wirtschaftlich wertvollen Gewinn vermittelt durch seine Mithilfe in Landwirtschaft und kleinindustriellem Betriebe.

Fassen wir noch einmal die wirtschaftlichen Momente ins Augenmerk, die für unsere Frage trotz der vielen Erklärungsversuche anderer Art maßgebend waren. Kausal spricht für den niedrigen Stand der Geburtenrate schon vor 1900 und ihre Ab-

senkung nach diesem Jahre ganz objektiv die Begrenztheit des Lebensraumes. Er war zu eng und brachte die großen Abwanderungen der lebenskräftigsten Altersklassen und die Folgen dieser Erscheinungen waren: die Einschrumpfung gerade der Altersgruppen, die für die Regeneration in Frage kamen. Eine gewisse Beengung des wirtschaftlichen Raumes war auch der in der Heimat bleibenden Bevölkerung beschieden; sie fand nicht zuletzt ihren Ausdruck in einer niedrigen Geburtenrate. Fast möchte man sagen, daß die Geburtenziffer hier in unserem Gebiete schon vor dem Kriege eine Funktion der Wirtschaftslage war. Der behauptete Zusammenhang von Geburtenhöhe und wirtschaftlicher Lage geht auch aus den Eheschließungsziffern unseres Gebietes hervor. Heiratshäufigkeit und Heiratsalter stehen ja in normalen Fällen in engstem Zusammenhang und bestimmter Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Verhältnissen. Ihre hervorstechenden Merkmale sind in Verbindung zu bringen mit dem Stand der jeweiligen Geburtenkurve. Die Kurve der Eheschließungen war im U.w.Kr. mannigfachen Schwankungen unterworfen. Im großen Maße wurde sie beeinflußt durch günstigere und ungünstigere Wirtschafts- und Erwerbsverhältnisse. Vor allem wird dies deutlich in der Periode 1885/95, wo sie durchschnittlich 7 pro Tausend betrug. 1896/1900 zeigt sie den wirtschaftlichen Aufschwung des Kreises an, steigt bis zu 8,7 pro Tausend, um dann mit dem wirtschaftlichen Rückschlag nach 1900 wieder auf die frühere Höhe herabzusinken. Kurz vor dem Weltkrieg ist sie auf dem tiefsten Punkt (abgesehen von den Kriegsverhältnissen) unserer Beobachtungszeit angekommen mit 6,6 und 6,5 pro Tausend. In gewissem Grade tritt diese Entwicklung auch in dem veränderten Familienstand der Bevölkerung hervor.

U. w. Kr. Jahr	Von 1000 über 20 Jahre alte Männer waren				Von 1000 über 15 Jahre Frauen waren			
	ledig	verh.	verw.	gesch.	ledig	verh.	verw.	gesch.
1895	313	594,8	92,4	0.18	372,4	497,2	133.9	0,9
1900	312,4	608 3	79.7	0,3	359,3	508,4	131,5	0,6
1905	298 7	622,5	79.0	0,5	344,2	521,6	133,5	0,5
1910[1])	285,4	642 8	71,8	0,3	344,1	525,5	129,8	0.4

Die Vergleichszahlen für die Nachkriegszeit stehen leider nicht zur Verfügung, doch erfüllt die vorausgehende Uebersicht in etwa den beabsichtigten Zweck. Das Jahr 1895 zeigt eine verhältnismäßig hohe Ledigenzahl, vor allem der Frauen, die dann ab 1900 ständig fällt, während die Zahl der verheirateten Männer und Frauen gestiegen ist. Ganz eindeutig klare Schlüsse lassen sich aus der Tabelle nicht ziehen, Es spielen ja bei der Aenderung des Familienstandes auch Aenderungen der Zahl der Wiederheiratenden eine Rolle.

[1]) Männer über 21 Jahre.

Jedenfalls stellen wir eine große Parallelentwicklung vor dem Kriege zwischen Ehehäufigkeit und der Geburtenzahl fest. Ihr Rückgang vor dem Kriege zeigte auch deutlich die Senkung der Geburten (1910/1914). Der Weltkrieg änderte natürlich wesentlich die Dinge, er brachte stärksten Ausfall der Geburten, einen Tiefstand der Eheschließungen, bis dann nach 1918 aus bekannten Gründen die große Zunahme der Eheschließungen einsetzte. Ihre hohe Ziffer hätte eine hohe Ueberschreitung der Geburtenziffer erwarten lassen, da zudem aus der Zeit vor dem Kriege und während des Krieges viele junge kinderlose Familien bestanden. Die Erwartungen bestätigten sich nicht. Die Geburtenziffer stieg an, erreichte aber 1920 nicht den Stand vom Jahre 1912. Von dieser Zeit an ist der starke Geburtenrückgang bemerkbar, während die Eheschließungsziffer auf beachtlicher Höhe bleibt. (1922: 11,6, 1923: 9,9 pro Tausend.) Sie bedarf allerdings besonderer Bewertung, denn die Zunahme der Eheschließungen in neuerer Zeit ist zum Teil nur rechnungsmäßig; sie hängt vor allem damit zusammen, daß infolge des hohen Geburtenrückganges der Anteil der im heiratsfähigen Alter stehenden Personen starke Zunahme erfahren hat. Es beweist dies die Tatsache, daß z. B. im Deutschen Reiche 1910 von 1000 Personen 400 im Alter von 15 bis 40 Jahren standen, 1925 deren Anteil aber 430 von 1000 Personen desselben Alters betrug.[1])

Beachtlich ist weiterhin für die Frage nach der Ursache des Geburtenrückganges die Höhe des Heiratsalters; dieses aber ist natürlicherweise — besonders auf dem Lande — von wirtschaftlichen Gegebenheiten abhängig; die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse waren vielfach derart ungünstig, daß nur kleine Teile der Bevölkerung sich eine wirtschaftliche Existenz erringen konnten. Dies bedingte von selbst naturgemäß eine Erhöhung des Heiratsalters und vielleicht damit auch niedrigere Geburtenziffern. Mombert[2]) hat auf diese Zusammenhänge besonders hingewiesen und sieht in ihnen starke Gründe für die Geburtenminderung. Leider fehlt das Material für unser Gebiet, das diese Zusammenhänge aufdecken könnte. Die Tabelle, die Mombert in seinem Aufsatze bringt, möge angeführt sein. Sie zeigt, daß beachtliche Wandlungen vor sich gegangen sind.

Von 1000 Eheschließenden waren alt:

Jahre	Männer über Jahre			Frauen über Jahre		
	35	40	45	30	40	45
1913	134	73	45	153	77	43
1922	194	113	68	212	97	50
1923	205	119	70	234	109	58

Sowohl bei der männlichen wie bei der weiblichen Bevölkerung nimmt demnach nach dem Kriege der Anteil der Ehen im höheren Alter einen höheren Prozent als vor dem Kriege in Anspruch.

[1]) Mombert: Magazin der Wirtschaft, Heft 7, 1930.
[2]) Mombert: ebenda.

Die Erklärung dieser Erscheinung liegt nahe, wichtig ist hier nur, daß eine Erhöhung des Heiratsalters notwendig geburtenverringernd wirken muß, weil hohes Heiratsalter ohne weiteres eine Verkürzung der ehelichen Fruchtbarkeitsdauer mit sich bringt. Mombert[1]) sieht die Ursache für das zunehmende Heiratsalter nach dem Kriege in der Abnahme der Ledigen bei der Eheschließung. 1913 und 1924 waren von 1000 Eheschließenden:

Jahre	Männer			Frauen		
	led.	verw.	gesch.	led.	verw.	gesch.
1913	900	85	15	935	50	15
1924	858	100	42	903	65	32

Hiermit ist tatsächlich ein wichtiger Faktor für die Zunahme des Heiratsalters erkannt und nachgewiesen, seine Bedeutung erscheint auch für die Beurteilung der ländlichen Verhältnisse in obiger Frage sehr im Vordergrund zu stehen. Wer die Verhältnisse auf dem Lande kennt, weiß, wenn auch nicht zahlenmäßig, daß allgemein nach dem Kriege das Heiratsalter gestiegen ist. Die Eheschließungsziffer würde auch niedriger gewesen sein, wenn nicht ein Teil der Eheschließungen auf ganz anderer Grundlage als früher zu Stande gekommen wäre. Eine große Zahl Wiederverheiratungen war nach dem Kriege zu beobachten, die vielfach auf die vorzeitig durch den Krieg gelösten Ehen zurückgingen. Alles dieses sind Erscheinungen, die in ihren Wirkungen sehr gut in Verbindung zu bringen sind mit der Tatsache des Geburtenrückganges, gleichwohl sind sie nicht die letzte Erklärung. Es handelt sich wohl in der Hauptsache um rationalistische, wirtschaftliche Erwägungen. „Der Einzelne lernte unter dem Zwange der schon in dem letzten Jahrzehnt einsetzenden Teuerung sein Einkommen genau den wachsenden Kosten für Ernährung, Kleidung, Wohnung anzupassen; dabei machte man die Erfahrung, daß steigende Kopfzahl eine erhöhte Belastung des Haushaltes zur Folge habe, besonders dann, wenn infolge des Familienzuwachses eine größere Wohnung benötigt wurde". (Mombert, Handbuch der Politik, 3. Bd., S. 307.)

b) Sterblichkeit, insbesondere Säuglingssterblichkeit.

Für die Höhe des natürlichen Zuwachses einer Bevölkerung sind nicht allein die Geburtenziffern entscheidend, auch wenn sie zunächst das Volkswachstum begründen, sondern auch in großem Maße die Sterbeziffern. Erst sie bestimmen hohe oder niedrige Zunahme endgültig und darum verdienen sie besondere Beachtung und Bewertung. Letztere ist nicht leicht zu geben, weil die Sterbeziffern sehr verflochten sind mit wirtschaftlichen, sozialen und hygienischen Gegebenheiten, sie kann je nach Wahl des Standortes der Betrachtung anders sein, doch läßt sich allgemeinhin sagen, daß niedrige Sterbeziffer und hohe Aufwuchsziffer das Wünschenswerte sind. Volkswirtschaftlich betrachtet bedeutet eine hohe Sterbeziffer großen Verlust, Einbuße an Wer-

[1]) Mombert: Magazin d. Wirtschaft, Heft 7, S, 334/35.

ten, die einmal unnütz aufgewandt wurden und ohne Ertrag blieben, zum anderen direkt verloren gingen als werdende Anlagen und Fähigkeiten durch frühzeitige Vernichtung des Lebens. So gesehen ist die außerordentliche Senkung der allgemeinen Sterbeziffer von großem volkswirtschaftlichen Nutzen gewesen. Ein hoher Prozent des zugewachsenen Volksvermögens ist zu danken der Tatsache, daß die Sterblichkeit von Jahrfünft zu Jahrfünft immer mehr zurückging, immer geringere Opfer an Gut und Blut forderte. Die allgemein feststellbare Wandlung der Sterbeverhältnisse zeigt sich auch im Unterwesterwaldkreise in erkennbarer Form.

Jahr	Sterbefälle incl. Totgeb	auf 1 000 d. Bev. entf. Sterbefälle		Jahr	Sterbefälle incl. Totgeb.	auf 1 000 d. Bev. entf. Sterbefälle	
	U. w. Kr.	U. w. Kr.	Preußen [1]		U. w. Kr.	U. w. Kr.	Preußen
1886	730	18,4	27,6	1906	793	17.0	19,0
1887	839	21,2	25,3	1907	733	15,7	18,8
1888	861	21,7	24,3	1908	793	17,0	18,9
1889	796	20,1	24,6	1909	786	16,8	17,9
1890	832	20,9	25,3	1910	770	16,2	16,0
1891	792	19,6	24,1	1911	811	16,9	17,2[2])
1892	873	21,6	24,6	1912	745	15,6	15,5
1893	907	22,5	25,4	1913	763	15,9	14,9
1894	772	19,2	23,0	1914	856	17,9	19,11
1895	792	19,4	23,0	1915	1 054	22,1	22,0
1896	882	20,4	22,0	1916	973	20,4	19,0
1897	876	20,3	22,1	1917	1 046	21,9	20,6
1898	842	19,5	21,3	1918	1 323	27,7	25,2
1899	844	19,6	22,6	1919	934	19,4	15,9
1900	841	19,5	22,9	1920	824	16,9	15,4
1901	807	17,6	21,7	1921	729	14,9	13,6
1902	835	18,0	20,3	1922	803	16,4	14,2
1903	874	19,1	20,8	1923	743	15,2	13,5
1904	781	15,1	20,3	1924	661	13,5	14,2
1905	898	19,5	20,6	1925	730	14,9	11,9

Die allgemeine Sterbeziffer zeigt im Unterwesterwalde während der beobachteten Zeitspanne ziemlich bedeutsame Schwankungen. Allgemein festzustellen ist ihre bedeutende Abnahme vor allem in der Zeit 1900 bis 1914 und nach dem Kriege. Sie war so groß, daß trotz der starken Zunahme der Volkszahl die absolute Zahl der Todesfälle noch beträchtlich abgenommen hat. Ihre starke Abweichung von den preußischen Vergleichszahlen verdient besondere Beachtung. Im Jahre 1886 schon zeigt sie den günstigen Stand von 18,4 pro 1000 der Bevölkerung, den Preußen mit dem Jahre 1909 erst erreicht. Den höchsten Stand der Sterbeziffer (von den Kriegsverhältnissen abgesehen) läßt das Jahr 1893 mit 22,5 pro 1000 erkennen. Dieses Jahr ist aber als großes Sterbejahr (Seuchenjahr) bekannt und bedeutet eine Ausnahme. Die niedrigste Ziffer zeigt das Jahr 1924 mit 13,5. Bemerkenswert für die Nachkriegszeit ist im Vergleich zu Preußen der stärkere Rückgang der Sterblichkeit in Preußen, eine höhere Sterbeziffer im

[1]) Statistisches Jahrb. f. d. Pr. Staat 1912 und 1927.
[2]) ohne Totgeb. seit 1910.

Unterwesterwalde. (Ein Hinweis darauf, daß die rückschrittliche Bewegung der Sterbeziffer im Westerwalde fast ihre Grenze erreicht hat.) Die Kriegsverhältnisse führten natürlicherweise zu einem starken Emporschnellen der Sterbeziffer über die Vorkriegshöhe hinaus, bis dann in dem Grippejahre 1918 der höchste Stand der Sterblichkeit erreicht wurde, 27,5 pro 1000 starben als Opfer des Krieges bezw. fielen der herrschenden Grippeerkrankung zum Opfer. Nach den Zählungsjahren betrachtet sinkt die Sterblichkeit von 22,5 im Jahre 1893 bis auf 13,5 1924. Die größeren Schwankungen zeigen die Jahre des 19. Jahrhunderts, sie sind ähnlich denen der Geburtenziffer verlaufen. Sehr hoch steht die Sterblichkeit in den Jahren 1892/93, danach folgt ein kleines Sinken, das mit dem 20. Jahrhundert stärker und stärker wird, bis mit dem starken Geburtenrückgang nach 1918 der niedrigste Stand erreicht wird. Auffallend ist die schon zu Beginn der Beobachtungszeit außerordentlich niedrige Sterbeziffer, sie steht weit unter der von Preußen und auch unter der des Deutschen Reiches. Diese Feststellung ist umso bemerkenswerter, weil es sich beim Unterwesterwaldkreise um ein Gebiet handelt, das ein stärkeres Abströmen der Bevölkerung fast in allen Perioden zu registrieren hatte. Gerade die kräftigen Altersklassen mit einer geringen Sterblichkeit wanderten nach den Städten, hierdurch aber müßte eigentlich der allgemeine Sterbekoeffizient unseres Gebietes höher sein, ständig höher werden, ohne damit etwas über die Ungunst der wirtschaftlichen und sanitären Verhältnisse auf dem Lande auszusagen. Bis in die 90er Jahre war ja bekanntlich in Deutschland der allgemeine Sterbekoeffizient in den Städten höher als auf dem Lande, seitdem erst zeigte sich der Umschwung zusammen mit der bekannten Erscheinung des „Zugs nach der Stadt". Nicht so beim Unterwesterwalde, er behielt allen wirtschaftlichen Verhältnissen zum Trotz eine im Verhältnis zu anderen Gebieten niedrige allgemeine Sterbeziffer. Will man eine Erklärung für diese Tatsache geben, so ist zunächst zu sagen, daß unser Gebiet mit dieser seiner günstigen Sterblichkeit in der betrachteten Zeit nicht allein steht, daß es sich nicht heraushebt aus seiner näheren Umgebung. Die Provinz Hessen-Nassau hatte von jeher eine verhältnismäßig niedrige Sterblichkeitsrate, wie auch niedrigen Geburtenzugang. Ebenso hatte der Regierungsbezirk Wiesbaden einen Sterbekoeffizienten, der dem unseres Kreises ziemlich parallel läuft.

Sterbekoeffizient pro 1000 Lebender

Jahr	Wiesbaden	U. w. Kr.	Preußen
1886	21,3	18,4	27,6
1890	22,2	20,9	25,3
1895	18,6	19,4	23,3
1900	18,5	19,5	22,9
1905	17,4	19,5	20,6
1910	14,4	16,2	16,0
1919	15,8	19,4	15,9 (ohne Totgeb.)
1925	11,2	14,9	11,9 „ „
1926	10,5	14,2	—
1927	11,2	12,3	

Bis 1890 übertraf hiernach der Unterwesterwald auch den Bezirk Wiesbaden durch seine Sterbeziffer, seit 1890 dagegen stand sie unter der des Bezirkes, aber noch weit über der von Preußen. Die günstige Sterblichkeit unseres Kreises ist mithin Ausfluß der vorteilhaften Sterbeverhältnisse des gesamten Bezirkes. Es wurde schon dargestellt, daß unser Gebiet, wie es niedrige Sterbeziffern aufzeigt, auch verhältnismäßig mittlere Geburtenziffern in der betrachteten Zeit hatte; in dieser Erscheinung scheint die Erklärung der niedrigen Sterbeziffer weiterhin gegeben zu sein. Es ist ja anzunehmen, daß die Beziehungen zwischen der Höhe der Sterblichkeit und derjenigen der Geburtenhäufigkeit sehr enge sind, ja daß ein gewisser Parallelismus zwischen beiden besteht. Dieser Zusammenhang gilt für die allgemeine Sterblichkeit, im besonderen Maße aber für die Sterblichkeit im Säuglings- und Kindesalter. Hohe Geburtenhäufigkeit erhöht die Sterblichkeit, da sie den Anteil der Säuglinge an der Bevölkerung vermehrt. Die Säuglingssterblichkeit aber machte einen großen Teil der allgemeinen Sterbehäufigkeit aus und hat bedeutsame Wandlungen erfahren. Von 1000 Geborenen starben im Unterwesterwaldkreis im ersten Lebensjahre in der Zeit 1886 bis 1890: 166,2 (pro 1000 der Geborenen), 1896 bis 1900: 177,2, 1906 bis 1910: 145,4, 1920 bis 1925: 100,2. (In der Zeit 1886—90, 1896 bis 1900 in Preußen 208 bezw. 201.) Der große Rückgang der Säuglingssterblichkeit trat vor allem nach 1900 ein. Sie war, was hervorgehoben sei, im Unterwesterwaldkreise nicht so hoch wie in Preußen, nahm allerdings in Preußen ständig ab seit 1890, während sie in unserem Kreise bis 1900 ständig aufwärts sich bewegte und dann erst sich senkte. Hierin jedoch zeigt sich deutlich die Parallele zwischen Sterblichkeit und Geburtenhäufigkeit. 1890 bis 1900 bewegt sich im Unterwesterwalde die Geburtenziffer stark nach oben mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, in gleicher Zeit tritt aber auch eine höhere Säuglingssterblichkeit in Erscheinung. Man kann diese bestimmt in Zusammenhang bringen mit der steigenden Geburtenziffer im Gebiete.

Jahrfünft	Säuglingssterblichkeit pro 1000 Geborene	Eheliche Fr bark. Z.
1891 - 1895	167,3	275,6
1896--1900	177,2	284,5
1901—1905	160,0	265,7
1905—1910	145 4	275,7[1])

Jahre	Geburtenziffer	Kindersterblichkeit
1890	31,9	164
1895	32,4	167
1897	34.0	172
1898	35,7	179

[1]) Frauen von 15—45 Jahren.

Wenn auch die Parallelität in der Entwicklung der Säuglingssterblichkeit und Geburtenhäufigkeit sich nicht immer zeigt, so läßt sich doch bei beiden die gleiche Tendenz feststellen. Hohe Kindersterblichkeit ist Begleiterscheinung einer hohen Geburtenziffer. Diese Behauptung ist richtig als Tatsache, aber die Ursache ist wohl nicht so sehr in der hohen Geburtenziffer an sich, sondern in ungünstigen sozialen Verhältnissen zu suchen. Verbesserte öffentliche Gesundheitspflege hat zudem überall die Kindersterblichkeit wesentlich verhindert. Innerhalb des Regierungsbezirkes war die Kindersterblichkeit des Unterwesterwaldes nach dem Kriege im Vergleich zu anderen Kreisen höher. Es ergab sich z. B. nach den Mitteilungen des Landeswohlfahrtsamtes Wiesbaden für Frankfurt und Wiesbaden eine Kindersterblichkeit von 82,8 bezw. 89,8 pro Tausend Geburten im Jahre 1925.[1]) Im gleichen Jahre hatte der Unterwesterwaldkreis 102,0 pro Tausend zu verzeichnen, seitdem geht auch in ihm durch die gutausgebaute Gesundheitspflege und Säuglingsfürsorge die Sterblichkeitskurve der unter Einjährigen rasch abwärts. Beachtlich ist dabei natürlich auch die Tatsache des Geburtenrückganges und der verkleinerten Geburtenrate. Totgeburten, d. i. die auf 1000 Geborene entfallende Zahl von Totgeborenen, sind weniger häufig im Kreise. Vor dem Kriege betrug ihre Ziffer, 1887 etwa: 34,9, 1892: 39,8, nach dem Kriege 1918/20 betrug sie durchschnittlich 30,3. Sie war günstiger als der deutsche Reichs-Durchschnitt, der 1918/20: 30,8 betrug.[2]) Auch die Zahl der im Alter von 1 bis 14 gestorbenen Kinder ist verhältnismäßig günstig. Sie betrug nach einer Berechnung 1919/24: 7½% aller Sterbefälle und ging 1922 auf 5% zurück.[3]) Hier liegt die wichtige Aufgabe, die Gesundgeborenen am Leben zu erhalten, ihre Sterbeziffern einzuschränken, denn erst dann wird das Menschenleben von wirtschaftlicher Bedeutung, wenn es über die Gefahren des Kindesalters hinweggebracht ist.

Große Gefahren drohten lange Zeit der Bevölkerung unseres Kreises seitens der schlimmsten Volkskrankheit, nämlich der Tuberkulose. Von jeher hat sie eine hohe Zahl von Opfern gefordert, vor allem auch in den Jahren nach 1918. Fast scheint sie in etwa durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt zu sein. Es offenbart sich bei ihr der Einfluß der sozialen Lage auf Krankheit und Sterblichkeit; Tuberkulose Morbidität und Mortalität ist geradezu nach Fürth[4]) ein anderer Ausdruck für das wirtschaftliche und soziale Elend der Kriegs- und Nachkriegszeit, die Folge der Unterernährung, der Wohnungsenge und -Beschaffenheit. Grotjahn sagt in seiner „Sozialen Pathologie" folgendes, was gerade auf die Tuberkuloseerkrankung Anwendung finden kann:

1. Die sozialen Verhältnisse schaffen oder begünstigen die Krankheitslage,

---

[1]) Akten des Amtes Montabaur.

[2]) Wirtschaft und Statistik, 1. Jahrg. 1921. S. 243.

[3]) Bertsche: Das Kreiswohlfahrtsamt des Unterwesterwaldkreises in seiner Entstehung und ersten Entwicklung, 1923.

[4]) Das Bevölkerungsproblem i. Deutschland. S. 48.

2. die sozialen Verhältnisse sind die Träger der Krankheitsbedingungen,

3. die sozialen Verhältnisse vermitteln die Krankheitserregung und

4. die sozialen Verhältnisse beeinflussen den Krankheitsverlauf.[1])

Mit Recht schreibt man den sozialen Lebensbedingungen diesen großen Einfluß auf die Gesundheit allen Volkstums zu; in unserem Kreise sind es vielfach die ungesunde Arbeit in der Tonindustrie sowie Glasindustrie, auch die Wohnungsenge gewesen, die der Ausbreitung der Tb. so starke Handhabe boten. Vor allem die letztere (Wohnungsenge) will beachtet sein, vielfach wird sie gar nicht gesehen — man spricht meist nur von städtischer Wohnungsnot — und doch gab es 1927 in unserem Kreise bei 11 499 Haushaltungen nur 10 885 Wohnungen und 638 Wohnungen, die von mehreren selbständigen Haushaltungen eingenommen wurden. Davon hatten ein Zimmer ohne Küche 72, ein Zimmer mit Küche 132, zwei Zimmer ohne Küche 96, zwei Zimmer mit Küche 89.[2]) Die Wohnungsfrage ist somit doch auch auf dem Lande beachtlich und bedarf besonderer Beachtung, sie kann sehr leicht von großem Einfluß auf die Zahl der Erkrankungen an Tuberkulose sein. Durchschnittlich entfielen im Kreise 13,5 sämtlicher Todesfälle auf diese Erkrankung, dabei sind die Fälle nicht berücksichtigt, bei denen die Erkrankungen an Tuberkulose mittelbare Todesursache waren. Folgende Tabelle gibt die Tbc.-Sterblichkeit im U. w. Kr. nach dem Kriege wieder:

Zahl der Tuberkulosesterbefälle auf 10 000 Einwohner.

1920	1922	1923	1924	1925	1926	1927
24,0	19,6	18,3	18,6	16,4	10,8	11,7
—	14,5	15,2	(Preußen)[3])			

c) Der Geburtenüberschuß.

In der tatsächlichen Zunahme einer Bevölkerung kommt die Fähigkeit einer Bevölkerung, sich aus sich selbst heraus zu vermehren, nicht zum klaren Ausdruck. Diese zeigt sich nur in dem Geburtenüberschuß, der die „rechnerische Abgleichung" zwischen der Zahl der Geborenen und der Gestorbenen darstellt. Bei jeder Bevölkerungszu- oder -abnahme spielen die Wanderungen eine hervorragende Rolle, die zusammen mit dem Ueberschuß der Geburten die Bevölkerungsbewegung schaffen. Der Geburtenüberschuß selbst ergibt sich aus den beiden Komponen-

[1]) A. Grotjahn, Soziale Pathologie, Berlin 1923, S. 18.

[2]) Verwaltungsbericht 1928.

[3]) Fürth, ebenda S. 44.

ten Geburtlichkeit und Sterblichkeit. Diese aber lassen ihre Wandlungen nicht aus ihm erkennen und sind für das Wachstum der Bevölkerung von sehr verschiedener Bedeutung, vor allem unter dem Gesichtspunkt der beiden Erscheinungen des Geburten- und Sterblichkeitsrückganges. Der Einfluß des Geburtenrückganges auf das Wachstumsergebnis ist ohne weiteres ersichtlich, nicht aber der des Sterblichkeitsrückganges, der einmal die erwachsene Bevölkerung, dann aber auch die Kinder stärker oder schwächer treffen kann. Beidesmal ist jedoch seine Wirkung ganz verschieden für Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaft. (Verlängerung älteren Lebens, Erhaltung jungen Lebens.) In unserem Kreise kam der Rückgang der Sterblichkeit in der Zeit 1895/1900 mehr den Erwachsenen als den Säuglingen zugute und war daher volkswirtschaftlich weniger von Vorteil, anders verhielt es sich seit dem Jahre 1905 und vor allem nach dem Kriege, da der bedeutende Rückgang der Sterblichkeit in erster Linie die Kinder traf.

Jahr	Allg. Sterbeziffer pro 1000 E. in U. w. Kr.	Kindersterblichkeitsziffer pro 1000 E. im U. w. Kr.
1886	18,4	5,1
1890	20,9	5,0
1895	19,4	5,4
1900	19,5	5,8
1905	19,5	5,3
1910	16,2	4,2
1919	19,4	2,5
1925	14,9	2,4

So ist jeweils der Geburtenüberschuß von verschiedener Bedeutung für die Bevölkerung. Kommt der Rückgang der Sterblichkeit in der Hauptsache den Erwachsenen zugute, so bedeutet dieses die Verlängerung von deren Leben, eine vorübergehende „Stauung des Lebensstromes", auf die ein umso stärkerer Abfluß erfolgt, der, wenn nicht der Zuwachs der Geburten gleichbleibt, zum Stillstand bezw. Rückgang der Volkszahl führen kann. Eine Kompensation tritt hier dadurch ein, daß auch die Kindersterblichkeit zurückgeht und damit der Zustrom neuen Lebens gesichert ist. Dies allein ist der Grund dafür, daß auch nach dem Kriege mit dem eingetretenen starken Rückgang der Geburten der Geburtenüberschuß immer noch eine beachtliche Größe darstellt und das Wachstum der Bevölkerung sichert. Die rein ländlichen und von der Industrie noch nicht zu sehr durchsetzten Kreise haben in der Nachkriegszeit den stärksten Geburtenüberschuß. Sie waren im übrigen in unserem Bezirke auch vor dem Kriege den anderen Gebieten überlegen. Ihnen gegenüber treten die industriellen Kreise weit zurück.

Geburtenüberschuß.

Jahr bezw. Jahrfünft	Unterwesterwald	Reg.-Bezirk Wiesbaden	Deutsches Reich[1])	Preußen[2])
1886—1890	11,7	9,7	12,1	13,3
1891—1895	12,4	10,4	12,9	14,1
1896—1900	15,4	14,6	14,7	15,5
1901—1905	15,6	14,0	14,4	15,2
1906—1910	13,3	13,4	14,1	15,0
1912	11,1	11,1	12,7	13,4
1913	9,8	9,8	12,4	13,3
1914	7,7	6,5	7,7	8,6
1915	— 1,7	— 1,1	1,0	— 1,0
1916	— 6,4	— 5,4	3,9	— 3,0
1917	— 8,8	— 6,0	— 6,6	— 6,2
1918	—14,0	—10,2	—10,4	—10,6
1919	1,0	2,2	4,4	4,4
1921—1925	8,4	6,6	8,7	8,9

In dem Zeitabschnitt 1885/1925 betrug der gesamte Geburtenüberschuß für den Unterwesterwald 17 728; in Prozenten der Anfangsbevölkerung:

	Bevölkerung 1885	Geburtenüberschuß	%
Unterwesterwald	39 371	17 728	44,9

Dagegen betrug in Prozenten der Bevölkerungszunahme der Geburtenüberschuß für den Unterwesterwald 171,3. Im Gebiete des Unterwesterwaldes ist die Volkszunahme lediglich auf ein natürliches Wachstum zurückzuführen. Die sog. Bevölkerungsbilanz ergibt einen ansehnlichen Wanderungsverlust.

Betrachten wir den Geburtenüberschuß unseres Kreises in kürzeren Zeitperioden und Jahren, so erkennen wir folgende Tatsachen: Zu Anfang der Beobachtungszeit niedrigen Geburtenüberschuß, erklärlich aus der bekannten hohen Sterblichkeit, seit 1890 dann ein langsames mit dem Jahre 1895 rasches Steigen des Ueberschusses, was wohl seine Ursache in der Gunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, den höheren Geburtenziffern, der günstigen Sterblichkeit hat. Vom Jahre 1905 an fällt dann in unserem Kreise der Geburtenüberschuß — bis dahin stand er über dem des Regierungsbezirkes und auch dem Preußens und dem des Deutschen Reiches — von 1906 folgt er der niedrigen Ziffer des Regierungsbezirks und steht unter der des Deutschen Reiches und Preußens. (Folge des einsetzenden Geburtenrückganges und der starken Abwanderung.) Nach 1920 erhebt sich der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle wieder fast auf den Stand von 1913 im Unterwesterwalde und scheint auch auf dieser Höhe sich stabilisieren zu wollen. Die Kriegszeit brachte den gewaltsamen Sturz des Geburtenüberschusses und seine Umwandlung in einen starken Geburtenunterschuß. Die Ziffern sind für das Gebiet außerordentlich hohe, eingreifende gewesen, sie liegen unter denen des Bezirkes und auch unter den übrigen an-

[1]) Fürth, S. 8.
[2]) Stat. Jahrb. f. d. preuß. St., 1912 u. 1927.

gegebenen Vergleichsziffern. Die blutigen Kriegsverluste des Kreises betrugen allein 1340 Personen; setzt man nach einer Berechnung, welche die „Studiengesellschaft für die sozialen Folgen des Krieges“ über die Kriegsverluste Deutschlands angestellt hat, diese Zahl gleich 100, so betragen die übrigen Verlustfaktoren, nämlich Geburtenausfall und Mehrsterblichkeit der Zivilbevölkerung, 180,9 bezw. 27,4%; mithin betrugen für unseren Kreis die blutigen Verluste: 1340 = 100%, Geburtenausfall: 2425 = 180,9%, Mehrsterblichkeit: 367 = 27,4%, gesamter Verlust = 4132 Personen. Niedrige Geburtenziffern und hohe Sterblichkeit, vor allem im Grippejahre 1918, ließen die Ueberschußziffern stark negativ werden und auch noch das Jahr 1919 zeigt nur geringen Geburtenüberschuß. Für die Kriegszeit fällt das Gebiet des Unterwesterwaldkreises diesbezüglich sehr aus dem Rahmen der Nachbarkreise heraus. Letztere haben guten Ueberschuß aufzuzeigen, nur der Kreis Limburg steht unter dem Unterwesterwalde. — In der Zeit vor 1905 stand unser Kreis mit an höchster Stelle im Bezirke, 1900 folgt er nach Wiesbaden-Land und Höchst, mit dem Jahre 1906 begann der Ueberschuß kleiner und kleiner zu werden als Folge des einsetzenden Geburtenrückganges und so gliedert er sich nach dem Kriege, im Unterschied zu den ihn umgebenden ländlichen Kreisen Westerburg und Oberwesterwald, in Bezug auf den Geburtenüberschuß in die Reihe der Industriekreise ein, die weit niedrigere Geburtenziffern und damit auch niedrigere Ueberschußziffern aufzeigen. — Die in neuerer Zeit niedrigen Geburten- und Ueberschußziffern werden aber nicht in allen Teilen unseres Kreises bestätigt. Eine besondere Untersuchung der einzelnen hervorragendsten Bezirke des Kreises ergab interessante und mannigfach von einander abweichende Feststellungen. So lassen sich deutlich von einander abheben und kenntlich machen noch durchweg landwirtschaftlich orientierte Gemeinden und Industrieorte hinsichtlich ihrer Geburtenüberschußziffern. Offensichtlich tritt der Einfluß der Industrie und andererseits der der Landwirtschaft auf die Bevölkerungsvorgänge hervor. Die ländlich agraren Bezirke waren immer und sind auch heute noch die Quellen gesunden Volkswachstum, während die von der Industrie durchsetzten Kreise ohne landwirtschaftliche Bevölkerung weniger den Wurzelboden kräftiger Bevölkerungsvermehrung darstellen. In unserem Kreise sind vielleicht nur Hoehr-Grenzhausen als reine Industriebezirke anzusprechen, alle übrigen zeigen noch heute eine mehr oder weniger starke Verbindung von industrieller und landwirtschaftlicher Bevölkerung.

Auf 1000 der mittleren Bevölkerung kamen:

im Durchnitt der Jahre	in Arzbach			in Herschbach			in Ransbach		
	Geborene	Gestorb.	Überschuß	Geborene	Gestorb.	Überschüß	Geborene	Gestorb.	Überschuß
1901—1905	37,5	17,9	19,6	30,9	19,9	11,0	32,0	14,3	17,7
1906—1910	34,1	15,5	18,6	30,7	18,0	12,7	30,3	14,8	15,5
1919—1925	26,3	14,2	12,1	25,0	13,4	11,6	24,4	11,5	12,9
1925	27,7	12,7	15,0	24,1	13,3	10,8	26,2	11,3	14,9

Diesen gegenüber in den Industrieorten Wirges, Hoehr, Grenzhausen:

im Durchschnitt der Jahre	Wirges			Hoehr			Grenzhausen		
	Geborene	Gestorb.	Überschuß	Geborene	Gestorb.	Überschuß	Geborene	Gestorb.	Überschuß
1901—1905	46,1	17,5	28,6	27,6	14,0	13,6	22,5	13,3	9,2
1906—1910	41,6	16,5	25,1	21,1	12,2	9,9	20,2	12.0	8,2
1919—1925	24,7	10,5	14,2	18,7	12,6	6,1	20,9	10,2	10,7
1925	25,6	9,2	16,4	16,7	10,4	6,3	15,9	9,5	6,4

5. Die Wanderungen, Wanderungsgewinn bezw. -verlust.

Neben dem Geburtenüberschuß sind es die Wanderungen, die für die Bevölkerungszunahme, die Bevölkerungsvorgänge überhaupt, von wesentlicher Bedeutung sind. In unserem Gebiete, das wie der Westerwald und mit ihm die meisten ländlichen Kreise des Bezirks ein typisches Abwanderungsgebiet darstellt, sind sie bestimmend geworden für die gesamte Entwicklung der Bevölkerung, nicht in dem Sinne, daß unter ihrem Einfluß wie im Osten Deutschlands eine Entvölkerung und damit wirtschaftlicher Niedergang eingetreten wäre, sondern sie haben einmal die natürliche Bewegung der Bevölkerung beeinflußt, zum anderen vielleicht der zurückbleibenden Bevölkerung erträglichere Wirtschaftsbedingungen und Erwerbsmöglichkeiten geboten.

Ihrer Einteilung nach kennt man innere und äußere Wanderungen. Während die letzteren mehr Wanderungen nach dem Auslande sind, versteht man unter den inneren Wanderungen den Austausch benachbarter Gebiete, wodurch letzten Endes keine Veränderung der Gesamtvolkszahl, sondern nur örtliche Verschiebungen eintreten. Der Umfang der Wanderungen ist aus der amtlichen Statistik, abgesehen von den Wanderungen nach der Uebersee — diese aber nur für größere Gebietsteile — für kleinere Verwaltungsbezirke nicht ersichtlich. Damit ist aber nicht die Möglichkeit genommen, ein ungefähres Bild der Wanderungserscheinungen zu gewinnen. Die Grundlagen für die Aufstellung der Wanderungsbilanz bilden einerseits die Ergebnisse der periodischen Volkszählungen, andererseits die jährliche Statistik der Geburten und Sterbefälle. Die tatsächliche Entwicklung einer Bevölkerung setzt sich aus 4 Faktoren zusammen, nämlich den Geburten, den Sterbefällen, den Ein- und den Auswanderungen. Die beiden ersteren Faktoren, Geburten und Sterbefälle, werden ständig genau festgestellt, damit läßt sich die natürliche Bevölkerungsentwicklung, die in dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle ihren Ausdruck findet, genau feststellen. Vergleicht man nun die aus der Gegenüberstellung der Ergebnisse zweier Volkszählungen festzustellende tatsächliche Bevölkerungsentwicklung mit der aus der Bewegung der Bevölkerung für die betreffende Zeitperiode sich ergebenden natürlichen Bevölkerungsentwicklung, so ergibt die Differenz zwischen beiden

Größen die Veränderung des Bevölkerungsstandes der durch Aus- und Einwanderungen verursacht ist.

Ein Mangel dieser Errechnung ist darin zu sehen, daß sie nur das Endergebnis, eine Mehrzuwanderung oder Mehrabwanderung aufzeigt, nicht aber die Wanderungserscheinungen der Zwischenzeit erkennen läßt. Für die Verhältnisse des Kreises Unterwesterwald und auch der meisten Nachbarkreise des Bezirks ist jedoch dieser Mangel unbeachtlich, weil es sich hier um reine Abwanderungsgebiete vielfach handelt.

Unterwesterwaldkreis.

Jahre	Zunahme		Geburtenüberschuß		Wand.-Gew.-Verl. + −		Gew. Verl.
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	i. % d. Geb.-überschuß
1886–1890	367	0,93	2308	5,86	−1941	−4,93	−84,1
1891–1895	1001	2,52	2457	6,18	−1456	−3,66	−59,2
1896–1900	4638	11,38	3332	8,18	+1306	+3,20	+39,1
1901–1905	481	1,06	3513	7,74	−3032	−6,68	−86,3
1906–1910	1584	3,45	3119	6,80	−1535	−3,35	−49,3
1911–1919	617	1,30	500	1,0	+ 117	+0,30	23,4
1920–1925	1637	3,40	2499	5,19	— 862	−1,79	−34,5
1886–1925	10325	26,2	17728	44,9	−7405	−18,7	41,2

Aus dieser Bevölkerungsbilanz des Kreises ist die gesamte Bewegung und Entwicklung der Bevölkerung von 1885 bis 1925 ersichtlich. Allgemein betrachtet zeigt die Tabelle eine ganz große Unstetigkeit und ständige Wandlung der Entwicklungslinien. Nur der Geburtenüberschuß läßt bis an das Jahr 1910 heran stetige Aufwärtsentwicklung erkennen. Anders verhalten sich die tatsächliche Zunahme und die Wanderungseffekte. 4 Zeitabschnitte heben sich vor allem aus der gesamten Zeit heraus, die Perioden 1886/90, 1901/05, 1911/19 auf der einen Seite und 1896/1900 auf der anderen Seite. In den ersteren ist die tatsächliche Zunahme der Bevölkerung nur ganz gering, die Abwanderung dagegen gewaltig groß, vor allem im Jahrfünft 1901/05, wo über 3000 Personen die Heimat verließen, 86,3% des Geburtenüberschusses der heimischen Wirtschaft verloren gingen, ein Prozentsatz der 1886/90 nahezu erreicht (84,1) und nur einmal seit 1870 übertroffen wurde. Sering [1]) hat berechnet, daß in den drei Perioden, wie sie durch die Volkszählungsjahre gegeben sind, 1871/75, 1876/80, 1881/85: 54,9, 24,1, 112,5% der natürlichen Zunahme in unserem Gebiete abgewandert sind. Das Jahrfünft 1881/85 zeigt demnach den größten Verlust, was aus der furchtbar schlechten wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung gerade in diesen Jahren erklärlich ist. Größere Bevölkerungsteile mußten damals abwandern, wollten sie nicht in Elend und Not zu Grunde gehen. Der Boden war zu schmal, die Erwerbsgelegenheit zu gering, als daß sie sich im Gebiete hätten ernähren können. Die geringe Aufnahmefähigkeit

[1]) Sering: Landwirtschaftl. Jahrb. 39. Bd., Erg. Bd. IV. 1910, S. 62/64.

der heimatlichen Scholle für den starken Geburtenüberschuß blieb auch weiterhin bis zum Jahre 1890 bestehen. Mit ihm kommt eine merkliche Besserung und Erweiterung der Wirtschaft durch die entstehende Industrie, was sich für die Bevölkerung auswirkt in einer stärkeren tatsächlichen Zunahme und geringeren Auswanderung. Vollends ändert sich die Lage in der Zeit 1896/1900. In ihr wächst eine bedeutende Großindustrie, die in das Wirtschaftsleben des Kreises mächtig eingreift, größere Fabrikunternehmungen entstehen läßt und somit reiche Erwerbsgelegenheit der Bevölkerung bietet. Damals tritt die in der Geschichte des Kreises bis dahin einzig dastehende und voraussichtlich in Zukunft nie mehr zu erwartende Tatsache in Erscheinung, daß der damals gewiß starke Geburtenüberschuß nicht ausreicht, um der rasch aufblühenden Industrie die nötigen Arbeitskräfte zu schaffen und daß eine ansehnliche Zuwanderung von auswärtigen Bezirken nötig wird. Fast annähernd die gleiche Zahl von Menschen, die in der Zeit 1890/95 abgewandert war, floß in dieser Aufschwungsperiode zurück. Im ganzen wanderten 1306 Personen zu, darunter einige hundert ausländische Staatsangehörige (Böhmen und Tschechen) — die amtliche Statistik weist dies nach in den Gebürtigkeitsangaben. — Von der Gesamtbevölkerung des Kreises waren unter 100 Personen 1885: 93,2 in der Zählgemeinde und im Kreise, 6,6 in der Provinz und im Staate, dagegen nur 0,3 im Auslande geboren. 1900 aber waren in der Zählgemeinde und im Kreise 83,3 und in Provinz und Staat 9,1, im Ausland 1,4 geboren. In absoluter Zahl bedeutet die letztere Ziffer 632 Angehörige fremder ausländischer Nationen, gegenüber 117 für das Jahr 1885 (0,3).

Diese vor allem sind in jener Periode 1895/1900 zugewandert und haben sich in Wirges (Kolonie) niedergelassen. Der einzig dastehende große Wanderungsgewinn des Kreises verteilt sich, wie eine Untersuchung der einzelnen Kreisgemeinden zeigte, in der Hauptsache auf die im Industriezentrum des Kreises gelegenen Orte Wirges, Ransbach, Hoehr, die mit der Tonindustrie in enger Verbindung stehen. Die starke Zunahme dieser Industrieorte geht in großem Maße auf die Zuwanderung zurück. So hatte Wirges allein einen Wanderungsgewinn von annäherd 2000 Personen zu verzeichen (wenn man für Wirges die Geburtenüberschußziffer (8,18) des Kreises für die Periode 1895/1900 annimmt), Dernbach und Hoehr 150/200 Personen und so sind es noch eine Reihe kleinerer Industriegemeinden, die einige Zuwanderungen von außen erkennen lassen.

So rasch der Aufschwung der Industrie und damit auch das Wachstum in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts gekommen war, so schnell kam auch wieder der Abstieg und Rückschritt in der Bevölkerungsentwicklung. Zu überstürzt und großzügig erwartungsvoll waren manche Unternehmungen geschaffen worden, die sich auf die Dauer in dem Umfange nicht lebensfähig erwiesen. Es tritt diese Tatsache sehr deutlich gerade bei dem Hauptindustrieorte Wirges in Erscheinung, der in den beiden Jahrfünften nach 1900 über den Geburtenüberschuß hinaus einen Rückgang der Bevölkerung von 359 bezw. 191 Personen aufzuzeigen hat. Im

Kreise selbst erreicht der Wanderungsverlust in der Periode 1901/05 seine bedeutendste Höhe in der ganzen Beobachtungszeit. (Dies ist aber auch die Periode des größten Geburtenüberschusses gewesen.) Ueber 3000 Personen wandern ab, meist nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo lohnender Erwerb und bessere Existenzmöglichkeiten in Aussicht standen. Das „Bergische Land", wie man im Volksmund das Industriegebiet bezeichnet, war der große Anziehungspunkt für die Bevölkerung des Westerwaldes, ganze Familien verzogen nach dem Ruhrgebiet, meist jüngere natürlich, und kehrten nie mehr nach den ärmeren Verhältnissen des Westerwaldes zurück. Sie schufen sich im allgemeinen „draußen" ganz gesicherte Existenzen, dies konnten sie, weil der harte Daseinskampf auf dem Westerwalde sie gerüstet und gestählt für den Kampf auf neuem Boden. Auch die nähere Vorkriegszeit läßt keine ausreichende Erweiterung des Wirtschaftsraumes für die wachsende Bevölkerung erkennen, der Geburtenüberschuß ist hoch, die Zahl der Erwerbstätigen nimmt zu, die Wirtschaft aber hat keinen Platz für sie und so muß weiterhin über die Hälfte des Geburtenüberschusses nach auswärts drängen, abwandern. Die Nachkriegszeit bietet das gleiche Bild, noch immer ist der Geburtenüberschuß trotz des Rückganges der Geburten zu hoch, als daß er von der heimischen Wirtschaft aufgenommen werden könnte. Ungeschwächt besteht die Abwanderungstendenz fort. Wirtschaftliche Erwägungen sollten eigentlich gegen sie sprechen und von ihr abhalten,. Auch in den Städten herrscht große Erwerbslosigkeit, zudem größerer Wohnungsmangel. Doch es bleibt die Frage, was aus dem heranwachsenden Geschlecht auf dem Lande werden soll, zu lösen. Es fehlen die Möglichkeiten, auch nur einigermaßen gut die jüngere Generation in einen Beruf hineinwachsen zu lassen. Der Bedarf des heimischen Gewerbes ist immer all zu rasch gedeckt. Unmöglich ist es also, die Abwanderung einzudämmen, ohne Wege zu zeigen zu Beruf und Arbeit. Gleichwohl ist der wirtschaftliche Druck, der zur Abwanderung führt nach dem Kriege nicht so groß als früher.

So stehen wir am Ende der beobachteten Zeitspanne einem gesamten Wanderungsverlust von 7405 Personen gegenüber, d. i. 18,7% der Anfangsbevölkerung und 41,2% der natürlichen Zunahme des gesamten Gebietes. Was dieser Verlust bedeutet für ein Gebiet, ist offensichtlich. Einmal muß durch den Abstrom größerer Bevölkerungsteile eine Besserung der Erwerbsmöglichkeiten für die zurückbleibende Bevölkerung eintreten, eine Entspannung des Arbeitsmarktes folgen — der Lebensraum wäre ja viel enger, wenn der gesamte Geburtenüberschuß innerhalb der Grenzen bliebe, tatsächlich zu klein, um alle ernähren zu können, eine Uebervölkerung müßte eintreten — und deshalb ist die Abwanderung von Vorteil für die bleibende Bevölkerung, aber, und dies ist die beachtlichste Seite der Tatsache der Abwanderung, die Wanderungsbewegung hat eingreifende Wirkungen auf die Gliederung der Bevölkerung und damit auf die mit ihr in unmittelbarem Zusammenhange stehenden Lebensäußerungen. Am schärfsten treten die Wirkungen der Wanderungen in der Gliederung der Bevölkerung nach dem Alter hervor. (An früherer Stelle haben wir bereits darauf hingewiesen, vgl. Tabelle S. 28). Rauch-

berg gab einmal („Der Zug nach der Stadt") eine Altersgruppierung der Bevölkerung in verschiedenen Ortsgrößenklassen. Die von ihm angegebenen absoluten Zahlen wurden in folgender Tabelle in Prozentzahlen umgerechnet. Sie zeigen auffallend gut die Folgen der starken Abwanderung und damit die Verschiedenheit der Altersgruppierung in Stadt und Land. Es entfielen auf die nebenstehenden Altersklassen in Orten mit Einwohnern:

Alter v. J.	bis zu 500	500–2000	2–5000	5–10000	10–20000	über 20 T.
bis 20	46,2	47,3	46,6	44,2	42,8	38,6
20–50	37,5	38,1	39,3	41,8	43,5	47,8
50–70	13,8	12,6	12,1	11,8	11,6	11,7
über 70	2,0	2,2	2,1	1,9	2,2	2,5

Für den U. w. Kr. waren die entsprechenden Ziffern der oben gegebenen Altersgruppierung 46,3, 37,5, 13,7 und 2,5.

Die Besetzung der mittleren, überhaupt der Altersgruppen in der ersten Ortsgröße, stimmt fast genau überein mit der für den Unterwesterwaldkreis, der im Durchschnitt meist Orte von 500 Einwohnern aufzuweisen hat. Im Vergleich zu den größeren Orten ist die Uebereinstimmung außerordentlich gering. Gewiß sind die Faktoren der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die Geburtenfrequenz und die Sterblichkeit auf die Gestaltung der Altersverteilung von gewissem Einfluß, aber vorwiegend kommen hier doch die Wanderungen zur Geltung, die namentlich Leute im kräftigen Alter den Städten zuführen. Dieses ist die eigentlich bedenkliche Seite der Abwanderung, ihre ungünstige Auswirkung für die Wirtschaft und Bevölkerung des Heimatgebietes.

Vor allem volkswirtschaftlich schädlich ist die Abwanderung natürlich dann, wenn es sich nicht um eine Binnenwanderung, sondern um Auswanderungen handelt. Letztere waren auch in unserem Gebiete nach 1870 und dann auch nach dem Weltkriege häufig anzutreffen. Meist gingen die Auswanderer nach Amerika, so 1868 bis 1870 durchschnittlich 50/60 und nach 1918 30—40 jährlich. Diese Ziffern, so klein sie scheinen, sind immerhin beachtlich, wenn nicht für ein Jahr, so doch für eine Zeitperiode. Die Auswanderer sind ja immer Menschen im besten Lebensalter, auf der Höhe der Leistungsfähigkeit, die der heimischen Wirtschaft große Werte schaffen könnten, so aber verloren gehen. Pottoff[1]) schrieb in seiner Studie über den „Wirtschaftlichen Wert des Menschenlebens" hierzu: „jeder Knabe und jedes Mädchen verkörpert gewissermaßen ein werbendes Kapital, das die Eltern in ihnen angesammelt haben und das von einem gewissen Zeitpunkt ab den Kindern selbst, den Eltern und der gesamten Volkswirtschaft Zinsen trägt, bis ins hohe Alter die Zinsen nicht mehr reichen und vom Kapital gezehrt werden muß. Die Bilanz jedes einzelnen Lebens ist umso günstiger, je mehr die Aktivseite

[1]) In „Die Umschau", 1908, 11. Jahrg., zit. nach Fürth, S. 6.

das Zurückgezahlte, d. h. das über den eigentlichen Lebensbedarf Geleistete, die Kosten der Aufzucht und des arbeitsunfähigen Alters übersteigt. Die Bilanz des Volkes ist umso günstiger, je stärker die aktiven Leben in ihr überwiegen." Es ist klar, was es wirtschaftspolitisch bedeutet, wenn durch die Auswanderung alljährlich einem Gebiet wertvolle Kräfte entzogen werden. Jeder Verlust steigert die Belastungsziffer der Gesamtwirtschaft, der Altersaufbau der Bevölkerung verschiebt sich ungünstig, der Geschlechtsaufbau verlagert sich durch die relative Steigerung des weiblichen Anteils der Bevölkerung. In unserem Gebiete kamen in den Volkszählungsjahren auf 1000 Männer:

1885	1007,8	Frauen
1890	1000,2	„
1895	991,4	„
1900	992,1	„
1905	1014,8	„
1910	1012,9	„
1919	1092,5	„
1925	1034,0	„

Auch hier macht sich leise die Wanderungsbewegung im Kreise Unterwesterwald bemerkbar. Nur ein Jahr (1890) zeigt den Gleichgewichtszustand, im übrigen überwiegen die Frauen außer den beiden Jahren 1895/1900, wo infolge der günstigen Wirtschaftslage und Erwerbsverhältnisse die männliche Bevölkerung im Gebiete bleiben kann. Der starke Frauenüberschuß nach 1918 ist durch die Kriegsverhältnisse veranlaßt, ist aber auch mithin durch die Abwanderung bedingt, die nach 1918 wieder einsetzte.

Wenn wir so die Wanderungsbewegung des Kreises an Hand der Volkszählungsjahre betrachtet haben, entgingen uns die Wanderungsvorgänge der Zwischenzeit, der einzelnen Jahre, vor allem auch blieben unbemerkt die sogenannten temporären Wanderungen nach dem In- und Auslande. An dieser Stelle sei nur erwähnt, daß die in einem Teile unseres Kreises heimische Landgängerei alljährlich im Frühjahr hunderte von Menschen für den Sommer und Herbst des Erwerbes wegen bis nach dem Auslande hin wandern ließ. Im Winter erst kehrten diese zurück und lebten von dem Gewinn des Sommers. Ein anderer Teil der Bevölkerung ging als Maurer und Arbeiter nach Westfalen (1910 waren es mehrere hundert)[1]), wo sie das Jahr über, solange das Baugewerbe Außenarbeit ermöglichte, blieben. Ihre Familien ließen sie zurück und lebten als Kostgänger dürftig hin, um möglichst viel zu erübrigen, während die Familie daheim vielfach die männliche Hilfe entbehrte. Diese Erwerbsverhältnisse waren natürlich sehr bedenklich wegen ihrer Folgen für Wirtschaft und Familie (doppelter Haushalt, starke Ueberlastung der Frauen und Kinder, da gewöhnlich eine kleine Landwirtschaft nebenher betrieben wird). Als Tatsachen geben sie die Erklärung für die Feststellung der Zuwanderung, die Busch[2]) in der in den „Jahr-

[1]) Verwaltungsbericht 1910.
[2]) Busch: in „Jahrb. f. Nat. und Stat. III F (Sonderabdr.).

büchern für Nationalökonomie und Statistik" (Sonderabdruck: Vergleich zwischen der Berufs- und Volkszählung des Jahres 1895) veröffentlichten Arbeit machte, da er die Berufszählung vom 14. Juni 1895 und die Volkszählung vom 2. Dezember einander gegenüberstellte. Für unseren Kreis sowie die übrigen benachbarten Westerwaldkreise kam er zu der interessanten Beobachtung, daß sie alle, die abgesehen von unserem Kreis in der Periode 1895/1900 starke Abwanderungsziffern aufwiesen, für die Zeit vom 14. 6. bis 2. 12. 1895 Zuwanderung aufzuweisen hatten. Der Unterwesterwald hatte nach seiner Berechnung eine tatsächliche Zunahme von 857 Personen, von denen 243 auf den Geburtenüberschuß entfielen; es blieben somit 614 Personen, die als Wanderungsgewinn in Frage kamen. Dies war aber kein eigentlicher Wanderungsgewinn, der sich hier zeigte, sondern es waren die Landgänger und Bauarbeiter, die im Frühjahr die Heimat verlassen hatten und nun im Winter nach der Heimat zurückkehrten. Auf die Volkszählung hatte diese Bewegung keinen Einfluß, sie wird durch sie nicht beeinflußt, da sie gewöhnlich im Dezember stattfindet, wo die gesamte Bevölkerung sich in der Heimat aufhält.

Zum Abschluß dieses Kapitels über die Wanderungen seien noch kurz die Wanderungseffekte der übrigen Kreise des Bezirkes zum Vergleich mit unserem Gebiete berücksichtigt. In der Hauptzahl stehen diese, von den Stadtkreisen Frankfurt und Wiesbaden und den diesen vorgelagerten Kreisen Höchst, Wiesbaden-Land und Obertaunus abgesehen, den wirtschaftlichen Verhältnissen unseres Gebietes nahe; sie sind im allgemeinen ländlicher Struktur und haben mehr oder weniger starke Industrien entwickelt; so in hervorragender Weise der Dillkreis (wie schon seine Bevölkerungsentwicklung schließen läßt). Der Bezirk Wiesbaden als solcher hat in allen Perioden unserer Beobachtungszeit Zuwanderung aufzuzeigen, die in der Hauptsache natürlich bedingt ist durch die Großstädte Frankfurt und Wiesbaden und den Kreis Höchst. In der Tat aber ist er durch seine ländlichen Kreise immer ein großes Abwanderungsgebiet gewesen. Von den 15 ländlichen Kreisen haben in der Zeit 1885/1925 nur 2 eine Zuwanderung aufzuzeigen: Wiesbaden-Land und Obertaunus, ihr Gewinn ist aber sehr erklärlich aus der Stadtnähe der beiden Kreisen und ihrer mehr industriellen Struktur. Die Stadtkreise Frankfurt und Wiesbaden und der Industriekreis Höchst sind es im übrigen, welche die gesamte Zuwanderung des Bezirkes aufnehmen, die übrigen Kreise, vor allem die Westerwaldgebiete, zeigen außerordentlich große Verluste. Durchschnittlich geht über die Hälfte des Geburtenüberschusses durch Abwanderung verloren, ein Gebiet, der Oberlahnkreis, verliert sogar über den Geburtenüberschuß hinaus an Bevölkerung und hat 1925 weniger Bevölkerung als 1885, ein Zeichen recht ungünstiger Wirtschafts- und Erwerbsverhältnisse. Unser Kreis, der Unterwesterwald, steht immer noch bei weitem günstiger da als die übrigen reinen Westerwaldkreise, doch 41,2% seiner natürlichen Zunahme sind auch ihm in der Zeit 1886/1925 verloren gegangen und mußten außerhalb des Gebietes Existenz suchen, weil der Wirtschaftsraum daheim ihnen keinen Platz ließ.

So sehen wir am Schlusse der Betrachtung, daß das Unterwesterwaldgebiet in der Frage der Wanderungen, zwar keine Ausnahmestellung innerhalb der Nachbarkreise einnimmt und auch nicht innerhalb der anderen ländlichen Kreise des Bezirks, daß es aber unter den eigentlichen Westerwaldgebieten an erster Stelle dem natürlichen Wachstum seiner Bevölkerung Existenzmöglichkeit geboten und nur verhältnismäßig geringen Teil im Vergleich zu den Nachbarkreisen zur Abwanderung gezwungen hat. Soweit es dies getan hat, ist dies erklärlich. Allgemein gesagt: Die Abwanderung größerer Volksteile vom Lande, dem Standorte der landwirtschaftlichen Tätigkeit, in die Städte als dem Mittelpunkte des gewerblichen Lebens war ein naturgemäßer notwendiger Vorgang. Die Landwirtschaft konnte nur einer bestimmten kleinen Zahl von Menschen Beschäftigung geben (auch diesen nicht immer für alle Teile des Jahres); die auf dem Lande nicht unterzubringenden Arbeitskräfte mußten daher den gewerblichen Berufen in den Städten zuströmen, deren Produktionsmöglichkeiten von der Beschränktheit des Grund und Bodens mehr unabhängig sind. Gerade die Zeit, für die wir unsere Untersuchung anstellten, ist einer derartigen Entwicklung günstig gewesen. Durch die erstaunliche Entwicklung des Maschinenwesens und die Verbesserung des Verkehrs, der Transportmittel und der gesamten wirtschaftlichen Hilfskräfte auf der einen, die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit auf der anderen Seite, wurden Handel und Gewerbe zur größten Entfaltung gebracht. Sie aber brauchten den Ueberschuß an Kräften, den das Land abgeben konnte, ja sie wären ohne diese Kräfte wohl nie in dem Maße zu der großen Entfaltung gekommen. So ist denn die Abwanderung der ländlichen Bevölkerung durch die Eigenartigkeit der landwirtschaftlichen Produktion einerseits und der gewerblichen andererseits bedingt. Beide Umstände wirkten zusammen, doch mehr als die Anzugskraft der Industrie wirkte wohl die abstoßende Tendenz des ländlichen Wegzugsgebietes, die Ungunst der Wirtschafts- und Erwerbsmöglichkeiten.

B II. Die wirtschaftlichen und sozialen Komponenten der Bevölkerungsvorgänge (Erklärung derselben aus ihrem Zusammenhang mit dem vorhandenen Wirtschaftsraum).

1. Die Berufsstruktur der Bevölkerung und die Wirtschaftsstruktur des Gebietes allgemein.

Die Untersuchung der hauptsächlichsten Bevölkerungsvorgänge des Unterwesterwaldkreises ergab vor allem die markante Erscheinung eines in fast allen Perioden feststellbaren Bevölkerungsabflusses auf dem Wege der Binnen- oder Auswanderung, eine Erscheinung, die sich in ihrer Stärke nur wenig von der bekannten Wanderungsbewegung ostdeutscher Gebiete unterscheidet. Diese Tatsache der Wanderungen führt von selbst zur Frage nach den Gründen, die beachtliche Bevölkerungsteile von der Geburtsscholle vertrieben, nach den Umständen, die dies notwendig verursachten. Bisher sahen wir allgemein die beachtliche Bevölke-

rungsfluktuation der Zeit 1885/1925 begründet in den beiden Momenten: Der Anziehungskraft der Städte und Industriebezirke mit ihren besseren und leichteren Erwerbs- und Existenzmöglichkeiten (höhere Löhne, bessere Lebenshaltung) und in der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse verursachten Abstoßungstendenz des flachen Landes. Letztere, die wohl für unser Westerwaldgebiet den Hauptgrund für die Wanderungsbewegung abgibt, bedarf besonderer Untersuchung, weil sie je nach den örtlichen natürlichen Verhältnissen verschieden hervorgerufen sein und in ihrer Stärke variieren kann. Es kommt auch sehr darauf an, welche natürlichen Bodenverhältnisse und welche Verkehrslage ein Gebiet hat, wie die Erwerbsmöglichkeiten sich der Bevölkerung bieten, welche Ansprüche letztere vor allem an die Lebenshaltung stellt, kurzum, wie beschaffen die wirtschaftliche Struktur eines Gebietes ist. Sie entscheidet die Stärke und den Umfang des Verbleibens der Bevölkerung im eigenen Gebiet oder die Wanderung nach auswärtigen Erwerbsorten. Somit kommen wir in konsequenter Beurteilung der Bevölkerungsvorgänge zur Untersuchung der wirtschaftlichen Grundlagen, die einer Bevölkerung Lebens- und Wirtschaftsraum geben oder nicht geben können.

Auf die verschiedenste Weise kann man Einblick erlangen in die Wirtschaftsstruktur eines Gebietes. So können, was aber nur bei größeren Wirtschaftsgebieten möglich und zweckmäßig ist, die Produktionsgrößen und Produktionswerte der verschiedenen Wirtschaftszweige errechnet und zueinander in Beziehung gesetzt werden. Man kann aber auch die in den einzelnen Zweigen der Wirtschaft beschäftigten Menschen feststellen, zu diesen Berufstätigen die von ihrem Erwerbe zehrenden Angehörigen hinzunehmen und damit ein eindeutig klares Bild von der Berufs- und damit indirekt auch der Wirtschaftsstruktur eines Gebietes erhalten. Bei dem Unterwesterwaldkreis handelt es sich, wie wir wissen, um ein kleinstes Wirtschaftsgebiet und so empfiehlt sich ohne weiteres die letztere Methode: Ueber die Feststellung der Berufstätigen in den einzelnen Wirtschaftszweigen hin zu einem Einblick in die Wirtschaftsstruktur zu gelangen. Hierzu bieten die verschiedenen Berufszählungen, welche die sämtliche Bevölkerung eines Gebietes erfassen, die beste Handhabe. Drei große Zählungen fanden in der von uns beobachteten Zeit 1885/1925 statt, die erste 1895, die zweite 1907 und die letzte und jüngste 1925, gemeinsam mit der Volks- und Betriebszählung. Aus ihnen lassen sich, obgleich die Systematik Aenderungen erfahren hat mit der letzten Zählung, ziemlich deutlich die vorhandenen Wirtschaftszweige, ihre Stärke und Bedeutung durch die Zahl der von ihnen ernährten Berufsangehörigen erkennen und damit Schlüsse ziehen auf die Wirtschaftsstruktur des gesamten Gebietes. Allerdings gibt (im allgemeinen) das zahlenmäßige Verhältnis der Berufszugehörigkeit zu den einzelnen Wirtschaftszweigen der Statistik nicht letztens die ganze größere oder geringere Bedeutung dieses oder jenes Wirtschaftszweiges für das betreffende Gebiet an; es kann schon der Fall sein, und für den Unterwesterwald trifft es zu, daß trotz der zahlenmäßigen Ueberlegenheit einer Wirtschaftsabteilung über die andere diese in Wirklichkeit nicht von so übergeordneter Bedeutung ist, wie sie zu sein scheint. Nach

der Berufszählung 1925 z. B. ergab sich gemäß der prozentualen Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen eine Zugehörigkeit der Bevölkerung zu „Industrie und Handwerk“ (Abt. B) von 46,7%, zur Landwirtschaft dagegen nur von 29,04%. Es ist aber gerade für unser Gebiet evident klar, daß ein großer Teil der Bevölkerung, die zu den 46,7% der Abteilung „Industrie und Handwerk“ gezählt ist, nebenberuflich von der Landwirtschaft ihren Unterhalt gewinnt, direkt abhängig ist von ihr und geradezu ihren Rückhalt an ihr findet, daß zudem viele Berufstätige der Abteilung B ganz oder teilweise von der Landwirtschaft abhängig sind dadurch, daß sie landwirtschaftliche Produkte ver- oder bearbeiten (Müller, Gerber) oder daß sie, wie Wagner, Schmiede, direkt für den landwirtschaftlichen Betrieb tätig sind. Sie alle sind mithin von der Landwirtschaft mehr oder weniger abhängig und daher ist der Anteil der Landwirtschaft am Wirtschaftsleben des Kreises sicher höher zu bewerten, als der prozentuale zahlenmäßige Anteil der Berufszählung angibt; in der Tat würde 35% dem richtigen Verhältnis entsprechen. Im übrigen will die Berufszählung auch nicht im einzelnen die Stellung einer Wirtschaftsabteilung im Wirtschaftsleben letzthin angeben, sondern allgemein die beruflichen Verhältnisse der Bevölkerung darstellen. In dieser Hinsicht gibt sie trotz anhaftender Mängel wertvolle Aufschlüsse, wie wir aus folgender Tabelle sehen:

Die ortsanwesende Bevölkerung nach den Berufszählungen[2]) 1895, 1907 und 1925.

Berufsabteilung	Haupterwerbstätige							
	1895		1907		1925[1])		1925	weibl. Erwerbstätige
	überh.	%	überh.	%	überh.	%	überh.	%
A. Landw., Gärtn., Fischerei	7 543	45,5	9 118	41,0	10 439	37,8	6 394	62,7
B. Industrie und Bergbau	5 979	36,1	8 553	38,4	10 449	37,9	1 036	10,1
C. Handel u. Verk.	1 067	6.4	1 558	7,0	2 157	7,8	603	5,9
D—F. alle übr. Ber. u. Ber. lose	1 987	12,0	3 020	13,6	4 525	16,5	2 171	21,3
im Ganzen	16 576	100	22 249	100	27 570	100	10 204	100
	Haupterwerbstätige und Angehörige							
A. Landw., Gärtn., Fischerei	17 610	43,2	15 791	34,5	14 433	29,0		
B. Industrie und Bergbau	15 626	38,4	21 319	46,5	23 237	46,7		
C Handel u. Verk,	2 935	7,2	4 005	8.7	4 781	9,6		
D—F. alle übr. Ber. u. Ber. lose	4 568	11,2	4 671	10,3	7 245	14,7		
im Ganzen	40 739	100	45 786	100	49 696	100		

[1]) allgemein Erwerbstätige.

[2]) Zusammengest. u. berech. n. d. Pr. Stat. u. Stat. d. dtsch. R., Bd. 405/26.

Allgemein sei der Auswertung der vorangehenden Tabelle die Tatsache vorausgeschickt, daß die Erwerbstätigkeit des Unterwesterwaldes eine bedeutsame Entwicklung genommen hat. Bei der ersten Berufszählung 1895 war sie verhältnismäßig niedrig, ein Zeichen des nicht sehr entwickelten Wirtschaftslebens, sie stand unter der des Deutschen Reiches, 1907 aber hat sie diese unter dem Einfluß des Aufschwungs 1895/1900 überholt und 1925 steht die Erwerbstätigenziffer viel höher als im Deutschen Reiche.

Allgemeine Erwerbstätigenziffer.

	1895	1907	1925
Unterwesterwald	40,6 %	48,5 %	55,8 %
Deutsches Reich	42,7 %	45,7 %	51,3 %

Was diese Tatsache der äußerst hohen Erwerbstätigenziffer 1925 für unser Gebiet bedeutet, ist klar: die wirtschaftliche Not zwingt alle zur Mitarbeit, zum Mitverdienen, auch das letzte Glied der Familie. Die Wandlungen der allgemeinen Erwerbstätigkeitsziffern vom Jahr 1895 bis 1925 werden erst recht verständlich und erfahren ihre Bestätigung durch die umstehende Tabelle (S. 51), die einmal die ortsanwesende Bevölkerung nach den Haupterwerbstätigen gruppiert (die Zählung von 1925 allerdings kennt nur allgemein Erwerbstätige, daher ist auch die kleine Verschiebung der Ziffern verständlich), die dann aber, um die Abhängigkeit der Bevölkerung von den einzelnen Berufen zu illustrieren, die Haupterwerbstätigen und die von ihr abhängigen Personen, die Zahl der sog. Berufszugehörigen mit Dienenden, zur Darstellung bringt.

Die Zusammenfassung zu diesen Wirtschaftsabteilungen rechtfertigt sich durch das Ergebnis: es ist ganz auffallend, wie stark Landwirtschaft und Industrie vorwiegen und wie hinter diesen alle anderen Wirtschaftszweige zurücktreten, wie weiterhin innerhalb dieser beiden Abteilungen offensichtlich bedeutsame Wandlungen sich vollziehen, in der Hinsicht, daß aus dem überwiegenden Agrarbezirk des 19. Jahrhunderts ein ländlich-industrieller Bezirk sich entwickelt. Vor allem tritt aus der zweiten Hälfte der Tabelle die Vormachtstellung der Landwirtschaft in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts gegenüber Industrie und Bergbau und ihr starkes Zurückweichen gegenüber der Abteilung B seit Anfang des 20. Jahrhunderts hervor. Der Anteil der Berufsgruppe A (Landwirtschaft) ist sehr gefallen, nämlich von 43,2% im Jahre 1895 auf 34,5% im Jahre 1907 und 29,0% im Jahre 1925, dagegen ist die Berufsbevölkerung der Industrie stark gewachsen, nämlich von 38,4% im Jahre 1895 auf 46,5% im Jahre 1907 und 46,7% (mit Dienenden 49,4) im Jahre 1925, wozu besonders die dem Zweig der „Industrie der Steine und Erden" angehörende Bevölkerung beigetragen hat. Letztere machte 1925 absolut 11 622, in Prozenten 23,4, der Gesamtbevölkerung (49 696) aus. Auch Abteilung C (Handel und Verkehr) weist in Anbetracht der Entwicklung des Kreises zur Industrie hin stete Aufwärtsentwicklung auf; daß Abteilung D in hohem Maße 1925

stärker erscheint, ist auf die Aenderung der Systematik der statistischen Darstellung gegenüber früheren Zählungen zurückzuführen. Interessant und beachtlich ist sodann die starke Anteilnahme der weiblichen Bevölkerung an der Erwerbstätigenziffer des Kreises im Jahre 1925. Absolut sind 10 204, mithin 20,5% der Gesamtbevölkerung oder 36,7% aller Erwerbstätigen, Angehörige der weiblichen Bevölkerung. Vor allem ist sie mittätig in der Landwirtschaft (das Charakteristikum des Westerwaldes, in dem meist die Frau die Landwirtschaft betreibt, während der Mann dem industriellen Erwerb nachgeht), es sind 62% der erwerbstätigen Frauen und dann vor allem in der Industrie. Hier ist es die „Industrie der Steine und Erden", die von den 1036 Frauen der Abteilung B 503, davon 409 als Arbeiterinnen, im Jahre 1925 beschäftigt. Es sind dies nahezu 10% der in dieser Industrie überhaupt Erwerbstätigen.

Recht interessante und bemerkenswerte Unterschiede ergibt die Berufsstatistik der Bevölkerung, wenn man sie untersucht nach der Frage der Selbständigkeit, Familienzugehörigkeit und Familienfremdheit (Angestellten und Arbeiter) in den Hauptgewerbezweigen und den so gewonnenen Prozentziffern andere Vergleichszahlen gegenüberstellt. Es waren im Jahre 1925 tätig in den drei Hauptgewerbszweigen:

1925	A. (Landwirtschaft)			B. (Industrie)			C. (Handel u. Verk.)		
Gruppen	im U. w. Kr.	im Reg.-Bez. Wiesb.	im dtsch. Reich [1])	im U. w. Kr.	im Reg.-Bez. Wiesb.	im dtsch. Reich	im U. w. Kr.	im Reg. Bez. Wiesb.	im dtsch. Reich
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Selbständige	30,6	28,5	22,5	14,1	13,4	13,5	39,7	20,8	22,7
Mith. Angeh.	63,9	61,8	49,1	2,2	1,6	1,7	14,8	5,7	7,9
(Fam.fremd.)	(5,5)	(9,8)	(28,4)	(83,7)	(85,0)	(84,8)	(45,5)	(73,5)	(69,4)
Angestellte	0,7	0,8	1 7	6,2	13 0	10,9	28,9	46,6	42,1
Fr. Arbeiter	4,8	8,9	26,7	77,5	72,0	73,9	16,6	26,9	27,3
im Ganzen	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Aus der tabellarischen Uebersicht wird der Grundcharakter der Wirtschaft des Unterwesterwaldes erkenntlich. Die Zusammensetzung der einzelnen Berufsgruppen aus selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und Familienfremden läßt weitere Schlüsse auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Berufsabteilungen zu. Es waren z. B. in der Berufsgruppe A (Landwirtschaft) 30,6% sämtlicher Erwerbstätigen selbständig und 63,9% Familienangehörige; mithin waren 94,5% sämtlicher Erwerbstätigen der Landwirtschaft in der eigenen Familie beschäftigt. Nur 5,5% waren Familienfremde, wovon 0,7% auf Angestellte und 4,8% auf fremde Arbeiter entfielen. Hierdurch wird deutlich die Tatsache ausgedrückt, daß es sich beim Unterwesterwalde um ein typisches Kleinbauerngebiet handelt, — nur dieses hat eine so große Zahl von familienangehörigen Erwerbstätigen und so wenig

[1]) Entnommen „Das Land", 36. Jahrg., Nr. 8, 1930.

Familienfremde —; die Vergleichszahlen des Reiches künden wirksam den Gegensatz an, während die vom Reg. Bez. Wiesbaden besagen, daß der gesamte Bezirk in vielen Teilen das Gebiet eines Kleinbauerntums ist. Anders verhält es sich bei der Berufsgruppe B (Industrie und Handwerk). Hier tritt der industrielle Einschlag des Kreises deutlich hervor. Vor allem in der Zahl der Familienfremden (83,7%), wovon die Arbeiter 77,5%, also einen höheren Prozent als im Bezirk und Reich ausmachen. Die größere Zahl der Selbständigen und mithelfenden Angehörigen einerseits und der geringe Prozentsatz der Angestellten andererseits weist aber darauf hin, daß es sich in der Hauptsache um kleinere industrielle Betriebe und Unternehmungen handeln muß.

All diese bisher angeführten Tatsachen sind Hinweise und Erklärungen für die wirtschaftliche Struktur des Gebietes. Sie zeigen Linien an, sagen aber nicht Letztes über die Wirtschaft — dies kann nur eine Einzelbetrachtung der vorhandenen Wirtschaftszweige ergeben — vor allem machen sie keine Angaben über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Gebietes und seiner Bevölkerung. Für die Erkenntnis dieser beiden Faktoren gibt die Finanz- und Steuerstatistik wertvolles Material an die Hand. Ihre Ergebnisse sind sehr auffallend, aber sie spiegeln die Lage wieder und lassen Rückschlüsse auf frühere Perioden zu, in denen die Wirtschaft des Kreises bei weitem nicht so entwickelt war wie heute. Die Untersuchung der Steuerkraft baut auf den vier Reichssteuern auf; der Lohneinkommensteuer, veranlagten Einkommensteuer, Körperschafts- und Vermögenssteuer. Sie alle haben den Grundsatz der Leistungsfähigkeit zur Voraussetzung und geben somit in der Art ihrer Zusammensetzung und ihrer Gesamtausdruckziffer, der sog. Steuerkraftziffer, Aufschluß über die Struktur des Wirtschaftslebens. (Steuerkraftziffer = Meßziffer, Gesamtsteuersumme, verteilt pro Kopf der Bevölkerung.) Nach der letzten Erhebung 1925 ergeben sich für den Unterwesterwald und seine Nachbargebiete folgende finanzstatistische Daten:[1])

Finanzamtbezirk	Pflichtig. Ziffer	Steuerkraftziffer	Lohnsteuer p. Kopf	Veranl. Eink. st. p. Kopf	Körperschaftssteuer p. Kopf	Vermögenssteuer p. Kopf
L. F. A. Kassel	311,1	70,9	25,5	24,0	12,7	8,7
U. w. Kr.	251,5	21,7	12,7	6,7	1,0	1,3
Oberlahn	211,1	19,1	12,0	4,0	0,9	1,3
Oberwesterw.	218,6	17,6	11,7	4,0	0,2	1,7
Westerburg	140,1	13,4	9,4	3,2	0,2	0,6
Höchst	409,5	80,0	39,9	27,9	7,1	5,3
Frankt. (Stadt)	470,4	195,4	52,5	64,6	50,9	27,5

Durch die Herausnahme der Westerwaldkreise aus dem Rahmen der übrigen Finanzbezirke und ihre Gegenüberstellung den Rhein-Main-Wirtschaftsgebieten ergibt obige Tabelle mit aller Deutlichkeit die geringe Steuerkraft und damit die ungünstigere wirt-

[1]) Einzelschriften zur Stat. d. Deutsch. Reiches, Heft 7, S. 106, 167/68, 197/98.

schaftliche Stellung des Westerwaldes. Von 1000 Einwohnern sind in unserem Kreise 251,5 steuerpflichtig, die Steuerkraftziffer beträgt nur 21,7 und ist mit den beiden übrigen Waldkreisen die niedrigste im Bezirke. An ihr partizipiert die Lohnsteuer allein mit 12,7, fast mit Zweidrittel, während sie im L.F.A.-Bezirk nur ein Drittel ausmacht. Auf die veranlagte Einkommensteuer dagegen entfällt nur 6,7% der gesamten Steuerkraftziffer. Die Körperschafts- und Vermögenssteuerprozente sind ganz verschwindend klein und geben beredtes Zeugnis für die wirtschaftliche Lage unseres Gebietes ab. Vor allem die Vermögenssteuerziffer, weil sie als Vorbelastung des fundierten Einkommens, wie die Prozentziffer 1,3 dartut, nur wenige Steuerträger im Westerwalde findet; das Wirtschaftsleben scheint demnach viel stärker auf gewerblicher Produktion zu beruhen als auf der Landwirtschaft und den sonstigen Einkommensarten. Der hohe Anteil der Lohnsteuer an der Steuerkraftziffer weist darauf hin. Nach der Einkommensteuerveranlagung von 1925 waren im Kreise 48,8 vom Tausend der Bevölkerung veranlagte Pflichtige und es entfielen von diesen pro Tausend insgesamt 2006 Einkünfte. Hiervon kamen auf die Land- und Forstwirtschaft (durchschnittliches Einkommen 246,1): 443 Einkünfte, Gewerbe (durchschnittliches Einkommen 1955,7): 976, sonstige selbständige Berufstätigkeit (durchschnittliches Einkommen 6059,8): 16, nicht selbständige Arbeit (durchschnittliches Einkommen 5828,1): 9, Kapitalvermögen (durchschnittliches Einkommen 717,1): 9.[1]) Diese Angaben sprechen deutlich für die Verhältnisse unseres Gebietes. Die Kennzeichnung der Wirtschaftsstruktur, wie sie sich hier ergibt und auch aus der Berufsgliederung der Bevölkerung ersichtlich war, vermag mithin die im ersten Teil der Untersuchung geschilderten Bevölkerungsvorgänge annähernd zu erklären. Es ist natürlich selbstverständlich, daß ein Gebiet mit diesen ungünstigen Wirtschafts- und Erwerbsverhältnisen größeren Nachwuchs der Bevölkerung nicht aufnimmt, sondern abgeben muß, daß damit aber das Bild der gesamten Bevölkerungsbewegung ein anderes sein muß, als es unter günstigeren Wirtschafts- und Erwerbsbedingungen sonst wäre. Die Wirtschafts- und Erwerbsverhältnisse unseres Gebietes sind die entscheidenden Faktoren gewesen, die in erster Linie die Bevölkerungsentwicklung unseres Gebietes bestimmt haben. Sie sollen daher weiterhin in Grundzügen näher in den einzelnen Wirtschaftszweigen dargestellt und in Beziehung gesetzt werden zur Bevölkerungsbewegung.

2. Die Bevölkerungskapazität der einzelnen Wirtschaftszweige.

a) Die Landwirtschaft und ihre Erwerbsverhältnisse.

Im Unterwesterwaldkreise war die Bevölkerung von jeher stark auf die Landwirtschaft angewiesen, in früheren Zeiten vor allem, jedoch nicht in dem Maße, wie die beiden anderen Wester-

[1]) Einzelschriften . . . ebenda S. 197/98.

waldkreise, wo bis in die neueste Zeit industrielle Nebenerwerbsmöglichkeit sehr gering war. Schon im 18. und 19. Jahrhundert treffen wir ja in unserem Gebiete, dem sog. „Kannenbäckerlande", eine alteingesessene Industrie, die in Verbindung mit der Landwirtschaft betrieben wurde. Die landwirtschaftliche Tätigkeit gab jedoch der Bevölkerung bis in die 90er Jahre das Hauptgepräge und reihte den Kreis in die Reihe der ländlichen Gebiete des Bezirkes ein, sie überwog auch bis ins 20. Jahrhundert alle übrigen Wirtschaftszweige durch die Zahl der in ihr Beschäftigten und durch sie ernährten Angehörigen. Die Berufszählung von 1895 zählt 45,5% der Haupterwerbstätigen zur Landwirtschaft, also fast die Hälfte aller Haupterwerbstätigen, 1907 zeigt sich schon eine bedeutende Wandlung unter dem Einfluß der gewordenen Industrialisierung, da nur noch 34,5% aller Haupterwerbstätigen und Berufszugehörigen zur Gruppe Landwirtschaft gehören im Vergleich zu 43,2% von 1895. Diese Aenderungen und Wandlungen zeigten sich allgemein schon im äußeren Charakter der Kreisorte. Ganz deutlich teilen sich diese — 75 an der Zahl — in 3 Gruppen auf, in A: bäuerliche, Landwirtschaft treibende Gemeinden, B: reine Industriegemeinden oder Gemeinden, in denen die Industrie vorherrscht und letztens C: Gemeinden mit zum Teil landwirtschaftlicher und zum Teil industrieller Bevölkerung. Nach dem Verwaltungsberichte des Kreises von 1910 konnten von den 75 Gemeinden noch 25 Orte der ersten Gruppe zugezählt werden; sie wurde jedoch immer kleiner und verlor mehr und mehr zu Gunsten der letzten Gruppe (die eine Mischung von landwirtschaftlicher und industrieller Bevölkerung darstellt), weil ein mehr oder weniger großer Teil der männlichen Bevölkerung in der Industrie Arbeit suchte und fand, der früher von dem meist nur wenig fruchtbaren Grund und Boden miternährt werden mußte. So ergab es sich denn, daß nach einer amtlichen Feststellung [1]) im Jahre 1910 von den insgesamt 8750 Haushaltungen des Kreises (die Orte Montabaur, Hoehr, Grenzhausen, Wirges nicht mit einbezogen) nur noch 1417 ausschließlich von der Landwirtschaft lebten (besser: leben konnten), während 2525 Haushaltungen, bei denen der Hauptbetrieb auch als bäuerlicher anzusprechen war, auf Nebenverdienst in der Industrie angewiesen waren und weitere 2051 Haushalte Arbeiterfamilien waren, die aber eigenes Haus, Feld und Hof noch besitzen. Bis 1925 ist die Entwicklung dahin weitergegangen, daß nur noch zwei Orte, die aber abgelegen sind, reine Agrarorte genannt werden können, in allen übrigen sind Industrie und Landwirtschaft verbunden bezw. herrscht die Industrie vor. (Hoehr, Grenzhausen.) Die Entwicklung nach 1895 ist nicht ungesund zu nennen, sie hätte früher einsetzen müssen und die großen Abwanderungen wären vielleicht nicht gekommen. Immer waren sie ja durch die schlechten, ungünstigen Verhältnisse, unter denen gerade die landwirtschaftliche Bevölkerung zu leiden hatte, bestimmt. So kommen wir ohne weiteres zu der Frage nach der Beschaffenheit der Landwirtschaft und ihren Erwerbsmöglichkeiten in der Zeit, die wir unserer Untersuchung zu Grunde gelegt haben und fragen nach den Lebens-

[1]) Verwaltungsbericht 1910.

möglichkeiten, die sie bieten konnte. Für die Beantwortung dieser Frage sind in der Beachtung der natürlichen Grundfaktoren, wie sie gegeben sind in Bodenbeschaffenheit und Klima, sodann in der Darstellung der Grundbesitzverhältnisse auf Grund des geltenden Erbrechts die wesentlichen Kernpunkte getroffen. Aus ihnen heraus entwickelt sich schon sehr deutlich das Bild der landwirtschaftlichen Struktur und Stellung unseres Gebietes. Eine bis ins Einzelne gehende Betrachtung und Untersuchung könnte dem nichts besonderes hinzufügen, da die ersteren Punkte so ausschlaggebend sind, daß sie das Bild vollkommen zeichnen.

Bodenbeschaffenheit und Klima sind zunächst entscheidend für den Betrieb der Landwirtschaft; vor allem die klimatischen Verhältnisse stehen im Vordergrund, weil die Mängel der natürlichen Bodenbeschaffenheit durch Kultur und Technik gemildert werden können, während sich das Klima künstlicher Weise nicht beeinflussen läßt. Beide, Bodenbeschaffenheit und klimatische Verhältnisse, erschweren die Arbeit, hemmen die Arbeitsfreudigkeit auf dem Westerwalde, weil sie ihre Mitwirkung in der landwirtschaftlichen Produktion sehr oft versagen. Man kann schon behaupten, daß nur der dem „Wälder" angeborenen Zähigkeit und Ausdauer es zuzuschreiben ist, daß er aushält auf dem trotz vieler Arbeit schlecht lohnenden Boden der Gebirgsgegend.

Es wurde schon erwähnt, daß der gesamte Westerwald in Form von Terrassen sich aufbaut; so steigt auch das Gebiet des unteren Westerwaldes von den Vorbergen des Rheins und der Lahn her langsam in der Form von großen Terrassen zum eigentlichen Westerwald auf. Durch diese Feststellung ist die Bodengestaltung unseres Gebietes nahezu gekennzeichnet. Es stellt ein im Vergleich zum hohen Westerwald verhältnismäßig niedriges terrassenförmiges Hochland dar (durchschnittl. 230 m), das nur einmal (in der Montabaur-Höhe 546 m) sich über die durchschnittliche Höhe erhebt. Ist der Boden in seiner natürlichen Beschaffenheit der Pflanzenkultur nicht ganz ungünstig bereitet, so wird diese im Westerwalde und damit auch in unserm Gebiete stark beeinträchtigt durch das Klima, vor allem die fehlende Wärme und die häufigen Niederschläge. Der untere Westerwald zeigt nicht die schroffen, ungünstigen klimatischen Verhältnisse des hohen Westerwaldes, sein Klima ist milder und dürfte etwa in der Mitte zwischen den Mittelwerten des hohen Westerwaldes und der rheinischen Gebiete liegen. Trotz dieser ungünstigen Momente, die in unserem Gebiete sich nicht einmal so stark auswirken, als es zunächst scheint, könnte die Landwirtschaft eine günstigere, gehobenere Stellung im Wirtschaftsleben einnehmen, wenn sie nicht an einer ungeheuren Besitzzersplitterung krankte. Diese ist das Grund- und Erbübel unseres Gebietes; wie im Osten des Deutschen Reiches der Großgrundbesitz es war, der viele Menschen zur Abwanderung in die Städte nötigte, so war es hier der Kleingrundbesitz, die allzu weitgehende Güterteilung, die der Bevölkerung den Lebensraum versagte.

a) Die Erbsitte.

Verursacht und bedingt ist die große Güterzersplitterung, die wir zahlenmäßig noch zeigen werden, durch das in unserem Gebiet herrschende Erbrecht. In Nassau ist Landesgesetz und seit

Jahrhunderten eingelebte und berechtigte Sitte, daß sich die Kinder in das elterliche Besitztum gleichmäßig teilen, auch der unbewegliche Nachlaß zerfällt im Erbfalle in ebensoviele Teile, als Kinder vorhanden sind. Noch zu Lebzeiten der Eltern, meist aber dann, wenn der eine Teil der Eltern gestorben ist, wird das elterliche Vermögen den Kindern zu gleichen Teilen übergeben. In welcher Zeit diese Freiteilbarkeit zur Regel und durch Gesetz verbürgt wurde, ist schwerlich festzustellen. Hirsch [1]) glaubt, daß die Entwicklung der bäuerlichen Verhältnisse in Nassau in ihren Grundzügen dieselbe gewesen sei wie im Rheinlande. Von diesem aber sagt er: „Die hofrechtliche Verfassung ist schon früh vollkommen erstarrt, die Bauern verfügen mehr oder weniger frei über ihren Besitz, die Realteilung im Erbgang ist schon im Mittelalter üblich." Bis auf den heutigen Tag hat sie sich in unserem Gebiete behauptet, allen Versuchen ihrer Einschränkung und Eindämmung zum Trotz. Bekannt ist vor allem, weil sie von einschneidender Wirksamkeit war, die Verordnung der Nassauischen Regierung vom Jahre 1829. Nach ihr war jede künftige Teilung des Frucht- und Ackerlandes, mit Ausnahme der Gärten und der diesen ähnlichen Felder, in Flächen unter 12,5 ar, der Wiesen in Stücke unter 6¼ ar, der Gartenparzellen in solche unter 5 ar verboten. Jede weitergehende Güterteilung war nach ihr schlechthin nichtig.[2]) Durchgesetzt hat sich aber diese Verordnung nicht restlos, die natürliche Beschaffenheit des Gebietes, der Charakter der Gebirgsgegend, der keine abgerundete Güterzusammenlegung zuließ, stand hindernd im Wege. Zu sehr lebt auch im Bewußtsein des einfachen Volkes die Auffassung von der Billigkeit und Gerechtigkeit der gleichmäßigen Teilung und Zuwendung des elterlichen Besitzes an alle Kinder und stark und selbstverständlich ist der Wille der Eltern — sie sehen es als ihre Pflicht an — den Kindern, sobald sie erwachsen sind, zu einer wirtschaftlichen Selbständigkeit zu verhelfen. Da ihnen nicht viel Mittel hierfür zur Hand sind, sorgen sie dafür durch Abtretung ihres Grundbesitzes. Interessant ist, daß auch die Kinder es gleichsam als ihr Recht ansehen, noch zu Lebzeiten der Eltern in den Besitz des ihnen später zufallenden Grundbesitzes ihrer Eltern zu kommen. Praktisch ist dies sehr leicht möglich und durchführbar, weil der landwirtschaftliche Grundbesitz in unserem Gebiete sich aus vielen (durchschnittlich 30 bis 40) über die Gemarkung zerstreut liegenden Einzelparzellen zusammensetzt, die ohne Schwierigkeit aus dem jeweiligen wirtschaftlichen Zusammenhange herausgenommen und zu einer neuen Betriebseinheit verbunden werden können.

Damit kommen wir zur Frage der Formen des Erbüberganges und Besitzwechsels allgemein. Erste feststellbare Tatsache ist hier, daß in Nassau und vor allem im Westerwalde allgemein, also nicht bloß bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die letztwillige Verfügung (Testament) nur selten anzutreffen ist. Meistens ist in Geltung und üblich die Form der Intestaterbfolge und der Besitzübergabe zu Lebzeiten. Bei der ersteren übernehmen die

[1]) Sering-Hirsch, in „Vererbung . . ", S. 25.
[2]) Sering-Hirsch, in „Vererbung . . .", S. 30.

vorhandenen Erben das Vermögen der Erblasser, ohne daß die letzteren irgendwie über es vorher bestimmt haben. Außergerichtlich erfolgt die Auseinandersetzung durch Aufstellung von Loszetteln, auf welche die einzelnen Parzellen unter Berücksichtigung von Größe und Qualität gleichmäßig verteilt werden, nur in Streitfällen kommt es zur gerichtlichen Entscheidung. Diese erfolgt auch dann, wenn aus irgendwelchen Gründen die Ueberschreibung nach dem Tode des Erblassers hingehalten wird. Die Instestaterbfolge ist nach der Feststellung der Amtsgerichte in unserem Gebiete die häufigste Form des Besitzwechsels. Nach einer Tabelle bei Hirsch-Sering[1]) gingen in vierzehn Beobachtungsjahren im Bezirk des Amtsgerichts Montabaur 70% aller Erbfälle durch Intestat über und nur 30% durch Vermögensübergabevertrag, der letztwilligen Verfügung wird in dieser Tabelle keine Erwähnung getan, doch dürfte auch diese Form, wenn auch selten, vorkommen. Vor allem aber wird in Wirklichkeit der Vermögensübergabevertrag häufiger, als die gerichtliche Feststellung ergibt, die Regel sein.[2])

Im Amtsgerichtsbezirke Selters z. B. war er nach der gleichen Tabelle zumeist die rechtliche Form der Uebergabe. Ebenso im Bezirk von Grenzhausen. Nach außen, dem Gerichte gegenüber, tritt er deshalb nicht so hervor, weil die Eltern und Erblasser meist ihr Vermögen „provisorisch übergeben", d. h. sie übergeben zu Lebzeiten, wenn die Kinder herangewachsen sind und zur Gründung von eigenen Familien schreiten wollen, diesen ihr Vermögen nach mündlicher und kurz skizzierter Vereinbarung so, wie es später als Besitzübergabe durch das Amtsgericht festgelegt werden soll.[3]) Die endgültige Uebergabe (durch das Gericht) zieht sich dabei oft sehr lange hinaus. Von einem Orte des Unterwesterwaldes heißt es z. B.: „Solange die Eltern noch arbeiten können, ziehen sie sich von dem Betrieb ihrer Wirtschaft hierorts nicht zurück, nur hohes Alter und Kränklichkeit oder der Sterbefall eines Ehegatten geben Veranlassung zur Uebergabe ihres Besitztums an die Kinder.[4]) Oft geschieht dann die amtsgerichtliche Uebergabe nach dem Tode beider Eltern und scheint nun natürlich als auf dem Wege der Intestaterbfolge erfolgt, ohne es in Wirklichkeit zu sein, da materiell die Eltern über die Vermögensteile zu Lebzeiten schon bestimmt hatten.

Die Besitzübergabe geschieht, wie schon angedeutet wurde, durch gleichmäßige Verteilung der einzelnen Grundstücke an

---

[1]) Vererbung des ländlichen Grundbesitzes im Königreich Preußen, herausg. von Sering, II, Oberlandger.-Bez. Frankfurt/Main, bearb. von Hirsch, S. 38, 1897.

[2]) Nach den neuesten Untersuchungen des Vereins f. Sozialpolitik (vgl. Schriften des Vereins f. Sozialpolitik, Bd. 178₁, 1930, S. 342ff.) gingen im Gebiete des Westerwaldes in der Nachkriegszeit 20—40 v. H. des ländlichen Grundbesitzes nach dem Tode der Eltern durch Teilung an die Kinder über, die Erbauseinandersetzung bei Lebzeiten der Eltern wird gleichwohl als die übliche bezeichnet.

[3]) Sering, ebenda S. 37.

[4]) Ermittlungen über die allgemeine Lage der Landwirtschaft in Preußen, Teil I, Berlin 1890, S. 468.

Hand des Stockbuchgesetzes auf ebensoviele Loszettel, als Kinder vorhanden sind. Ganz gleich ist dabei, ob alle Erbberechtigten auch bestimmtes Interesse haben an persönlicher Nutzung und Bewirtschaftung des ihnen zufallenden Losanteils. Oft ist das eine oder andere Glied der Familie bereits nach auswärts gezogen oder wird es eines Tages tun und somit seinen Anteil öffentlich verkaufen müssen. Die gleichmäßige Teilung erfolgt auch dann, obwohl jede Wirtschaftlichkeit dagegen spricht. Sering schreibt diese Einstellung dem Rechtsempfinden der Bevölkerung zu, das keinen wesentlichen Unterschied in der Vererbung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens zuläßt.[1]) Nur die Wohn- und Wirtschaftsgebäude gehen an einen Erben über, da eine Nassauische Verordnung vom 28. 3. 1827[2]) die Teilung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden erschwert und von Bedingungen abhängig macht, die meist nicht erfüllbar sind. Maßgebend für die Wahl des Hausübernehmers sind dessen wirtschaftliche und persönliche Verhältnisse. Meist übernimmt er mit dem Wohn- und Wirtschaftsgebäude die Sorge für die im Hause bleibenden Eltern als Teil der Entschädigung an die übrigen Geschwister, die in der Hauptsache in Geld erfolgt. Die Eltern selbst bleiben auf Grund des vertraglich von ihnen festgelegten Insitz- und Aushaltsrechtes im Hause wohnen und helfen in der Wirtschaft mit; der Hausinhaber hat dabei den Vorzug des Mitgenusses der Aushaltsgüter, die meist ein Drittel des gesamten elterlichen Vermögens betragen, solange die Eltern leben; er muß dafür aber für das leibliche Wohl und Wehe der Eltern sorgen, was bisweilen materiell den Nutzen an den Gütern der Eltern aufwiegen mag. Dieses geltende Erbrecht bedingt nun

die Grundbesitzverteilung und Zersplitterung.

So billig und natürlich die Art und Form des Erbrechtes und diese Erbsitte ist, so zieht sie doch sehr schlimme Folgen nach sich, Wirkungen, die vor allem auf die von uns geschilderte Bevölkerungsentwicklung vom größten Einflusse sind. Die freie Teilung hat zur unmittelbaren Folge, daß die Bauern unseres Gebietes (wenn man ihnen diesen Namen überhaupt zubilligen darf) immer kleinere Grundbesitzer werden. Immer von neuem, von Generation zu Generation, vollzieht sich derselbe und gleiche Prozeß: Man übernimmt von den Eltern einige Morgen Land als Erbteil und beginnt damit zu wirtschaften, erwirbt durch Kauf und Pacht mit den Jahren einiges Land hinzu, so daß ein erträglicheres, rentableres Ausnützen der auch für kleinsten Grundbesitz nötigen Arbeitskraft möglich wird. Einige Jahre vielleicht dauert dieser Zustand, dann teilt der Bauer sein erarbeitetes „Gütchen" unter seine Kinder und der Prozeß beginnt von neuem. Es ist tatsächlich in unserem Gebiet so, daß es nur kleinen und kleinsten Grundbesitz hat, der dazu einem sehr raschen Besitzwechsel unterworfen ist. Unsere Bauern sind Kleingutsbesitzer, sie werden je nach Besitztum von 1 bis 3 oder 4 ha zum kleinen, von 4 bis 7 ha zum mittleren, und was über 7 ha geht zum großen Bauernstand gerechnet. Eine Fläche von 4 ha ist aber notwendig

[1]) Sering, ebenda S. 36.
[2]) „ S. 51.

nach der Ertragsfähigkeit des Bodens unseres Gebietes, um eine Familie mittlerer Größe hinreichend zu ernähren; diese Größe wird aber nur von etwa 50% sämtlichen bäuerlichen Besitzes erreicht. Es zeigen dies die landwirtschaftlichen Betriebszählungen von 1895 und 1907; deutlich ergeben sie die Tatsache, daß der Schwerpunkt der Landwirtschaft bei den Gütchen von 2 bis 5 ha liegt. 1895 gab es 4409 Betriebe unter 2 ha, bei einer Gesamtzahl von 7195 Betrieben, 1907 dagegen 5276 Betriebe unter 2 ha, bei einer Gesamtzahl von 8200 Betrieben.[1])

Landwirtschaftliche Betriebe und Betriebsflächen nach den Zählungen 1895 und 1907.

	Jahr	Betriebe	Fläche ha.
unter 0,5 ha	1895	2 164	422
	1907	2 797	528
0,5— 2 ha	1895	2 245	2 586
	1907	2 479	2 640
2— 5 ha	1895	2 173	6 892
	1907	2 349	7 221
5— 20 ha	1895	603	4 117
	1907	564	3 378
20—100 ha	1895	10	377
	1907	11	422
zusammen	1895	7 195	14 394
	1907	8 200	14 189

Die starke Besitzzersplitterung geht aus der vorangehenden Tabelle deutlich hervor. Ueber 50% aller Betriebe sind Klein- und Parzellenbetriebe. Schon 1895 überwiegt ihre Zahl und nimmt von da bis 1907 ständig zu, während die durchschnittliche Flächengröße der Betriebe zurückgeht und zwar die des Kreises allgemein von 2,0 ha im Jahre 1895 auf 1,7 ha 1907, die der Betriebe unter 0,5 ha und der Parzellenbetriebe von 0,19 bezw. 1,15 ha auf 0,18 bezw. 1,06 ha, die der Kleinbetriebe von 3,17 auf 3,07 ha, die der mittleren von 6,82 auf 5,9 ha. Nur die Durchschnittsgröße der größeren Betriebe steigt von 37,7 ha auf 38,3 ha. Die Verteilung der Gesamtfläche auf die einzelnen Betriebsgrößenklassen unseres Gebietes zeigt im Vergleich mit übergeordneten Verwaltungsbezirken die folgende Uebersicht.

Auf die Betriebsgrößenklassen entfallen:

Betr. größe	Jahr	U. w. Kr.	Reg.-Bezirk Wiesbaden	Deutsch. Reich[2])	Hessen-Nassau[2])
unter 2 ha	1895	20,9	13,9	5,5	10,7
	1907	22,3	14,7	5,4	—
2—5 ha	1895	47,8	32,5	10.1	20,8
	1907	50,9	34,5	10,4	—
5—20 ha	1895	28,6	45,4	23,9	43,2
	1907	23,8	43,8	32,7	—

[1]) Landw. Betriebszähl. 1895, 1907. Stat. d. Dt. Reiches, Bd. 112, 212.
[2]) Landw. Betriebsstatistik 1895 u. 1907.

Die Besonderheit der bäuerlichen Betriebsgrößen und Wirtschaftsverhältnisse des Unterwesterwaldes gegenüber den Verhältnissen im Reiche kommt in der Uebersicht klar zum Ausdruck; weniger groß sind die Unterschiede gegenüber dem Regierungsbezirke Wiesbaden, der auch als Kleinbauerngebiet anzusehen ist. Betrachtet man die tatsächlichen Betriebsverhältnisse und untersucht die Wirtschaftlichkeit der Betriebe, so kommt man zu dem unwiderleglichen Ergebnis, daß hier ungeheuer viele nützliche Arbeits- und Menschenkraft unnütz und unrationell angewandt, viel Gesundheit und Kraft verbraucht wird in einer Beschäftigung und einem Erwerbszweige, der den Aufwand an Mühen und Arbeit nicht lohnt. Ist es doch früher so gewesen, daß eine ganze Familie mit oft erwachsenen starken Arbeitskräften das ganze Jahr über in einem landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt war, der durchschnittlich hinsichtlich seiner Größe selten über 4 ha hinausging und damit nur das für die Familie Notwendigste im Ertrag lieferte. Gewiß war immer einiger Nebenerwerb gegeben für diese Klein- und Mittelbauern, einmal durch die Mitbesorgung derjenigen Parzellenbetriebe, deren Besitzer ihr Haupteinkommen in einem industriellen Erwerbszweige fanden — die Bewirtschaftung der Parzellenbetriebe geschieht zumeist durch Frauen und Kinder, nur die größeren landwirtschaftlichen Arbeiten besorgt der Kleinbauer mit, dessen Betrieb seine volle Arbeitskraft nicht beansprucht — dann war lohnender Nebenerwerb vielfach gegeben in einem sehr einträglichen Fuhrgeschäft, das vor allem im Tongebiete des Kreises blühte. Dieser Nebenerwerb war aber nur solange in dem größeren Ausmaße möglich, als die Westerwaldbahnen noch nicht gebaut waren. Mit ihnen verschwanden sozusagen die Fuhrleute, die bisher die Erzeugnisse der Tonindustrie und auch die Tonerde, die zur Ausfuhr kam — schätzungsweise 100—200 000 Zentner jährlich — per Fuhre und Achse nach dem Rheine — Vallendar — zum Versande gebracht hatten. Für diese ausfallende Nebenbeschäftigung trat mit dem Bau der Bahn aber die Möglichkeit, in der aufblühenden Industrie nebenberufliche Arbeit zu finden.

So war also die Landwirtschaft nicht in der Lage, die von ihr abhängige Bevölkerung hinreichend zu ernähren, was in der Hauptsache durch die zu kleinen und dürftigen Betriebsgrößen verschuldet war. Hinzu kommt als weiterer erschwerender Umstand das Fehlen eines geschlossenen und zusammenhängenden Besitzes; jeder, auch der kleinste landwirtschaftliche Besitz ist parzelliert in oft unscheinbare Größen, die dazu über die ganze Gemarkung — oft eine Stunde von dem Wohn- und Wirtschaftsgebäude — zerstreut liegen. Was dies besagt, ist klar. Allgemein ist der Wert eines Grundstücks um so niedriger, je kleiner es ist. Die kleinen Grundstücke bedingen eine Vermehrung des Arbeitsaufwandes, unproduktive Gänge, Zeitverlust durch geringe Ausnützung der Halbtage. Auch ist die Verwendung von Handarbeit ersparenden Maschinen fast ausgeschlossen, der Anschaffungswert müßte verzinst und amortisiert werden, dies lohnt aber ihre Benützung nicht. Praktisch hindert auch die geringe Länge und Größe der Grundstücke hieran, sie erschwert sehr die Bearbeitung und bringt dazu beträchtliche Ertragsverluste durch

den Ausfall der Wege und Raine. Pohl[1]) stellte diesbezüglich nachfolgende Berechnungen an. Angenommen quadratische Form des Grundstückes und 12,5 cm Grenzfurche gehen verloren

bei der Länge einer Seite von:	und	bei der Größe der Fläche von:
400 m . . . . 12,50 m		16,00 ha
200 m . . . . 25,00 m		4,00 ha
100 m . . . . 50,00 m		1,00 ha
50 m . . . . 100,00 m		0,25 ha

Demzufolge ist auch in dieser Hinsicht der Nachteil der äußersten Besitzzersplitterung in unserem Gebiete offensichtlich groß; er war dies vor allem zu der Zeit, als noch der allgemeine Flurzwang herrschte, wo der Einzelne gezwungen war, mit der großen Menge zu arbeiten. Diesem Uebelstand wurde in unserem Gebiete schon frühzeitig abgeholfen. Am 2. September 1867 erging die preußische Verordnung betreffend die Güterkonsolidation im Bezirk Wiesbaden; um das Jahr 1885 hat der größte Teil der Gemeinden, 1905 haben alle bis auf drei die Konsolidation durchgeführt. Dabei ist natürlich an eine Zusammenlegung nach größtem Plane nicht zu denken gewesen. Der Charakter des Gebietes (Gebirgsgegend) verhinderte dies. Die Konsolidation erreichte in der Hauptsache, „daß man in einer Gemarkung die landwirtschaftlichen Meliorationen, Kulturumwandlungen, Wiesenbe- und -entwässerungsanlagen, Ackerfeldwege, Ueberbrückungen so projektiert und ausführt, als gehöre die ganze Feldmark einem Besitzer, daß man die Fluren so in Bezirke abteilt, wie die Ertragsfähigkeit solche ergibt, in diesen Bezirken gartenbeetartige Abteilungen (Gewanne) zur bequemen Bearbeitung bildet, die Parzellen der einzelnen nach Tagewerkstücken zusammenlegt und sie so in die für die Gemarkung projektierten Anlagen einfügt.[2]) Die Durchführung dieses Konsolidationsverfahrens war das erste, was sich bei den herrschenden Verhältnissen für die Besserung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse tun ließ. Späterhin wurde weiter durch Meliorationen, Kulturverbesserungen die Lage der Landwirtschaft zu heben versucht, doch das alte Uebel, die Kleinheit des Grundbesitzes, wirkte weiter. Die Kleinheit und Beschränktheit der Besitzverhältnisse hatte ständige Mittellosigkeit der Bauern zur Folge; was der kleine Besitz an jährlichem Ertrag gab, reichte meist nicht hin für die Ernährung der Familie, darüber hinaus brauchte der Bauer aber Geld für die sonstigen Ansprüche der Familie, für Steuern und Abgaben, insbesondere für den Erwerb weiteren Grund und Bodens. Letzteres war das Streben eines jeden Westerwälder Bauern, er will sein Gütchen abrunden, so viel hinzuerwerben und erarbeiten, daß er es würdig unter seine Kinder teilen kann. Dieses Streben bedingte notwendig wegen der Knappheit des Bodens hohe Grundstückspreise, die meist nicht im rechten Verhältnis zum Reinertrag stehen. Für die Jahre 1894/1907 hat die Landwirtschaftskammer für den Re-

[1]) Pohl: Landwirtschaftl. Betriebslehre 1885, Bd. I, S. 176.
[2]) Wißmann: Konsolidationsbuch, Berlin 1874, Einl. S. XIV.

gierungsbezirk Wiesbaden über die Preissteigerungen der Grundstücke Erhebungen angestellt, die auch die Verhältnisse unseres Gebietes berücksichtigen. Nach ihnen waren die Durchschnittspreise der Grundstücke für den Unterwesterwald in den 5 angegebenen Zeitperioden pro ha:

bei einem Grundsteuerreinertrag	1895–97 Mk.	1898–1900 Mk.	1901–03 Mk.	1904–06 Mk.	1907–1909 Mk.
unter 2 Taler	582	588	641	1274	1095[1])
2– 5 Taler	1456	1335	1253	1650	1778
5–10 Taler	2035	2005	1911	1977	2085
10–20 Taler	2515	2738	2774	2538	2906
über 20 Taler	4881	6056	5444	4370	4363

In der Tat beleuchtet diese Preisbewegung mit aller Schärfe das Gesagte. Vor allem in den Klassen mit dem niedrigsten und mittleren Grundsteuerreinertrag war die Aufwärtsentwicklung der Preise eine sehr starke; zweifellos kommt hierin die außerordentlich große Nachfrage nach dem Produktionselement Boden zum Ausdruck, dem das Angebot nur in geringem Maße entgegentritt; Bodenqualität und Reinertrag der zum Kauf angebotenen Grundstücke waren jedenfalls nicht Ursache der auffallend hohen Grundstückspreise. Aehnlich war es in der neueren Zeit; es ist vor allem die Arbeiter-Industriebevölkerung, die ein Stück Land sucht, um den notwendigsten Lebensbedarf selbst zu erwerben, um etwas Vieh, meist eine Ziege („die Kuh des kleinen Mannes") halten zu können.

So gut dieses Streben nach eigenem und nach größerem Besitz auch immer war, so schloß es doch für den Einzelnen oft erhebliche Gefahrenquellen in sich, nämlich die Möglichkeit, über die wirtschaftlichen Kräfte hinaus Land zu ersteigern und sich zu verschulden. Oft ging der Bauer in seinem Streben nach Besitz zu weit und erwarb Land, für das keine Bezahlungsmöglichkeit gesichert war. Dies vor allem dann, wenn die Landwirtschaft infolge hoher Frucht- und Viehpreise einen kleinen Aufschwung nahm. Sanken späterhin die Preise, so kam die Schwierigkeit der Bezahlung der Terminleistungen, die, weil festgelegt, die gleichen blieben. Es kam dann so, daß sie in diesen Rückschlagszeiten nicht vom Ertrage des landwirtschaftlichen Betriebes bezahlt werden konnten und so mußte der Bauer zur Aufnahme von größeren Kapitalien schreiten, die immer die Wirtschaft der kleinen Besitzer schwer belasteten und gefährdeten. Ein Unglücksfall in der Familie, Fehlschlag von erhofften Einnahmen z. B., konnte die Existenz der ganzen Familie in Frage stellen. Tatsächlich war die Verschuldung in den 80er Jahren sehr hoch. Nach einem Bericht[2]) über die bäuerlichen Verhältnisse dieser Zeit waren zwei Drittel sämtlicher bewirtschafteter Bauerngüter mit erster Hypothek belastet, die Zahl der zweiten Hypotheken soll verhält-

[1]) Landwirtschaftskammerbericht Wiesbaden, 1906—1910.
[2]) Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 22, S. 172.

nismäßig klein gewesen sein. Spätere Erhebungen geben bezüglich der Hypothekenbewegung teils günstige teils ungünstige Resultate. Eine solche für die Jahre 1887 bis 1893/94 ergibt für den Bezirk Montabaur eine größere Summe von Löschungen als Eintragungen (22 543 Mk), dagegen im Bezirke Selters eine Zunahme der Eintragungen im Betrage von über 234 000 Mk. Das Statistische Jahrbuch für den Preußischen Staat enthält für das Jahr 1910 für unser Gebiet an Eintragungen 1,5 Mill., an Löschungen 0,9 Mill., so daß eine Mehreintragung von 0,6 Mill. verbleibt. Diese Ziffern weisen, wenn man sie zu denen anderer Gebiete in Beziehung setzt, eine sehr beachtsame Verschuldung der Landwirtschaft auf, sämtliche Nachbargebiete hatten in dieser Periode bedeutend niedrigere Mehreintragungen. Es sei nur noch hinzugefügt die bemerkenswerte Feststellung, daß in unserem Gebiete im Jahre 1905 von 100 Besitzern landwirtschaftlicher Betriebe 35,6 in die Grundsteuerreinertragsklasse 60—90 Mk., 44,6 in die von 90—150 Mk., 18,6 in die von 150—300 und 1,2 in die von 300 bis 750 Mk. fielen.[1]) Dies waren die Verhältnisse v o r dem Kriege, wie sich die Verschuldungsverhältnisse nach dem Kriege entwickelt haben, läßt sich ziffernmäßig nicht sagen, jedenfalls ist die Lage der Landwirtschaft nach dem Kriege nicht sehr günstig gewesen, sie kann es nie sein infolge der geschilderten, kaum abänderlichen Verhältnisse. Erträgliche Lebenshaltung ist der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur da möglich, wo mit der Landwirtschaft irgend ein Nebenerwerb verbunden ist. Die Landwirtschaft konnte aus ihrer Struktur heraus, die bestimmt wird durch die Realteilung mit ihren Folgen, niemals Träger einer starken Bevölkerungsentwicklung sein. Sie mußte im Gegenteil auf jede Weise sich stets gewisser Bevölkerungsteile zu entledigen suchen, um Entlastung sich bemühen, um überhaupt lebensfähig zu bleiben. Sie war es, die vor allem junge Arbeitskräfte nach auswärts führte und jene Wanderungen veranlaßte, die im ersten Teil der Arbeit dargestellt wurden, sie ist es auch, die heute am wenigsten Erwerbsmöglichkeiten bieten kann.

b) Die Forstwirtschaft, ihre Bedeutung für den Erwerb der Bevölkerung.

Im allgemeinen pflegt die Forstwirtschaft für die Erwerbstätigkeit einer Bevölkerung keine allzu große Rolle zu spielen, was meist damit zusammenhängt, daß der Waldbestand nicht sehr groß ist und nur für einen Teil des Jahres größere Arbeitsmöglichkeiten bietet. Letzteres scheint auch für unser Gebiet zuzutreffen; nach der Berufszählung 1925 z. B. war nur eine geringe Zahl von Erwerbstätigen der Forstwirtschaft zugezählt, und doch ist die Forstwirtschaft bedeutsam für die Bevölkerung gewesen. Schon die einfachen Größenziffern des Waldreichtums unseres Gebietes deuten darauf hin. Die Gesamtgröße des Unterwesterwaldes beträgt 36 551,5 ha. Davon nimmt der Wald 17 444,3 ha oder 47,7% des Gesamtgebietes ein. Dieser hohe Bewaldungsprozentsatz erscheint um so ansehnlicher, wenn man er-

[1]) Jahresbericht d. Landwirtschaftskammer Wiesbaden 1905, S. 150 ff.

wägt, daß das Waldgebiet in Deutschland 25,89%, in Preußen 24,2%, in der waldreichsten Provinz Deutschlands 39,9%, im Westerwald allgemein 37,7% umfaßt.[1]) Der Waldbestand ist also in unserem Gebiete außerordentlich hoch. Die Waldungen um die Montabaurer Höhe in einem Umfange von nahezu 6000 ha sind die größten des Westerwaldes. Meist ist der Wald im Besitz der Gemeinden (80%), 4% sind Privatforsten und 16% Staatsforsten. Die Gemeinden haben in einem reichen Waldbestande eine große Sicherung ihrer Leistungsfähigkeit und eine sichere Quelle bestimmter finanzieller Mittel. Der Wald nützt indirekt natürlich jedem einzelnen Gemeindebürger, er ist Arbeitgeber für die Bevölkerung und dies für das ganze Jahr. Die Forstwirtschaft verfügt über ständige Kräfte (Forstbeamten), daneben aber auch über eine bestimmte Zahl von Arbeitern, die ständig mit Waldarbeiten beschäftigt sind. Zu ihnen treten die vielen Fuhrleute, die das ganze Jahr hindurch mit dem Transport des Holzes beschäftigt sind und Erwerb finden; vor allem beschäftigt dann der Wald im Winter hunderte von Arbeitern als Holzfäller (nebenberuflich) und bietet somit für viele kleine Landwirte guten Zusatzverdienst, auch mildert er in neuester Zeit die gerade im Winter herrschende starke Arbeitslosigkeit auf dem Lande; die gesamte Zahl der im Winter beschäftigten Arbeiter läßt sich nicht feststellen, doch ist sie recht bedeutsam, nach der Größe der Waldungen zu urteilen. Man kann sagen, daß ein Hauptteil des jährlichen Ertrags der Forsten in Form von Arbeitslöhnen, Fuhrlöhnen der Bevölkerung alsbald zufließt. Eine Angabe[2]) für das Jahr 1914 besagt, daß bei den Staatswaldungen des Bezirks Wiesbaden vom Hektarerträgnis (53,8 Mk.) nur 17,79 Mk. als Reinertrag den Staatskassen verblieben, während 36,09 Mk. als Ausgaben der Bevölkerung zufielen.

Der Hauptertrag der Forsten verbleibt den Gemeinden, sie haben in ihrem Waldbesitz wertvollste Einkommensquelle für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Darüber hinaus bedeutet der Waldbesitz zurückgelegtes Kapital, auf das man in Notzeiten (Arbeitslosigkeit) und bei Inangriffnahme größerer Aufgaben zurückgreifen kann, ohne zur Aufnahme von Anleihen und zur größeren steuerlichen Belastung der Gemeindeeinwohner gezwungen zu sein. Von selbst versteht es sich, daß in solchen waldreichen Gemeinden die Gemeindesteuer oft überflüssig bezw. sehr gering war. Der Ertrag des Waldes beglich alle Ausgaben der Gemeinden, ja gab den Bewohnern oft den Bedarf an Brenn- und Bauholz unentgeltlich oder nur gegen geringe Vergütung. Im Jahre 1896/97 noch wurden in 37 Gemeinden (von 76) keine Gemeindesteuer erhoben, 1905 waren 30 Gemeinden steuerfrei, 9 weitere erheben damals nur bis zu 100% Zuschläge, 7 Gemeinden, die keine Steuern erheben, verteilen sogar Holz in bestimmten Mengen an

---

[1]) Schumann: Untersuchungen über die geographische und wirtschaftliche Bedeutung der Forsten des Westerwaldes für seine Bewohner und ihre Einwirkung auf die Volksdichte. Diss. Gießen 1923, S. 2.

[2]) Schumann: ebenda, S. 15.

die Gemeindebürger.[1]) Selbst nach dem Kriege 1928 sind noch 24 Gemeinden in der Lage, mit den Erträgen ihres Waldes die Ausgaben zu decken und lassen ihre Bürger steuerfrei, von den übrigen erheben der größte Teil nur 50—100%, nur einzelne Gemeinden über 200% Zuschläge. 3 Gemeinden verteilten Geld bezw. Brennholz an ihre Bürger und zwar eine Gemeinde 100 Mk. pro Haushalt, eine Gemeinde 4 rm Holz pro Haushalt und eine Gemeinde 2 rm Holz und 100 Wellen pro Haushalt. Natürlich sind bei diesen Voraussetzungen die Finanzverhältnisse dieser Gemeinden nicht ungünstig, ihre Verschuldung ist gegenüber den waldarmen Gemeinden sehr gering bezw. sie sind schuldenfrei. 1928 sind tatsächlich 11 Gemeinden oder 14,47% schuldenfrei.[2])

c) Die Industrie — Ihr Einfluß auf die Bevölkerung im Gegensatz zur Landwirtschaft — Die Zeit vor 1890.

Einen ganz wesentlichen Einfluß auf die Bevölkerungsverhältnisse übt die Industrie aus; vor allem hat sich diese Tatsache in den städtischen Gebieten gezeigt und kam zum Ausdruck in dem berühmten Zug der Bevölkerung vom flachen Lande nach der Stadt mit ihren besseren Löhnen, ihrer geregelteren Beschäftigung, ihren angenehmeren Daseinsbedingungen. Auch im Unterwesterwaldkreis hat sich um die gleiche Zeit, da sich im Deutschen Reiche die Umwandlung vom Agrar- zum Industriestaat wesentlich vollzog — in den 90er Jahren — der Einfluß der Industrie geltend gemacht, zwar nicht in dem Maße, daß ein starker Zufluß von Arbeitskräften von außen gekommen wäre — die Bevölkerungsbewegung des Unterwesterwaldkreises zeigt 1895 bis 1900 sogar eine beachtliche Zuwanderung von 1306 Personen auf — aber doch dahingehend, daß die großen Abwanderungen der Bevölkerung an Stärke verloren, der Geburtenüberschuß, der seit der Mitte des Jahrhunderts Jahr für Jahr über die Grenzen ging und teils im Auslande, teils im benachbarten Rheinland und Westfalen neue Existenzmöglichkeiten suchte, von der heimischen Industrie aufgenommen wurde. Dies war nur möglich, weil im unteren Westerwalde selbst Industrien entstanden, die der Bevölkerung die fehlende Erwerbsmöglichkeit vermittelten. Die Anfänge waren zunächst klein, und es ward deutlich, daß Einflußwirkung der Industrie und Umfang und Bedeutung der Betriebe in engem Verhältnis zueinander stehen; stärker zeigte sich dies durch die für die Bevölkerung einflußvolle Entwicklung zur mehr großindustriellen Tätigkeit hin. Im tabellarischen Ueberblick ergeben die Hauptindustrien des Westerwaldes im Jahre 1907 folgendes Bild.[3])

---

[1]) Verwalt.-Bericht des Kreises 1905, 1906—11.
[2]) ebenda.
[3]) Berufsstat. 1907.

Es waren erwerbstätig im Hauptberufe[1])

Kreis	Stein- u. Braunko.	Steinbrüche	Tonindustrie	Erzgew.	Eisenindustr.	Summe 1907
Westerburg	41 (84)	530 (601)	251 (341)	65 (191)	161 (275)	842 (1 600)
Oberwesterw.	679 (2 091)	524 (709)	83 (91)	42 (227)	134 (191)	1 462 (3 309)
Unterwesterw.	2 (1)	548 (824)	2 896 (3 749)	595 (1 294)	351 (589)	4 392 (6 468)
Oberlahn	253 (545)	642 (1 553)	12 (27)	1 624 (3 396)	375 (540)	2 906 (5 061)
Unterlahn	19 (21)	830 (1 420)	125 (73)	1 368 (2 465)	676 (822)	3 018 (4 801)
Limburg	— (—)	563 (981)	250 (390)	68 (139)	1 365 (2 149)	2 246 (3 659)
Dillkr.	8 (20)	314 (704)	251 (168)	3 116 (6 598)	2 081 (3 080)	5 770 (10 568)

Die Verschiedenheit der industriellen Entwicklung der Westerwaldgebiete geht aus der Tabelle klar hervor. Die beiden ersten Kreise haben nur ganz unbedeutende Industrien aufzuweisen, sie sind stark landwirtschaftlich orientiert. Ihnen steht als meist entwickelter Industriebezirk der Dillkreis gegenüber, der als Nachbargebiet des Siegerlandes eine gut entwickelte Eisen-Erzindustrie aufzeigt; in der Mitte stehen die Lahnkreise mit Basaltindustrien, Erz- und Bleigewinnung; sie werden noch übertroffen an industrieller Tätigkeit von dem Unterwesterwaldkreise, der hervorragt durch seine weit bekannte Tonindustrie. Er steht eigentlich, was die Industrie anbetrifft, an der Spitze des ganzen eigentlichen Westerwaldgebietes und hat zweifellos die erste industrielle Entwicklung genommen, damit aber auch das stärkste Bevölkerungswachstum erfahren.

Schon bei der Betrachtung der Berufs- und Wirtschaftsstruktur trat in der Zeit 1895—1925 die auffallende Tatsache der gewaltigen Umschichtung der Kreisbevölkerung in Erscheinung. Es wurde damals ein fast durchweg agrarer Bezirk zum industriellen, indem der Boden, der bis dahin der Landwirtschaft zur Bewirtschaftung gedient hatte, nun Standort ansehnlicher Industriezweige wurde. In der Berufsstruktur der Bevölkerung zeigte sich die Wandlung der Verhältnisse an, indem die bisher landwirtschaftlich tätige Bevölkerung mehr und mehr an Bedeutung verlor. Prozentual betrug der Anteil der Haupterwerbstätigen mit Angehörigen und Dienenden in den beiden Hauptberufsgruppen Landwirtschaft (A) und Industrie (B) bei den drei letzten Berufszählungen an der Gesamtzahl:

	1895	1907	1925[2])	
A	43,22%	34,48%	29,04%	
B	38,35%	46,56%	46,70%	(Ind.d.St.u.Erd.23,4%)

[1]) Die Zahlen in Klammern geben die Berufszugehör. an.
[2]) Allg. Erwerbstätige und ohne Dienende

Es vollzog sich also in kurzen Zeiträumen eine ganz deutliche Umgruppierung der Berufsbevölkerung nach der Industrie hin, für die Westerwaldverhältnisse eine Tatsache von größter wirtschaftlicher Bedeutung. Wie schon Tabelle (s. v. Seite) erkennen läßt, ist die Industrialisierung des Unterwesterwaldgebietes einer einzigen, allerdings bedeutsamen Industrie, zuzuschreiben, nämlich der Tonindustrie. Dieser einzigartige Industriezweig hat in seiner vielseitigen Differenziertheit, die aufbaut auf der Basis eines im Gebiete außerordentlich reichen und guten Tonvorkommens, für das Wirtschaftsleben der Unterwesterwaldbevölkerung ungewöhnlich befruchtende Wirkungen gezeitigt, hat ein landwirtschaftliches Notgebiet zu einem lebensfähigen Wirtschaftsraume gemacht, ja zuweilen zu einer bescheidenen Wohlhabenheit der Bevölkerung geführt. Diese Entwicklung kam jedoch nicht erst in den 80/90er Jahren, die Entwicklungsfähigkeit zur Industrie hin war schon lange gegeben in den reichen Bodenschätzen, um derentwillen schon Riehl[1]) unserem Gebiete eine industrielle Zukunft versprochen hatte; es fehlten nur die übrigen Voraussetzungen für größere intensive industrielle Betriebsamkeit, vor allem die Erschließung des Westerwaldes durch Eisenbahn und Verkehr, Kapital- und Krediteinrichtungen; Unternehmungsgeist und Wagemut fehlten der Bevölkerung nicht, „das angeborene technische Genie, das den Gebirgsbewohner gegenüber dem Flachlandbauern auszeichnet",[2]) hätte die industriellen Möglichkeiten schon gesehen und hätte sie früher zur Entfaltung gebracht, als es geschah. Auch an Arbeitskräften, die jede industrielle Entfaltung voraussetzt, war kein Mangel, wir sahen ja, wie alljährlich die arbeitsfähige Bevölkerung zu Tausenden abwanderte, lediglich um Arbeitsplätze und Existenzmöglichkeiten zu suchen außerhalb des Heimatgebietes. So war denn der große, allgemeine Wirtschaftsaufschwung um die Wende des Jahrhunderts in den großen deutschen Wirtschaftszentren Rheinlands und Westfalens, überhaupt der Uebergang Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat mit der Erschließung aller Wirtschaftsgebiete durch Eisenbahn und Verkehrsanlagen und Eingliederung derselben in den Wirtschaftsorganismus, auch für unsere Westerwaldgebiete Anlaß neuen wirtschaftlichen Lebens. Im Jahre 1884 wurde die Eisenbahnlinie Limburg—Siershahn—Altenkirchen gebaut und damit die nächste Voraussetzung für die industrielle Entwicklung angebahnt. Sie durchschneidet das Tonindustriegebiet in seinen Hauptproduktionszentren Wirges und Siershahn und wurde damit Haupttransportweg für die Industrie, vor allem für die nach 1890 sich entwickelnde Großindustrie bezw. deren Uebersiedlung dorthin. Gerade jene Zeit des Aufkommens der industriellen Betriebe ist im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung des Kreises die wichtigste und interessanteste. In ihr wuchsen die Industrieorte, die sich nach einem Bericht der Handelskammer zu Limburg durch Kultur- und Wohlstand sehr vorteilhaft auszeichnen vor den übrigen Orten des Kreises und den Beweis erbringen, daß die Industrie das bewegende Element der Gesellschaft und

[1]) Riehl, Land und Leute, Stuttgart 1867, S. 268.
[2]) Riehl, ebenda S. 268ff.

mächtiger Faktor der Kultur ist; in den übrigen Teilen des Kreises seien z. B. die Arbeitslöhne weit hinter den Preisen aller Lebensbedürfnisse zurück, in den Industrieorten aber seien diese mit dem Aufschwunge der Industrie in weit stärkerer Progression als der Preis der Fabrikate gestiegen.

Zu diesem wirtschaftlichen Aufschwung des Kreises trugen nicht allein die großindustriellen Unternehmungen bei, sondern auch eine ganze Reihe kleiner und mittlerer Betriebe haben die Bevölkerungsbewegung und die Wirtschaft beeinflußt, vor allem an den Orten, an denen die Großindustrie sich nicht niederließ. Geht man aus von betriebsstatistischen Mitteilungen der Zählungsjahre 1895, 1907 und 1925, so gewinnt man folgendes ungefähre Bild über die Entwicklung und den Umfang der Tonindustrie im Kreise:

	Hauptbetriebe	Nebenbetriebe	Gewerbtätige P.	Arbeiter	Jahr
Industrie der	347	14	2859	—	1895[2])
Steine und	334	14	3584	2992	1907
Erden	354[1])	—	5601	5451	1925
Töpferei	246	4	1283	—	1895
	208	2	1533	1149	1907
Zieg. und	9	—	437	—	1895
Tonröhren	26	2	468	416	1907
Lehm- und	16?	1	189	—	1895
Tongrube	17?	—	138	124	1907

Trotz der Amtlichkeit des Quellenwerkes, nach dem die Tabelle zusammengestellt ist, gibt sie letzthin nicht genaue zutreffende Angaben. Die Schwierigkeit der Erhebung ist deshalb so groß, weil im ländlichen Gebiete meist industrielle und landwirtschaftliche Tätigkeit verbunden sind und daher leicht Einrechnungen in diese oder jene Erwerbsgruppe möglich sind. Trotzdem aber erscheint die Tabelle geeignet, den ungefähren Stand der industriellen Entwicklung wiederzugeben. Was ihr wesentlich mangelt, ist eine wünschenswerte Differenzierung der einzelnen Zweige der Tonindustrie, eine Einteilung, welche die alten Zweige des sog. ehemaligen Kannenbäckergewerbes erkennen ließe. Letzteres hat sich in einzelnen Zweigen in die neueste Zeit hinübergepflanzt, in der Hauptsache aber haben sich aus ihm moderne neue Produktionszweige entwickelt, die jedoch den Zusammenhang mit dem ursprünglichen Gewerbe noch gut erkennen lassen.

Die richtige Beurteilung jeder Entwicklung auf gewerblichem Gebiete setzt eine eingehende Untersuchung der wirtschaftlichen Grundlagen voraus. An dieser Stelle genügt es für das Verständnis der neueren Entwicklung, der Industrialisierung unseres Gebietes, die großen Zusammenhänge zu zeigen, um daraus die Bedeutung des gewerblichen Lebens für die Entwicklung des Kreises zu erkennen. Die Tonindustrie des Krug- und Kannenbäckerlandes

[1]) allgemeine Betriebe.
[2]) Gewerbestatistik, Stat. d. Deutsch. R., NF. Bd. 117/18, 218/19, 417.

— unter diesem Namen ist das Tongebiet des U.w.Kr. weithin bekannt — ist ein Zweig der großen rheinischen Steinzeugindustrie, die in Köln (Frechen) und Raeren einerseits und in Siegburg und dem Westerwald andererseits ihre Hauptstützpunkte hatte. Erstere Gebiete verloren im Laufe der Zeit an Bedeutung, dagegen blühte die Industrie des Westerwaldes immer weiter auf. Es entstand hier das sog. „altdeutsche" Steinzeug der Renaissance, das durch die Technik der Form und Farbe den Namen der Westerwälder Industrie in die ganze Welt hinaustrug. Mit dem Ende des 17. Jahrhunderts war die Blütezeit des Kunstgewerbes allerdings vorbei, Ueberproduktion, Auslandssucht, das Aufkommen von Steingut und Porzellan, veranlaßten seinen Abstieg, ja es verlor jegliche Bedeutung im 18. Jahrhundert. An seiner Stelle trat ein anderer Zweig der Industrie hervor, nämlich die Krugbäckerei; sie nahm nach ihm einen großen Aufschwung durch den außerordentlichen Bedarf an Krügen, in denen das beliebte kohlensäurehaltige Wasser des Taunus und Westerwaldes (N. Selters, Bad Ems, Fachingen) zum Versand kam. Zu der Krugindustrie trat noch in gleicher Zeit die Pfeifenbäckerei, die von Anfang an Verlagsindustrie war. Es ergab sich dies aus der Art des Produktes — die Tonpfeife ist äußerst geringwertig als Einzelprodukt und nur ein durch den Handel vermittelter Massenabsatz ist lohnend. — Vielfach arbeiteten die Pfeifenmacher im Auftrage der Kaufleute von Köln und Holland, die am Rhein (Vallendar) die Ware in Empfang nahmen durch ihre Schiffer und Agenten und den Verkauf und Absatz besorgten (an ihre Stelle trat später der Westerwälder Kaufmann von Hoehr, der im 19. Jahrhundert Pfeifenfabrikant wurde und die Hauptproduktion selbst im eigenen Betriebe übernahm, daneben aber eine Anzahl Heimarbeiter je nach Konjunktur der Ware für sich mitarbeiten ließ).

Das 19. Jahrhundert brachte zunächst in der Entwicklung keine großen Fortschritte; die Zünfte waren aufgelöst (die vorher für jedes einzelne Gewerbe bestanden hatten), ihr Zwang wirkte aber noch lange nach (Umfang der Produktion bestimmt), auch ersetzte der gemeinsame Tongrubenbesitz das Band des früheren Zusammenschlusses. Erst mit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schreitet die Entwicklung in rascheren Bahnen voran — bis dahin geschah in den rein handwerksmäßigen Betrieben alle Produktion durch Handarbeit — nun aber kamen die ersten Maschinen (Krugpresse), mit ihnen die Benutzung der Dampfkraft, die berühmte amerikanische Töpferscheibe trat anstelle des früheren „Rades", die wesentliche Erleichterungen für die Produktion brachte, zugleich aber größere Arbeitsteilung und Zeitersparnis ermöglichte. Der Umfang der Produktion war schon damals sehr beachtlich (im Jahre 1869 z. B. stellten 105 Kannenbäcker in 1000 Gebäcken für 697 000 Mark Ware her, 115 Krugbäcker fertigten 10 Millionen Krüge im Wert von 680 000 Mark; die Pfeifenproduktion wird 1869 für Hoehr mit 14½ Millionen im Werte von 425 000 Mark angegeben, während 1874 in Hilgert 28 Pfeifenmacher (Heimarbeiter) 8½ Millionen Stück herstellten und dafür mit 42 000 Mark bezahlt wurden.[1])

Weiter schritt die Entwicklung voran nach dem Kriege 1871, sie ging, wie ehedem schon einmal, von der Steinzeugindustrie aus. Das ganze Jahrhundert hindurch war nur gewöhnliches Steinzeug hergestellt worden, das alte Kunstgewerbe war verschollen. Nach 1870 kam der Sinn für Kunst und Gewerbe der Bevölkerung allgemein wieder und so erlebte das alte Gewerbe neue Blüte. Mittlerweile war auch eine stärkere Konzentration der Produktion örtlich (Hoehr, Grenzhausen) und betriebsweise erfolgt. Weiterhin übernahmen die alten Kannenbäckerbetriebe unter Aufrechterhaltung ihrer handwerklichen Betriebsform die Vorzüge eines kaufmännisch geführten Betriebes in Technik, Produktion und Absatzweise, mehr und mehr gingen sie in der Blütezeit, die nach 1870 folgte, in Mittel- und Großbetriebe über. Anders in der eigentlichen Kannenbäckerei (gewöhnliche Steinzeug-

[1]) vgl. Zais und Richter in Schr. d. V. f. S. Bd. 62/63, S. 451.

produktion), sie vertrat nach wie vor das alte Handwerk, im Gegensatz auch zu ihren beiden Abzweigungen, nämlich der Feinsteinzeug- und Röhrenfabrikation. Erstere vor allem wurde in den 80er Jahren zur hohen Entfaltung gebracht durch Verbesserung und Modernisierung der Technik. Ein Mann wie Hanke aus Böhmen gab der Technik die neue Richtung durch seinen mustergültigen Betrieb, der 1880 schon über 100 Personen beschäftigte. Die ganze nun folgende Entwicklung ward getragen und gefördert durch den ausgezeichneten Absatz, den die Kunstware fand. Vor allem groß war der Export der „altdeutschen Ware" (Old German) nach Amerika, in gewissen Jahren gingen fast ¾ der ganzen Produktion dorthin, auch Frankreich, Oesterreich stellten gute Absatzgebiete für die Westerwälder Ware, die auf den Messen von Frankfurt, Mainz, Darmstadt den Kaufleuten entgegentrat. Nicht wenig hat natürlich auch der Bau der Westerwaldbahn Produktion und Absatz belebt — die Transportkosten, die bis dahin den größten Teil des Gewinnes beanspruchten, wurden bedeutend geringer — es half weiter mit zum Aufschwung die Staatliche Keramische Fachschule, die 1879 in Hoehr geschaffen wurde und welche die einzige in Preußen neben der von Bunzlau darstellt. Sie suchte durch Theorie und Praxis die heimische Industrie, vor allem das Kunstgewerbe, zu fördern und weiter zu führen und hat dies in großem Maße erreicht. Mancherlei Umstände wirkten somit zusammen, die Lage des alten Gewerbes vollkommen zu ändern und auf eine ganz neue Basis zu stellen, welche die ehemaligen Kannenbäcker zu regelrechten Fabrikanten werden ließ, die mit größerem Betriebskapital ausgerüstet infolge des steigenden Absatzes auch immer mehr Arbeitskräfte einstellen und schließlich allgemein in den Industrieorten der Bevölkerung zur besseren Lebenshaltung verhelfen konnten.

Die zuletzt geschilderte Entwicklung vollzog sich bereits in der Zeit, die im ersten Teile dieser Untersuchung besonders berücksichtigt wurde. Sie war gleichwohl trotz ihrer günstigen Seite nicht imstande, größeren Einfluß zu nehmen auf die Bevölkerungsbewegung. Dies verhinderte und machte unmöglich einmal die Beschränkung der Industrie auf bestimmte einzelne Orte, die selbst über reiche Arbeitskräfte verfügten und weiterhin die Art des Produktes, das zwar Massenproduktion notwendig machte, aber keine Massenbeschäftigung zuließ.

Der genaue Stand der Industrie für die Zeit um die Jahrhundertwende läßt sich schwer ermitteln. Im Jahre 1895 waren nach einer Uebersicht[1]) beschäftigt in der eigentlichen Kannenbäckerei 64 Kannenbäcker mit 282 Hilfskräften, in der Feinsteinzeugindustrie 10 Fabrikanten mit 419 Hilfskräften, in der Krugbäckerei 125 Krugbäcker mit 328 Hilfskräften, dazu 25 Pfeifenbäcker mit 313 Hilfskräften. Diese Zahlen stellen aber nicht die Gesamtzahl aller in der Tonindustrie des Unterwesterwaldgebietes Beschäftigten dar; zu ihnen treten die im Tonbergbau tätigen Arbeiter, die durchschnittlich mehrere Hundert Leute ausmachten. Im Jahre 1901 waren es z. B. 680, 1910: 936 Arbeiter, die in den beiden Bergrevierämtern unseres Gebietes (Diez und Dillenburg) im Tonbergbau in 69 bezw. 77 Gruben arbeiteten und 262 bezw. 408 900 Tonnen Ton im Werte von 750 bezw. 1 302 000 Mark förderten.[2])

---

[1]) Zais und Richter, ebenda S. 387.

[2]) Handelskammerberichte Limburg a. L.

Die Zeit nach 1890 und das Werden der Großindustrie.

Nach 1890 erst kam die größte Wandlung in den Wirtschaftsverhältnissen unseres Gebietes durch den Einbruch der Großindustrie. Erst sie nimmt wirklich sichtbar Einfluß auf die gesamte Bevölkerungsentwicklung, schafft die fehlenden Erwerbsgelegenheiten und bringt neues Leben in den Gang der Bevölkerungsentwicklung, was die lebhafte und stark sich entwickelnde Feinzeugindustrie mit ihrem bedeutenden Export bis dahin in dem Maße nicht vermocht hatte. Gewiß hatte diese schon Einfluß genommen, die außergewöhnlich hohe Abwanderung der früheren Jahrzehnte eingedämmt, aber ganz verhindern konnte sie dieselbe doch nicht. Dies vermochte erst die Arbeit in größerem Maße schaffende Großindustrie. Es war das Jahr 1891, das die wirkliche Großindustrie und damit reichere Erwerbsgelegenheit durch die Fabrik für „feuer- und säurefeste Produkte" in Wirges brachte. Bedingt war diese Niederlassung eines großindustriellen Unternehmens wesentlich durch zwei Tatsachen; einmal durch den Bau der Westerwaldbahn in den Jahren 1881—83 und durch das Vorhandensein großer fast unerschöpflicher Tonlager, insbesondere von geeigneten Rohstoffen für die Herstellung feuer- und säurefester Produkte. Dies letztere war ein großer Vorzug und Vorteil, daß die Industrie sich ganz auf den Bodenschätzen ihres Standortes aufbauen konnte; dadurch gewann sie die große Bedeutung für unser Gebiet, die ihr an sich schon als Hilfsindustrie der Eisen- und Stahlfabrikation, sowie der Metall- und Glasindustrie zukam. Gar bald suchte denn auch die Schwerindustrie dieser wichtigen und notwendigen Rohstoffe habhaft zu werden und sich von ihnen unabhängig zu machen; sie erwarb und übernahm selbständig Betriebe und Tongruben in vertikaler Betriebsorganisation, welche die Produkte der einen Industrie zu Rohstoffen der anderen werden ließ, was natürlich große Ersparnisse und Gewinne für die Industrie zur Folge hatte. So übernahm die A. G. für Glasindustrie vorm. Fr. Siemens Dresden 1902 die schon erwähnten 1891—1893 von der „Fabrik für feuer- und säurefeste Produkte" geschaffenen Anlagen in Wirges und richtete sie neu ein. Ebenso haben die Vereinigten Stahlwerke A. G. in unserem Gebiete Tongruben erworben und besitzen ein eigenes Chamottewerk, das den Ruhrkonzern versorgt.[1]) Diese Tatsachen sind von außerordentlich großer Bedeutung, weil durch die Verbindung der feuerfesten Industie mit der Schwerindustrie (Eisen, Stahl, Glas) erstere in ihrer Bedeutung gestärkt, sodann aber auch von der Konjunktur der letzteren abhängig wurde, was in den Nachkriegsjahren oft sehr bedeutungsvoll war für die Arbeitsverhältnisse. Jedes dieser Werke beschäftigt mehrere Hundert Arbeiter, insgesamt haben über tausend Arbeiter in dieser Industrie ihr Brot.

Diese Entwicklung kam allerdings erst nach dem Jahre 1895, vorher waren nur zwei großindustrielle Betriebe entstanden, die Fabrik für feuer- und säurefeste Produkte in Wirges (1891),

[1]) Schwaderlapp, Tonbergbau und keramische Industrie im Westerwald. Diss. Innsbruck 1926, S. 190ff.

die sich sehr rasch erweiterte, 1895 insgesamt 300, 1897 bereits 995 Arbeiter beschäftigte. Ihr folgt die Mosaik- und Plattenfabrik in Ransbach (1894) mit durchschnittlich 200 Arbeitern im Winter und 300 im Sommer. Diese beiden Industrieorte bilden mit Hoehr-Grenzhausen die Hauptindustriezentren des Kreises und haben im wesentlichen an dem Aufschwung des Kreises 1895 bis 1900 teilgenommen. Wirges vor allem mit seinen Großunternehmungen und den eigens gebauten 2—300 Arbeiterwohnungen hat zu dem starken Wachstum der Bevölkerung des U.w.Kr. beigetragen; es allein hatte damals eine tatsächliche Zunahme von 2728 Personen gegenüber 50 und 451 in den vorhergehenden Zeitabschnitten, was deutlichst den Einfluß der großindustriellen Unternehmungen offenbart. Die Gesamtzunahme des Kreises betrug in der gleichen Zeit 6006 Personen, so daß auf Wirges fast die Hälfte des gesamten Bevölkerungswachstums entfällt. Zu den oben genannten Unternehmungen kamen noch mehrere hinzu zur Vermehrung der Erwerbsgelegenheiten, von denen die bedeutendsten sind die „Vereinigten Stahlwerke A. G. Steinfabrik Wirges", „Rhein. Chamotte- und Dinaswerke, Siershahn", und „Industrie G. m. b. H. Koblenz, Werk Grenzhausen", alles Betriebe die durchweg 2—300 Arbeiter beschäftigen. Ihre Bedeutung zeigen einige Produktions-, Beschäftigungs- und Versandziffern an aus jüngster Zeit:

Vereinigte Stahlwerke.[1])

	1925	1926
Versand von Cham.	15 281 To.	12 402 To.
Versand von Silikast.	5 313 To.	4 341 To.
Beschäftigte Arbeiter	272	148

„Industrie Grenzhausen."

	1921	1922	1923[2])	1925
Versand von ff. St.	18 211 To.	23 633 To.	14 703 To.	18 718 To.
Arbeiter	215	230	143	218

Zusammen produzierten diese Werke der ff. Industrie Fertig- und Halbfabrikate in einem Umfang von etwa 300 000 Tonnen jährlich (400 Güterzüge zu je 100 Achsen), benötigten aber auch 80 Güterzüge mit Brennstoffen[3]).

Eng verbunden mit der ff. Industrie in Wirges ist die schon erwähnte Glasindustrie. Sie kam auf den Westerwald mit dem Jahre 1902 als Abteilung des großen Unternehmens Siemens Glasindustrie A.G. Dresden. Diese Gründung war doppelt bedeutungsvoll für die Erwerbswirtschaft unseres Gebietes, einmal insofern, als sie ganz neue Arbeitsmöglichkeiten für die Bevölkerung schuf, 5—600 Arbeiter als Glasbläser beschäftigte, dann aber, weil mit ihr einer alten, festeingesessenen Industrie, der Krugindustrie, nahezu der Todesstoß versetzt wurde und damit viele Krugbäcker Verdienst und Arbeit verloren. Die Glasindustrie übernahm nämlich in der Hauptsache Flaschenproduktion (alljährlich wurden

[1]) Schwaderlapp, ebenda S. 191.
[2]) Rückgang infolge des Ruhrkampfes (Regiebahnen).
[3]) Nassauische Blätter, 1929, 11.

anfangs 20 Millionen Flaschen hergestellt, später durch die Ausschaltung der Handarbeit des Glasbläsers und die Herstellung mittels der sog. Owensmaschinen 50 000 Stück arbeitstäglich); da sie ihren Absatz auch im Gebiete suchte, wurde sie die Todfeindin und Konkurrentin der Krugindustrie, die von jeher die in unserem Gebiete zahlreichen Brunnen (N.-Selters, Bad Ems, Fachingen) mit Krügen belieferte, in denen Mineralwasser zum Versand kam. Die Lage der Krugindustrie gestaltete sich noch schwieriger, als 1894 die staatlichen Brunnen von Niederselters, Fachingen und Ems von der Siemens Glasindustrie A. G. Dresden in Pacht genommen worden waren. Zunächst blieb eine gewisse Abnahmeziffer seitens der Brunnenverwaltung den Krugbäckern zugestanden, aber späterhin befreite sich die Brunnenpächterin immer mehr von dieser Verpflichtung zum großen Nachteil der alten Krugindustrie. Neuerdings soll nach einer Mitteilung des Preußischen Landwirtschaftsministers der Versand des Mineralwassers wieder in den bekannten Steinkrügen erfolgen, ob aber damit dieser Industrie viel geholfen sein wird, läßt sich schwer sagen, da die Flasche sich heute größter Beliebtheit erfreut und der Verkauf des Mineralwassers in Krügen sich schwerlich durchsetzen wird.

Unter dem starken Vordrängen der Großindustrie trat die ältere Tonindustrie naturgemäß an Bedeutung zurück aus dem einfachen Grunde, weil sie aus ihrer Struktur heraus nur in beschränktem Maße der erwerbsuchenden Bevölkerung dienen konnte, vor allem war dies der Fall bei der obengenannten Krugbäckerei, der die Konkurrenz der Flasche größere Weiterentwicklung versagte; die übrigen Zweige der alten Kannenbäckerindustrie hielten sich auch im 20. Jahrhundert auf gewisser Höhe, vor allem die Feinsteinzeugindustrie, deren Jahresproduktion bei guter Konjunktur durchweg auf 1 Million Mark geschätzt wird. Besonders geartet waren für diese Industrien natürlich die Kriegsjahre, in denen sie sich zum Teil vollständig umstellten, dabei aber gute Gewinne machen konnten; ihr Rückgang war natürlich erkennbar groß, vor allem wegen der fehlenden qualitativen Arbeitskräfte. Nur langsam lebte nach 1918 die alte Industrie wieder auf, zugleich mit ihr die Industriezweige, die vor dem Kriege erst größere Bedeutung erlangt hatten, wie z. B. die Terrakottafabrikation, die ausgezeichnete Rohstoffe im Westerwalde fand und jährlich 36 (1919—1923) bezw. 23 (1924—26) Waggon Ware im Verkaufswert von 4000 bezw. 5000 Mark pro Waggon produzierte[1]). Ziemlich neu war dann nach dem Kriege die Herstellung von Kühl- und Verdunstgefäßen für Zentralheizung, die 1926 schon in 3 Hoehrer und 7 Ransbacher Fabriken über 100 Arbeiter beschäftigte und Produktionswerte von 200 000 Mark lieferte. Weiter ist zu erwähnen die Fabrikation elektrotechnischer Artikel (Isolierkörper) mit zwei Mittel- und einem Kleinbetrieb und 50 Arbeitern.[1]) Gerade diese Produktion hatte einen starken Absatz vor allem nach dem Auslande nach dem Kriege (Inflationsjahre).

---

[1]) Schwaderlapp, S. 143ff.

Für die gesamte Industrie kam mit dem Ruhreinbruch 1923 ein großer Umschwung (Regiebahnen), worauf schon bei den Versandziffern der „Industrie-Grenzhausen" hingewiesen wurde. Auch nach der Ueberwindung der schwierigen Zeit 1923 blieben die Absatzschwierigkeiten groß. Mit ihnen war selbstverständlich eine Einschränkung der Produktion und der Beschäftigungsziffern nötig. Doch war im allgemeinen bis 1926 die Zahl der Erwerbslosen in der Tonindustrie nie sehr groß im Vergleich zur allgemeinen Erwerbslosigkeit. Deutlich beweisen dies die Zahlen der Erwerbslosen in den Jahren 1924—26; dabei ergibt sich die Feststellung, daß die Erwerbslosenziffer allgemein im U. w. Kr. durch den Einfluß der Keramischen Industrie anders verläuft als sonst, sie sinkt gegen Ende des Jahres trotz des Zuströmens der Saisonarbeiter.

Erwerbslose im Unterwesterwaldkreis 1924—1926.

	1924	(Tonindustrie	1925	(Tonindustrie)	1926	(Tonindustrie)	Frauen u. Mädchen
Januar	6922	645	665	5	3441	467	54
Februar	4556	204	471	4	3170	399	135
März	1835	54	361	5	2976	410	159
April	1187	5	184	2	2886	400	155
Mai	403	4	79	4	2646	384	114
Juni	349	9	40	3	2636	376	128
Juli	417	12	79	5	2457	384	123
August	387	10	123	5	2302	376	111
September	341	8	382	12	1903	327	120
Oktober	250	5	621	42	1776	354	103
November	330	6	1385	123	1774	372	78
Dezember	716	7	2954	237	1743	—	77

Besonderes Interesse verdient noch die bescheidenste und kleinste Industrie unseres Gebietes, die Pfeifenbäckerei, die sich in der Hauptsache auf die Orte Hoehr, Hilgert und Baumbach verteilt; Hilgert, ein Ort von nahezu 700 Einwohnern, ist geradezu zum Heimarbeiterdorf durch sie geworden; seine Erwerbswirtschaft und wirtschaftliche Lage hängt ganz wesentlich von ihr ab, da fast alle Haushaltungen des Ortes in ihr irgendwie beschäftigt sind. Gearbeitet wird — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — für die Fabriken und Kaufleute in Hoehr und Baumbach und zwar in der Weise, daß diese Firmen ihre eingehenden Aufträge in Hilgert selbständig ausführen lassen. Der Pfeifenbäcker führt sie aus mit seinen Familienangehörigen (fast in jedem Hause trifft man die sog. Pfeifenstube). Ist die Familie zu klein, so werden Zuarbeiterinnen aus anderen Familien hinzugezogen. Selten ist das Indienststellen eines Hilfsarbeiters, der nicht zur Familie gehört, da die Verdienstspanne zu gering ist. Die Preisbildung unterliegt der freien Vereinbarung zwischen dem Hoehrer Kaufmann und Pfeifenbäcker und hängt ab von der Größe und Form der Pfeife und natürlich von der jeweiligen Konjunktur und Nachfrage. (Schlechte Konjunktur macht die von dem Kaufmann abhängigen Pfeifenbäcker vielfach beschäf-

tigungslos, da die Hoehrer Kaufleute zunächst ihre eigenen Fabriken beschäftigen und nur bei gutem Geschäftsgange Aufträge weitergeben). Durchschnittlich werden für fertige Pfeifen 4—5 Mark pro Tausend bezahlt. Der Tagesverdienst eines fleißigen Pfeifenmachers beträgt ungefähr 4 Mark, der der Zuarbeiterin bei stundenweiser Beschäftigung 1—2 Mark. Frauen und Mädchen, die mit der maschinenmäßigen Herstellung der Pfeifen und Tonspielwaren beschäftigt sind, verdienen 3 Mark bei gutem Fleiße. Die Lage der Heimindustrie ist somit nicht sehr günstig, nur dadurch wird sie erträglich, daß alle Familienmitglieder mithelfen und jede Familie eine kleine Landwirtschaft hat, die ihr wirtschaftlichen Rückhalt bietet. Diesem Umstand ist es zu verdanken, daß Zeiten großer Absatzschwierigkeiten sich hier nie ganz graß auswirken, wie dies da der Fall ist, wo die gesamte Erwerbswirtschaft eines Gebietes auf einen bestimmten Industriezweig angewiesen ist. Gewiß sind die Lebensverhältnisse der Bevölkerung nicht gut in schwierigen Zeiten, sie sind es ja dann kaum, wenn gute Konjunktur gegeben ist und alle Pfeifenstuben arbeiten, aber Heimarbeiternot ist nicht anzutreffen, davor bewahrt und schützt sie der kleine landwirtschaftliche Besitz und der landwirtschaftliche Sinn der Bevölkerung, der an Einfachheit der Lebensführung gewöhnt anspruchslos und sparsam ist.

Lebendig und äußerst mannigfaltig war die industrielle Tätigkeit der Unterwesterwaldbevölkerung von dem Augenblicke an, seitdem man von einer solchen auf dem Westerwalde sprechen kann; mehr und mehr wurde sie gesteigert mit jedem Grade der Entwicklung zur höheren Industrie hin, was ganz dem Wesen und Wollen der Gebirgsbevölkerung entsprach, die mit zähem Fleiß und Ausdauer jedmögliche Erwerbsquelle zu erschließen und zu nützen verstand. Schon frühzeitig schuf man vor allem im Industrieorte Hoehr der keramischen Industrie nachgeordnete Fabrikationen bezw. Konkurrenzproduktionen; so z. B. entstanden in Hoehr neben den keramischen Betrieben Zinngießereien, welche die Erzeugnisse der Steinzeugindustrie direkt gebrauchsfähig machten durch Anfügen der Deckel und des notwendigen Zubehörs, weiterhin Korkfabriken, Holzpfeifen- und Tabakfabriken neben der Tonpfeifenerzeugung; all diese Produktionen erhöhten und mehrten das Erwerbsleben der Westerwaldbevölkerung, wenn nicht in reichstem, so doch in beachtenswertem Maße.

Ganz natürlich nach ihrer historischen Entwicklung ist die Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit der Betriebsformen; für das Erwerbsleben der Bevölkerung sind diese überaus bedeutsam, da von ihnen der Grad der Beschäftigungs- und Erwerbsmöglichkeiten abhängt. Alle Betriebsformen sind sozusagen vertreten — von der einfachsten des Handwerks, der Heim- und Hausindustrie bis zum Fabrik- und Großbetrieb — doch bildet die Besonderheit der ländlich-landwirtschaftlichen Industrie bisweilen Formen heraus, auf welche die allgemeinen Kennzeichen der Betriebsformen (insbesondere von Handwerk und Fabrik) schwerlich zutreffen. Es ist schwer, die Uebergänge richtig zu erkennen, oft sind, vor allem bei der eigentlichen Kannen- und Krugbäckerei, typische Kennzeichen des Handwerks mit typischen Merkmalen

des Mittel- und Großbetriebes (wie Massenproduktion für den Markt, Absatzorganisation, Abhängigkeit von der Konjunktur) vereinigt. Begrifflich bestimmt läßt sich bei der älteren Industrie nur von der Röhren- und Feinsteinzeugindustrie sagen, daß sie Mittel- und Großbetriebe teilweise aufweist — die neuentstandenen Industrien (ff. Industrie und Glasindustrie) haben meist Großbetriebe. Es läßt sich daher auch nicht genau bestimmen, wie sich prozentual die einzelnen Betriebsformen für das Industriegebiet des U. w. Kr. verteilen. Nach einer Aufstellung [1]) gab es im Jahre 1927 in der Grobkeramik (ff. und Steinzeug-Röhrenindustrie) 7 Großbetriebe (über 50 Arbeiter) mit 1163 Arbeitern (101 Arbeiterinnen), 4 Betriebe (über 5 Arbeiter) mit zusammen 91 Arbeitern, in der Feinkeramik (Steinzeug — Töpfereien — Wandplatten) 6 Großbetriebe mit 502 Arbeitern und 63 Mittelbetriebe mit zusammen 818 Arbeitern; auf die gesamte „Industrie der Steine und Erden" entfielen dagegen 76 Kleinbetriebe mit 154 Arbeitern. Prozentual wären damit die Großbetriebe mit 8,4, die Mittelbetriebe mit 42,9 und die Kleinbetriebe mit 48,7 pro Hundert an der grob- und feinkeramischen Industrie beteiligt; Groß- und Mittelbetriebe überwiegen den Kleinbetrieb, eine günstige Erscheinung für die Erwerbstätigkeit des Gebietes, weil mit der Größe der Betriebe die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung zunimmt. Alle Betriebe der Tonindustrie zusammen genommen beschäftigten 1925 über dreitausend Menschen; zu ihnen kommt noch die im Tonbergbau tätige Bevölkerung, so daß die gesamte Tonindustrie einem großen Teil der Kreiseinwohner Erwerb und damit Lebensunterhalt gibt; für einen Westerwaldkreis mit 50 000 Einwohnern eine sehr ansehnliche Industrie! Sie steht zweifellos im Mittelpunkt der gesamten industriellen Tätigkeit des Kreises; von Bedeutung sind neben ihr lediglich die Glasindustrie mit durchschnittlich 400 Arbeitsplätzen, einige Quarzit- und Basaltwerke (Herschbach) mit mehreren Hundert Arbeitern und drei Metallfabriken mit 2—300 Beschäftigten im Durchschnitt. Letztere treten aber vollkommen vor der Tonindustrie in den Hintergrund und haben, abgesehen von der Glasindustrie, keinen großen Einfluß auf die Bevölkerungsentwicklung gehabt.

Arbeiter und Arbeitsverhältnisse.

Will man die Bedeutung und den Einfluß eines Wirtschaftszweiges auf die Entwicklung der Bevölkerung recht verstehen, so ist notwendig eine Betrachtung der Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen, die jeweils dieser Wirtschaftszweig der Bevölkerung bietet. Auch nicht die industrielle Tätigkeit schlechthin ist es ja, welche die Bevölkerungsbewegung beeinflußt und Veränderungen unterwirft, sondern die Arbeitsverhältnisse der Industrie, die Arbeitsbedingungen, die sie stellt, sind mithin maßgebend für die günstige oder ungünstige Entwicklung der Bevölkerung (gute Arbeitsverhältnisse und günstige Löhne etwa ziehen die Arbeitsuchenden an, schlechtere stoßen sie ab und drängen sie nach Industriegebieten, die höhere Löhne zahlen und bessere Arbeitsbedingungen bieten). Dies war der Fall in der Zeit des

[1]) Gewerbeaufs. Amt Limburg a./L.

Aufschwungs im rheinisch-westfälischen Industriezentrum; große Arbeitermassen wurden — auch aus unserem Gebiete — von dort angezogen, weil dort höhere Löhne und bessere Arbeitsverhältnisse zu finden waren. Die großen Abwanderungen aus unserem Gebiete in den 80/90er Jahren sind daher nicht allein von der Seite der fehlenden Erwerbsgelegenheit begründet gewesen, sondern auch durch die Arbeitsbedingungen veranlaßt worden. Vor allem verlor die Landwirtschaft die ihr notwendigen Arbeitskräfte damals, weil sie die besseren Löhne der Industrie nicht zahlen konnte. Dies geht hervor aus einem Bericht der Handelskammer Limburg, in dem es heißt: „Die natürlichen Verhältnisse haben die Arbeitslöhne auf eine Höhe gebracht, daß die Landleute dieses Verhältnis als drückenden Mißstand beklagen, indem die Preise der Erträge der Landwirtschaft nicht Löhne gestatten, wie solche den Arbeitern von den Industriellen geboten werden und zwar bei weit geringerer Arbeitszeit, wie solche bei den ländlichen Arbeitern gebräuchlich sind." Die Arbeitsverhältnisse der Tonindustrie nehmen gemäß ihrer geschichtlichen Entwicklung besondere Regelung für sich in Anspruch. Es wurde gesagt, daß die industrielle Entwicklung des Kreises in den 90er Jahren in der Hauptsache aus einem alteingesessenen und in mannigfachen Formen gepflegten Gewerbe, das man zumeist als Neben- und Zusatzbeschäftigung der Landwirtschaft ansehen konnte, hervorging. Eine eigentliche Industriearbeiterschaft und Arbeiterbevölkerung brauchte sich daher vor dem Jahre 1890 nicht zu entwickeln, ihr fehlten die Voraussetzungen, die den Industriearbeiter als solchen kennzeichnen: der Nichtbesitz von Haus und Feld, das vollkommene Abhängigsein vom Lohn des Arbeitgebers. In unserem Gebiete hatten bis in die 90er Jahre fast alle in der Tonindustrie beschäftigten Arbeiter ihr Stück Land, das von Frau und Kindern und vom Industriearbeiter selbst nach Arbeitsschluß bewirtschaftet wurde. In vielen Fällen ist dieser Zustand, den man nicht als ungünstig anzusehen braucht — im Gegensatz zu den Verhältnissen anderer Westerwaldkreise, die Maurerwanderungen haben, wo das Familienhaupt in Westfalen arbeitet, und die zurückbleibende Frau mit den Kindern den landwirtschaftlichen Betrieb führt — in die neuere Zeit übernommen worden. In der Zeit 1905 bis 1910 gab es im Unterwesterwaldkreise unter 10 101 Haushaltungen [1]) 3476, die als Arbeiterfamilien angesprochen wurden, von diesen aber war die größere Anzahl, nämlich 2051 oder 59% im Besitz von Haus, Feld und Vieh, während 1425 Haushaltungen Arbeiterfamilien waren, die zur Miete wohnten und überhaupt kein Land oder nur unbedeutende Parzellen zu Eigentum besaßen. In der größten Zahl (959) entfielen sie natürlich auf die größeren Industrieorte, Wirges (357), Hoehr (305), Grenzhausen und Ransbach (70). In Wirges vor allem ist wohl am ausgeprägtesten neben Hoehr, Grenzhausen reine Industriearbeiterschaft ansässig geworden durch die Großindustrie nach 1890, es war ja auch der Industrieort, der für ausländische Facharbeiter (Glasbläser aus Böhmen) um die Wende des Jahrhunderts Anziehungspunkt war. Im Jahre 1926 sind die Verhältnisse so, daß in Siershahn und

[1]) Verwaltungsbericht 1910.

Hillscheid alle, in Wirges und Ransbach noch stark 50% aller Arbeiter Land besitzen, nur die Produktionszentren Hoehr, Grenzhausen haben nur 5 bezw. 10% Arbeiterschaft mit Parzellenbesitz.[1]) Hieraus ergibt sich von selbst der Schluß, daß die Arbeiterschaft unseres Gebietes aus der einheimischen Bevölkerung sich gebildet hat; die Entwicklung zum mittleren und größeren Betrieb hin in der keramischen Industrie brachte es mit sich, daß die Zahl der selbständigen kleinen Meister sich auf die Dauer den Betrieben mit technischen Hilfseinrichtungen und Maschinen gegenüber nicht behaupten konnte, und so wurden sie im größeren Betriebe Lohnarbeiter. Auch die verbesserte Technik begünstigte die Bildung der Arbeiterschaft, sie brachte einfachere Arbeitsverrichtungen und ließ leicht die erwerbsuchende Landbevölkerung in die Industrie einströmen.

Die Arbeiterschaft ist somit fast vollständig einheimisch und rekrutiert sich höchstens aus den nächstgelegenen Orten; Beweis hierfür bietet die Fabrik für feuerfeste Produkte Wirges für das Jahr 1897, wo von ihren 995 Arbeitern 46,8% am Orte selbst, 37,4% in einer Entfernung von 2—8 km vom Fabrikorte und 13,5% in der Entfernung von 15 km ansässig waren.[2]) Nicht aber machte die Bodenständigkeit der Arbeiterschaft, die auch dadurch begründet war, daß fast jeder verheiratete Arbeiter ein eigenes Anwesen besitzt, den Wechsel von Betrieb zu Betrieb unmöglich. Letzteres war in der Vorkriegszeit oft der Fall infolge der vielfach verschiedenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Tonbergbaues und der keramischen Industrie. Nicht einmal innerhalb derselben Industrieorte herrschte einheitliche Regelung der Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Lohnhöhe). Die Arbeitszeit zunächst war bei der alten Industrie ganz ungeregelt, man arbeitete je nach Zeit und Möglichkeit; eine gewisse Stundenzahl (10) war die Regel, aber man arbeitete in der Tat unbegrenzte Zeit, je nachdem guter oder schlechter Geschäftsgang es gebot. In den nach den 80er Jahren aufkommenden Mittel- und Großbetrieben war es nicht anders, das Tarifvertragswesen war bis zum Weltkrieg in der Westerwälder Industrie nur wenig ausgebildet, die Arbeitsordnung setzte der Unternehmer damals allein fest und er bestimmte daher auch die Arbeitszeit, die meist zehn Stunden betragen sollte, in Wirklichkeit aber von Konjunktur und Absatz bestimmt wurde. Anders wurde dies natürlich nach 1918, als der Tarifvertrag auch in unserer Industrie sich durchsetzte. Durch ihn wurden die Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Arbeitslöhne vor allem geregelt. Die Lohnhöhe war verschieden in den einzelnen Zweigen der Tonindustrie, verschieden in den einzelnen Betrieben — im Tonbergbau z. B. war sie anders beim Schacht-, anders beim Tagbau — verschieden in den einzelnen Orten. Allgemein kann man sagen, daß der Akkordlohn vorherrschte; durchschnittlich betrug vor dem Kriege der Taglohn eines Arbeiters in der Tonindustrie 3—4 Mark, 20—25 Mark in der Woche, wozu dann noch in manchen Fällen Prämien für besonders gute und schwierige Arbeit (Brenner z. B. erhielten in den Chamottewerken Hitzezulagen von 1,— Mark pro

[1]) Schwad. ebenda S. 223.
[2]) Schriften des Vereins f. Sozialpolitik, 77/78, 2. Bd., 1898, S. 254/55.

Tag) kamen. Der Verdienst war nicht sehr groß, aber er reichte aus für die Bevölkerung, die meist aus landwirtschaftlichem Besitz Nebeneinkommen bezog, und war im Verhältnis zu anderen Industrien wohl günstig. Nach dem Kriege erfolgte auch für die Westerwaldindustrie die Regelung der Arbeitsbedingungen durch tarifliche Vereinbarungen, vor allem in der Feinsteinzeug- und Chamotteindustrie. Von besonderer Wichtigkeit war dabei neben der Einführung der 8stündigen Arbeitszeit die Bestimmungen über die Lohnhöhe, die Bezahlung von Ueberstunden und Akkordarbeit. Ihnen zufolge sollte Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50%, Ueberstunden allgemein mit 25% Zuschlag bezahlt werden. Die Möglichkeit der Abänderung dieser Bestimmungen wurde offengehalten, späterhin haben tatsächlich die Arbeiter ohne Ueberstundenzahlung bis zu 56 Stunden arbeiten müssen, weil die Wirtschaftslage es erforderte. Die Akkordarbeit, die in den verschiedenen Zweigen der keramischen Industrie großen Umfang einnimmt, wurde dahin bestimmt, daß allgemein für sie mindestens 20% Zuschlag auf den vereinbarten Tariflohn bezahlt wurden, eine gleichmäßige Akkordfestsetzung war nicht möglich und so blieb sie in den einzelnen Bezirken den beteiligten Organisationen überlassen; ihre Festsetzung geschah nach dem tariflich festgelegten Zeitlohn und der für die ausgeführte Arbeit angenommenen normalen Zeitdauer.

Wie gesagt, stand der Zeitlohn in seiner Bedeutung hinter dem Akkordlohn zurück, doch ist seine Betrachtung wichtig, weil der Akkord nach ihm berechnet wird. Eine kleine Uebersicht über die Lohnbewegung der wichtigsten Erwerbszweige unseres Gebietes bietet die folgende Tabelle:

	30. 12. 24	31. 6. 25	31. 12. 25
	RM.	RM.	RM.
Tonbergbau und keram. Industrie			
Hilfsarbeiter (über 20 Jahre)	0,46	0,51	0,53
Angel. Arbeiter (über 20 Jahre)	0,49	0,54	0,56
Facharbeiter (über 24 Jahre)	0,57	0,63	0,65
Industrie der Steine und Erden			
Hilfsarbeiter	0,42	0,52	0,58
Angel. Arbeiter	0,48	0,60	0,67
Facharbeiter	0,44 – 0,47	0,54 – 0,57	0,60 – 0,68
Baugewerbe			
Hilfsarbeiter	0,54 – 0,58	0,80 – 0,84	0,76 – 0,80
Facharbeiter	0,64 – 0,68	0,93 0,97	0,93 – 0,95

Im Baugewerbe, dem eigentlichen Saisongewerbe, sind natürlicherweise auch auf dem ländlichen Westerwalde die Löhne am höchsten, mit am niedrigsten waren sie in der keramischen Industrie und dem Tonbergbau, doch zeigt sich auch hier im Jahre 1925 eine Aufwärtsbewegung an; zu bedenken ist ja, daß in dieser Industrie im wesentlichen Akkordarbeit geleistet, diese aber mindestens mit 20% Zuschlag auf den Tariflohn bezahlt wird, so daß sich die Löhne (Akkord umgerechnet auf den Zeit-

lohn) wesentlich höher bemessen. Im Vergleich zur Vorkriegszeit sind die Löhne in unserem Kreise wesentlich gestiegen. Der Durchschnittslohn eines Tongrubenarbeiters betrug z. B. 1913 im Bergreviere Diez gegen 4 Mark, 1924 4,83 RM, 1925 aber 5,67 RM, ebenso stiegen die Löhne bei den übrigen Industriezweigen. Der Durchschnittstagesverdienst in der Glasindustrie betrug:

	1913 RM	1915 RM	1917 RM	1918 RM
Glasmacher	6,74	6,58	9,91	10,62
angel. Arbeiter	5,36	5,28	8,45	9,95
ungel. Arbeiter	4,87	4,80	7,70	8,40
Jugendliche	1,88	2,33	2,94	3,42
Allg. Durchschn.	3,94	4,05	5,86	6,75

Besondere Regelung und Staffelung erfuhren jeweils die Löhne für Jugendliche, Frauen und Mädchen. Vor dem Kriege waren diese sehr niedrig und meist von der Festsetzung des einzelnen Unternehmers abhängig. Nach 1918 wurden auch für diese Erwerbstätigen tarifliche Vereinbarungen getroffen, so 1925 in der Feinsteinzeugindustrie, in der der ungelernte Arbeiter über 20 Jahre 0,58, der über 19 J. 0,52, der über 18 J. 0,44, der über 17 J. 0,35, der über 16 J. 0,28 und der angelernte Arbeiter über 20 Jahre 0,61 RM erhielt.[1]) Die Zahl der Arbeiterinnen war in unserem Gebiete jeweils recht groß und größer als diejenige der benachbarten Bezirke. Dies hängt natürlich zusammen mit der Eigenart der Tonindustrie, die (vor allem in ihren Zweigen Feinsteinzeug-, Pfeifen- und Mosaik- und Plattenfabrikation) für Frauen und Mädchen Beschäftigung geben kann. Es betrug die Zahl der Arbeiterinnen im U.w.Kr. und zwei Nachbarkreisen in den Jahren:

Kreise	1901	1903	1905	1907	1908[2])
U. W. Kr.	330	351	407	404	412
Limburg	242	224	171	222	206
Unterlahn	67	92	99	95	150

Nach 1910 stieg ihre Zahl von Jahr zu Jahr, 1913 waren 532, 1918 930, 1922 813, 1925 1036 Frauen und Mädchen in der Industrie des Kreises beschäftigt; für die Kriegsverhältnisse ist die hohe Erwerbstätigkeit der Frauen ohne weiteres verständlich, sie war notwendige Folge der fehlenden männlichen Arbeitskraft; für die Zeit nach 1918 aber sprechen die hohen weiblichen Erwerbstätigenziffern deutlich von der wirtschaftlichen Not, die alle Kräfte der Familie sich regen und alle Hände zum Erwerbe drängen läßt. Die meisten Arbeiterinnen nimmt die Feinsteinzeugindustrie auf (fast ⅔ aller Arbeiterinnen entfallen auf sie), da-

[1]) Schwaderlapp, ebenda, S. 234.

[2]) Zusammengestellt nach den Akten der Gewerbeinspektion Limburg a. d. L.

neben sind es die Mosaik- und Platten- und die Glasindustrie, die schon 1901—1908 durchschnittlich im Betriebe 40—50 Frauen Arbeitsplätze geben. Es sind die leichteren Arbeiten in diesen Betrieben, die den Frauen zufallen und für die eine männliche Arbeitskraft zu teuer wäre.

Die Löhne für die weiblichen Arbeitskräfte sind natürlich bedeutend niedriger als die der Arbeiter; vor allem vor dem Kriege war die Frauenarbeit im Gebiete nicht hinreichend bezahlt, 1—2 Mark konnte die tüchtige Arbeiterin durchschnittlich bei gutem Fleiß und Geschick verdienen; erst in der Kriegszeit, als die Mithilfe der Frauen unentbehrlich wurde, und nach 1918 kam mit der allgemeinen Erhöhung der Löhne auch eine Höherbewertung der weiblichen Arbeit. Die Löhne wurden dahin geregelt, daß für die Arbeiterinnen jeweils 60% des allgemein geltenden Tarifes festgesetzt wurden (Feinsteinzeugindustrie). Mit dieser Erwerbstätigkeit bot sich der weiblichen Bevölkerung reiche Verdienstmöglichkeit, die vor jeder anderen, vor allem derjenigen in der Hauswirtschaft, materielle Vorteile aufwies; nicht umsonst finden wir daher eine so hohe Zahl in der Industrie beschäftigte Arbeiterinnen vor, es sind in der Hauptsache Mädchen, nur einen kleinen Prozent stellen ältere Frauen.

Die industrielle Entwicklung des Kreises wurde somit Ursache eines sehr rührigen Erwerbs- und besseren Wirtschaftslebens; eine arbeitsfreudige, schaffensfrohe Bevölkerung, die nicht mehr allein auf den dürftigen Ertrag des landwirtschaftlichen Bodens angewiesen war, hat sie zunächst werden lassen, daneben aber auch die übrigen Wirtschaftszweige belebt und zur Höherentwicklung geführt. Im Wirtschaftsleben greift ja ein Glied ins andere und verbindet sich mit dem anderen zur wertschaffenden Einheit für die gesamte Bevölkerung. Im Westerwaldgebiet hat die Entwicklung zur Industrie hin anregend und fördernd auf jegliches Erwerbsleben eingewirkt. Erkenntlich tritt dies auch zu Tage bei der Erwerbsgruppe Handel und Verkehr, deren Bedeutung für die Bevölkerung noch kurz überprüft werden soll.

d) Handel und Verkehr und ihre Bedeutung für die Bevölkerung.

Dem Charakter des ländlichen Gebietes allgemein entsprechend war Gruppe C der großen Wirtschaftszweige nicht von größter Bedeutung im Wirtschaftsleben des Kreises. Dies tritt hervor, wenn man den prozentualen Anteil dieser Gruppe an der Erwerbstätigenziffer errechnet. 1895 stellte sie nur 6,4% der Zahl der Haupterwerbstätigen, 1925 7,8%.[1]) Ihre Anteilnahme steigt allerdings mit dem Ausmaße der Entwicklung zur Industrie hin mit dem Jahre 1907; die Zählung dieses Jahres brachte eine Steigerung der Handelsbetriebe von 976 (davon 694 Hauptbetriebe) im Jahre 1895 auf 1385 Betriebe (davon 1161 Hauptbetriebe) mit 1588 Gewerbetätigen (1895: 1067 Gewerbetätige). Für 1925 waren die entsprechenden Zahlen 1204 Betriebe und 2157 Gewerbetätige. Im Allgemeinen ist der Handel unseres Gebietes Kleinhandel, was

[1]) Allgemein Erwerbstätige.

eine Analyse der Berufsgruppe C nach der Zählung 1925 erkennbar klarlegte (vergl. Tabelle S. 53). Darauf deuten die hohen Ziffern der selbständigen Gewerbetätigen (39,7%) und der mithelfenden Familienangehörigen (14,8%) sehr wirkungsvoll hin. Andererseits kommt in der verhältnismäßig geringen Prozentziffer der Familienfremden (45,5%) deutlich zum Ausdruck, daß es sich bei dieser Berufsabteilung meist um Kleingewerbetreibende handelt, die fremder Arbeitskräfte nicht bedürfen; in der Tat kommt dem Handel als Erwerbszweig im Westerwalde wenig Bedeutung zu, die vorhandenen Industrien haben zumeist Vertretungen in den Städten oder verkaufen direkt an Großabnehmer, — nur ein kleiner Prozent der Waren geht im Gebiet über den Handel an die Verbraucher — im übrigen aber ist mit der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch Eisenbahn und Kraftfahrzeug der Handel immer mehr auf die benachbarte Stadt verlegt worden. Was hiernach dem Handel des flachen Landes noch zu leisten übrig bleibt, vermag keinen starken Handelstand zu schaffen.

Nicht unberücksichtigt bleiben darf an dieser Stelle, daß in unserem Gebiete eine Form des Handels eine große Rolle spielte — auch heute hat sie noch geringe Bedeutung —, die man als Wander- oder Hausierhandel bezeichnete. Nicht in dem Sinne allein, daß innerhalb des Kreises und der nahegelegenen Gebiete der Hausierhandel mit Klein- und Kramwaren üblich war, sondern daß noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts von seiten der Bevölkerung — vor allem aus dem Gebiete des alten Amtes Selters, Ransbach, Sessenhausen — ein Hausiergroßhandel außerhalb des Kreises bis nach dem Ausland hin betrieben wurde. Holland und die Schweiz, Rußland und vor allem die norddeutschen Gebiete wissen zu berichten von den Landgängern des Westerwaldes, die Jahr für Jahr im Frühjahr zuwanderten und bis zum Herbste ihrem Gewerbe mit viel Fleiß und Geschick oblagen.[1]) Diese Bewegung (Landgängerei) geht auf Jahrhunderte zurück und ist entstanden in engster Verbindung mit der Tonindustrie; die Absatzfrage war es, die den alten „Meister" erstmalig mit seiner Ware auf den Wanderhandel gehen ließ, ihn löste später der „Kärner" und der „Reffträger" ab, ersterer für die weiteren Entfernungen (Landfahrten und Vertrieb), letzterer suchte in der Nachbarschaft die Tonwaren abzusetzen; später übernahm der berufsmäßige Händler und Grossist den Vertrieb. Unter diesen sind die Landgänger zu suchen, deren 1834 z. B. 800 allein in Holland ihrem Gewerbe oblagen; von der Zeit 1860 an konzentrierte sich der Handel mehr auf Preußen und die norddeutschen Gebiete, man beschränkte sich auch nicht mehr allein auf den Vertrieb der Tonwaren, sondern übernahm alle gutgehenden Gebrauchs- und Kramwaren. Noch 1897 werden in Hoehr 36 Waggons Kannenbäckerware angenommen, die an Grossisten gingen und zum größten Teil durch Hausierer an die Verbraucher kamen[2]).

Bis in die neuere Zeit war das Hausiergewerbe in unserem Kreise bedeutungsvoll für das Erwerbsleben der Bevölkerung, nur

[1]) Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 77/78, Bd. 2, 1898, S. 111.
[2]) Schriften des Vereins für Sozialpolitik, ebenda S. 114.

war es zuletzt nicht mehr veranlaßt durch die Absatzfrage der Tonindustrie, sondern bedingt durch die Wirtschaftsverhältnisse einer landarmen Kleinbauerngegend (das Amt Selters bildet den industriearmen Teil des Kreises); mit der Besserung der Wirtschaftsverhältnisse mußte dieses Erwerbsstreben zurückgehen und abnehmen, da nämlich, als die Industrie größere Erwerbsgelegenheiten in der Heimat selbst bot. Im Jahre 1896 werden noch folgende Zahlen für die Landgänger angegeben:

Amt	männlich			weiblich			im
	led.	verh.	zus.	led.	verh.	zus.	ganzen
Montabaur	15	24	39	19	8	27	66
Selters	29	72	101	40	60	100	201[1])

Gebrochen wurde die Landgängerbewegung mithin durch den Bau der Eisenbahn nach 1880, da nunmehr andere und leichtere Erwerbsgelegenheiten sich boten, die durch den besseren Verkehr erreicht werden konnten.

Schon des öfteren wurde von dem großen Einfluß gesprochen, den der Bau der Eisenbahnen für die Wirtschaft des Kreises gehabt hat. Ihr wichtigstes Verdienst war wohl und ihre unmittelbare Folge, daß das Großgewerbe auch auf dem Lande ausgedehntere Verbreitung fand, daß speziell in unserem Gebiete die stark landwirtschaftliche Industrie die Form der modernen Mittel- und Großbetriebe annahm. Bis zum Jahre 1884, in dem die erste Bahn durch unser Industriegebiet gebaut wurde (Limburg-Montabaur-Siershahn), war an eine größere Ausbeutung und Weiterentwicklung der Tonindustrie nicht zu denken, da der Versand der Rohstoffe und Fertigprodukte ganz auf das Fuhrwerk angewiesen war, was natürlich die Waren außerordentlich verteuerte (die Transportkosten machten ⅔ des Wertes zuweilen aus). Anders wurde dies mit der Inbetriebsetzung der Bahn 1884. An den gerade das Tongebiet des Kreises durchziehenden Schienenwegen konnten sich infolge verminderter Transportkosten sowie in Anbetracht des Vorteils leicht billigere ländliche Arbeitskräfte zu bekommen, Industriezweige entwickeln (Chamotte, Glasindustrie), für die es vordem an wesentlichen Vorbedingungen des Erfolges fehlte. Natürlich waren an den Orten, wo die Industrieunternehmungen sich niederließen, die übrigen Voraussetzungen für die Niederlassungen gegeben; für die Orte an der Bahnlinie Limburg—Siershahn im besonderen Maße, da die ausgiebigsten und besten Rohstofflager der Tonindustrie gerade an ihr gelegen sind. (Wirges, Siershahn) Die Verkehrsmöglichkeit, die durch die Eisenbahn geschaffen war, wurde Anstoßpunkt und Ursache eines neuen industriellen Lebens, damit aber auch zugleich einer rascheren, größeren Bevölkerungsentwicklung. Vor allem zeigten dies die Jahre 1895—1900, in denen die bekannte Zuwanderung eintreten konnte. Kennzeichnend für die Bedeutung des Eisenbahnverkehrs ist es, daß in unserem Kreise der größte Teil des Bevölkerungswachstums auf die an die Bahn

[1]) Schriften des Vereins für Sozialpolitik, ebenda S. 157.

angeschlossenen Gemeinden entfällt; vor allem deutlich in der Zeit 1895/1900. 12 an der Bahn gelegene Orte hatten in dieser Zeit ein Bevölkerungswachstum von annähernd 4000 Personen bei einer Gesamtzunahme des Kreises von 4638 Personen; auf die übrigen 64 nicht angeschlossenen Gemeinden entfiel nur ein ganz kleiner Teil der gesamten Zuwachsziffer. Bemerkt muß allerdings werden, daß es sich bei jenen 12 an die Bahn angeschlossenen Gemeinden zugleich um die Hauptindustrieorte des Kreises handelt. Nach dem Jahre 1900 kamen zu den bestehenden Verbindungen, von denen die Linie Limburg—Siershahn—Altenkirchen die wichtigste war, Eisenbahnlinien, die unserem Kreise die Verbindung nach dem Siegerlande vermittelten (Montabaur—Westerburg—Herborn. Auch neuerdings arbeitet man an der weiteren Erschließung des Kreises durch neue Bahnen; Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit vorausgesetzt, dürfte dieses Bestreben berechtigt sein, wenn seine Erfüllung zur Vermehrung der Erwerbsmöglichkeiten beizutragen vermag.

Schluß.

Die Geschichte der Bevölkerung des Unterwesterwaldes ist erfüllt von steten schweren Kämpfen um Erwerb und Nahrung. Es ist dies das harte Los einer jeden Gebirgsbevölkerung, der weder die Scholle noch der Fabrikraum der vorhandenen Industrie genügend Lebensraum zu bieten vermag im eignen Gebiete. Auf vielfache, ja fast sehr eigene Art bisweilen, wie sie nur der kluge Sinn der Bevölkerung erdenken und ihr Wagemut leisten konnte (Landgänger), haben sie es unternommen, Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen im eigenen Gebiet oder außerhalb zu suchen, um dem heimatlichen Boden treu bleiben zu können. Die Zahl derer, welche die Not, der fehlende Wohn- und Existenzraum zur Abwanderung zwang, war allzeit groß genug. Sie konnte endgültig auch nicht durch den Aufschwung der Industrie verhindert werden. In den 90er Jahren erwuchs die Großindustrie im Kreise und unterbrach zum ersten Male die Kette des alljährlichen Verlustes an arbeitskräftigen Menschen, es folgte sogar eine gewisse Zuwanderung von außen, dann aber setzte nach 1900 alsbald wieder in großem Umfange der Abstrom der Bevölkerung ein. Grund dafür war der hohe Geburtenüberschuß jener Jahre, letzthin also wieder die Enge des Raumes und die Schwierigkeit, eine ausreichende Existenz zu finden. Es kam der Krieg mit seinen schicksalsschweren Folgen für Bevölkerung und Wirtschaft; trotz großer, harter Verluste, die vor allem die erwerbsfähigen Bevölkerungsteile getroffen hatten, war auch nach dem Kriege nicht Raum für alle da. Verständlich ist dies aus den großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre; Besatzungszeit, Inflation, Ruhrkampf sind Tatsachen, die erklären, was die Abwanderungszahlen ziffernmäßig ergeben mußten. Doch blieb bei aller Ungunst der Verhältnisse im Vergleich zu früheren Perioden die negative Wanderungsquote niedriger, die Abwanderung zur auswärtigen Industrie ließ nach. Dies besagt jedoch nicht, daß die heimischen Verhältnisse bessere waren als die der Industrieorte Rheinlands und Westfalens; sie waren es nicht, aber

die Industrie „draußen" bot auch keine großen Chancen mehr, auch bei ihr wurde gekämpft; es kam die Arbeitslosigkeit in den Städten, letztere hielten das Land, d. h. die Erwerb suchende ländliche Bevölkerung, zurück — der Kleinlandwirtssohn des Westerwaldes, den die heimische Industrie nicht aufnahm, fand somit „draußen" auch kein Unterkommen mehr wie vordem, er blieb daher zu Hause, weil er es muß; von selbst ergibt daher die Bevölkerungsbilanz nach dem Kriege nicht sehr hohe Abwanderungsergebnisse. Ob dies schon ein gutes Zeichen ist? Wohl kaum, denn es fehlt denen, die da im Gebiete bleiben, weil sie die wirtschaftliche Lage dazu zwingt, die Möglichkeit der Gründung einer Existenz, eines eigenen Hausstandes. Dies aber ist in der Nachkriegszeit die Not des Landes, die Not der jungen Generation, daß sie nicht selbständig werden, weitere Familien gründen kann, ohne gegen sich selbst und die Nachkommen zu verstoßen, die als erstes Recht begehren, daß für sie die notwendige wirtschaftliche Vorsorge getroffen ist. Wohl sicher ist die mangelnde Möglichkeit der Gründung neuer Existenzen mithin Ursache des beobachteten Geburtenrückganges im Gebiete. Ob sich nicht ein Ausweg findet, der die überschüssige Bevölkerung, den Kleinlandwirtssohn, nicht Arbeiter ohne Erwerbsmöglichkeit, sondern wieder Bauer mit hinreichendem Auskommen werden läßt? Die Entwicklung muß nach allem dahin gehen, allerdingst ist im Westerwaldgebiete bei der starken Zersplitterung des Grundbesitzes an neue Bauernwirtschaften nicht zu denken, hier muß die Siedlung draußen im In- und Auslande helfen. Sie muß einsetzen, damit nicht eine andere Entwicklung, die für die nächsten Jahre zutrifft, zu einer dauernden werde. Diese aber kommt im Gegensatz zu früher, wo in unserem Gebiete meist die Wirtschaft vor allem die Bevölkerungsentwicklung bestimmte, nun für die Wirtschaft von der Seite der Bevölkerungsentwicklung her. Die Entwicklung der Bevölkerung weicht in den nächsten Jahren von dem normalen Gang ab, wie er in der Zeit vor dem Kriege war. Vor 1914 sind immer stärkere Geburtenjahrgänge herangewachsen und in die Wirtschaft eingeströmt; diese Entwicklung ist durch den Weltkrieg unterbrochen worden. Kriegsverluste, Geburtenausfall und vor allem absinkende Geburtenziffern bewirken, daß unsere Bevölkerungsbilanz verhältnismäßig wenig Kinder, dagegen in den nächsten Jahren trotz der Kriegsverluste durch die vom Krieg verschonten starken Jahrgänge nach 1900 mehr Erwachsene haben wird. Die so bestimmte Struktur der Bevölkerung wirkt sich entsprechend auf das Angebot an Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkte aus. Je mehr die schwach besetzten Kriegsjahrgänge in das erwerbsfähige Alter kommen, desto kleiner wird das Angebot an jungen Arbeitskräften, 1932/34 wird es für die nächsten Jahre den niedrigsten Stand haben, was wohl eine Entspannung des Arbeitsmarktes bedeuten wird. Jedoch wird sich diese nicht für den gesamten Arbeitsmarkt äußern können. Er bleibt vorerst abgesehen von leichterem Rückgang 1931—34 in der Zunahme. 1933—40 steigt die Zahl der produktiv tätigen Bevölkerung stärker (Geburtenjahrgänge 1920—22). 1940 ändern sich die Verhältnisse wesentlich; mit diesem Jahre tritt die Tatsache ein, daß nun die nicht mehr erwerbsfähigen Jahrgänge

stark besetzt sind, während der Zuwachs an Jugendlichen und damit die Gesamtzahl der Erwerbstätigen stillstehen wird. Wird diese Entwicklung, die verursacht ist durch den Geburtenrückgang der Gegenwart, die Frage des Lebensraumes, der zureichenden Erwerbsgelegenheit auch für unser Gebiet lösen? Schwerlich ist es zu sagen. Briefs [1]) sah diese Entwicklung und schrieb hierüber: „Eine der bestimmten Auswirkungen der heutigen Konjunkturlage, die freilich nur auf längere Sicht wirksam wird, ist die zwangsläufige Anpassung der Bevölkerung an die neuen strukturellen Bedingungen der Wirtschaft. Dieser Weg ist in Deutschland bis jetzt in Entwicklung begriffen. Die Geburtenrate paßt sich an die Erwerbsmöglichkeiten an, wertvolle sittliche und geistige Haltungen im Volke zersetzen sich dabei. Tatsachen, die aus Schicksal und Schuld gewoben sind, greifen auf vielen Wegen die physische und ethische Lebenskraft der Nation an. Aus der Not wird die „neue Tugend", aber eine Tugend, die für die Zukunft unseres Volkes große Gefahren umschließt."

[1]) Briefs: in „Strukturwandlungen der deutschen Wirtschaft", herausgegeb. von B. Harms, 1. Bd. 1928, S. 74.

Lebenslauf.

Ich, Carl Becker, geboren am 23. 9. 03 zu Mengerskirchen, Reg. Bez. Wiesbaden, als Sohn des Stukkateurs Ferdinand Becker und seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Weismüller, besuchte acht Jahre die Volksschule meines Heimatsortes Mengerskirchen und trat mit dem 15. Lebensjahr nach kurzer privater Vorbereitung in die 3. Klasse des humanistischen Gymnasiums in Hadamar ein. Nach erlangtem Reifezeugnis (Ostern 1925) widmete ich mich zunächst 2 Semester philos. Studien, hierauf mit dem Sommersemester 1926 dem Studium der Staats- und Sozialwissenschaften an den Universitäten Frankfurt a. M. und Freiburg i. Br. W.S. 1928 unterzog ich mich der Abschlußprüfung am Institut für Caritaswissenschaft an der Universität Freiburg i. Br. und W.S. 1929 der Diplomprüfung für Volkswirte. Das Doktorexamen der Staatswissenschaften bestand ich am 5. November 1930 und bin seitdem an der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg i. Br., tätig. Die Anregung zu dem Thema der vorliegenden Arbeit wurde mir gegeben von meinem verehrten Landsmanne, dem Schriftleiter der „Nassauischen Blätter“ und Vorsitzenden des Arbeitsamtes Niederlahnstein, Regierungsrat A. Bertsche. Ihm sowie meinem verehrten Lehrer Prof. Eucken und dem Vorsitzenden des Wohlfahrts- und Jugendamtes des Unterwesterwaldkreises, Landrat Collet, sei an dieser Stelle für alle bereitwillige Unterstützung aufrichtig gedankt.